

**Anlage zur Kabinetttvorlage 357/11**

**Staatskanzlei Brandenburg, IMAG „Demografischer Wandel“**

**Stand: 14. November 2011**

**3. Demografiebericht des Landes Brandenburg**

Vorwort	2
1. Die demografischen Veränderungen in Brandenburg	3
1.1 Die Entwicklung in den 1990er Jahren	3
1.2 Die Entwicklung seit 2000	4
1.3 Die prognostizierte Entwicklung bis 2030	12
2. Demografierelevante Konzepte und Maßnahmen	16
2.1 Mobilität	16
2.2 Gesundheit und Pflege	18
2.3 Bildung, Jugendarbeit, Fachkräfte	21
2.4 Daseinsvorsorge und öffentliche Dienstleistungen	28
2.5 Regionale Entwicklung	30
2.6 Gesellschaftlicher Zusammenhalt	33
3. Künftige politische Herausforderungen	40
3.1 Leitthema „Mobilität“	40
3.2 Leitthema „Medizinische und pflegerische Versorgung“	41
3.3 Leitthema „Bildung und Fachkräfte“	42
3.4 Leitthema „Öffentliche Dienstleistungen – Sicherheit und Verwaltung“	47
3.5 Leitthema „Räumliche Entwicklung und (soziale) Infrastrukturen“	50
3.6 Leitthema „Lebensqualität und gesellschaftlicher Zusammenhalt“	52
4. Kommunikation zum demografischen Wandel	57
4.1 Kommunikation und Öffentlichkeitsarbeit	57
4.2 DemografieForum Brandenburg	58
5. Ausblick	60

## Vorwort

Die politischen und sozialen Veränderungen in den neuen Ländern führten auch in Brandenburg zu einem drastischen Rückgang der Zahl der jährlich Neugeborenen. Große Unterschiede gab es aber beim Wandergeschehen: Während in Brandenburg die Berlin ferneren Räume bereits seit 1990 stark durch Abwanderung geprägt wurden, kam es zu einer starken Zuwanderung aus Berlin ins Berliner Umland, die bis Ende der 1990er Jahre anhalten sollte. Im Spitzenjahr 1998 zogen ca. 48.000 Berliner Bürgerinnen und Bürger nach Brandenburg. Rechnet man die Wanderungen nach Berlin gegen, erzielte Brandenburg einen Wanderungsgewinn von 28.500 Personen. Seit etwa 2000 hat sich die anfangs nachholende Suburbanisierung aus Berlin schrittweise auf ein „normales“ Stadt-Umland-Verhältnis reduziert. Der stetig sinkende Zuwanderungsüberschuss aus Berlin kann den natürlichen Bevölkerungsrückgang nicht mehr kompensieren.

Nach den allgemeinen Wachstumserwartungen hinsichtlich der Bevölkerungsentwicklung und nach dem Sondereffekt der überdurchschnittlichen Zuwanderung aus Berlin wurden im Landesmaßstab erst seit etwa 2000 die tatsächlichen demografischen Veränderungen mit jährlich anwachsendem Bevölkerungsrückgang deutlich. Seitdem rücken die damit verbundenen Herausforderungen für Land und Kommunen immer stärker in den Fokus.

Die Brandenburger Landesregierung hat nach Bewertung der Bevölkerungsprognosen ab 2003 die Folgen der demografischen Veränderungen in den einzelnen Politikfeldern systematisch analysiert. Dazu wurde in der Staatskanzlei eine Projektgruppe „Demografische Entwicklung“ und 2005 ein eigenständiges Referat „Demografischer Wandel“ mit ressortübergreifender interministerieller Arbeitsgruppe etabliert. 2009 wurde das eigenständige Demografie-Referat in der Staatskanzlei um die Aufgaben einer Koordinierungsstelle „Ehrenamtliches Engagement“ erweitert. Die Erfahrung hatte gezeigt, dass beide Themen über die Fragen von Partizipation, Verantwortung, Engagement und gesellschaftlichem Zusammenhalt enge gemeinsame Schnittmengen haben. Aspekte des demografischen Wandels bilden darüber hinaus insbesondere in den humankapitalorientierten Politikfeldern sowie in den Bereichen Infrastruktur und räumliche Entwicklung einen strategischen Schwerpunkt der politischen Arbeit.

In zwei Demografieberichten hat das Land 2004 und 2005 seine demografierelevanten Schwerpunkte definiert und richtet seine langfristigen Strategien schrittweise auf die demografischen Herausforderungen aus. Zwei wichtige Erfahrungen zeigen sich bereits jetzt:

- Die realitätsbezogene Kommunikation zum demografischen Wandel mit seinen Chancen und Risiken ist notwendige Voraussetzung für eine Sensibilisierung und Aktivierung der Akteurinnen und Akteure auf Landes- und Kommunalebene. Einseitige Untergangsszenarien dagegen lähmen und führen zu sich selbst verstärkenden Abwärtsspiralen.
- Nachdem in den vergangenen Jahren in Brandenburg innerhalb bestehender Systeme Angebote bzw. Strukturen an demografiebedingt rückläufige Nachfragen angepasst wurden (z.B. Schulen, Krankenhausabteilungen, ÖPNV-Linien usw.), wird es künftig stärker um die bundes- und landesseitige Ermöglichung von flexiblen und regional angepassten Lösungen gehen. Erforderlich sind schon jetzt neue Wege, bei denen der Dialog zwischen Akteuren, Bürgerinnen und Bürgern und Verwaltungen ermöglicht und die Verantwortung vor Ort gestärkt werden.

## 1. Die demografischen Veränderungen in Brandenburg

### 1.1 Die Entwicklung in den 1990er Jahren

Der politische, wirtschaftliche und soziale Umbruch, der im Wendejahr 1989 seinen Ausgangspunkt hatte, führte in Ostdeutschland in demografischer Hinsicht zu erheblichen Verwerfungen. Gemeinsam war dem Land Brandenburg und den anderen neuen Ländern zu Beginn der 1990er Jahre ein extrem **hohes Geburtendefizit**, das im Zusammenhang mit dem Transformationsprozess zu sehen ist, den die politische Wende auslöste. Die anfängliche Verunsicherung vieler Menschen spiegelte sich nicht nur in extrem niedrigen Geburten-, sondern auch sinkenden Heirats- und Scheidungsraten wider.

Die Übernahme des bundesdeutschen Gesellschaftssystems führte jedoch nicht nur zu kurzzeitigen, sondern dauerhaften **Änderungen im generativen Verhalten**. Während zu DDR-Zeiten viele Lebensläufe geprägt waren von einer frühen wirtschaftlichen Selbständigkeit der jungen Erwachsenen, Familie und Elternschaft in jungen Lebensjahren und einer geringen Kinderlosigkeit, kam es nach 1990 zu einer erheblichen Individualisierung und Pluralisierung der Lebensstile. Infolgedessen hat sich das generative Verhalten im Land Brandenburg zunehmend den Verhältnissen in den alten Bundesländern angepasst. Ausgehend von einem extrem niedrigen Niveau im Jahr 1993 näherte sich die Geburtenhäufigkeit im Land Brandenburg bis Ende der 1990er Jahre dem Niveau der alten Länder zunehmend an, fiel damit jedoch viel zu niedrig aus, um eine einfache Reproduktion der Bevölkerung zu gewährleisten.

Die 1990er Jahre waren auch von einer hohen groß- wie kleinräumigen **Wanderungsdynamik** geprägt. Offene Grenzen führten insbesondere Anfang der 1990er Jahre zu erheblichen Zuwanderungen von Aus-siedlerinnen und Aussiedlern, Asylbewerberinnen und Asylbewerbern und Bürgerkriegsflüchtlingen. Gleich-zeitig begünstigten die regionalen Unterschiede in den Lebens-, Arbeits- und Einkommensverhältnissen die **Abwanderung** von Brandenburgerinnen und Brandenburgern in die alten Bundesländer. Diese erheblichen Wanderungsverluste wurden jedoch zahlenmäßig durch die Wanderungsgewinne gegenüber Berlin mehr als ausgeglichen. Die sehr starke Bautätigkeit im Berliner Umland in der zweiten Hälfte der 1990er Jahre stellt eine nachholende **Wohnsuburbanisierung** dar, die im kleineren Maßstab auch im Umland der größe-ren Städte und Gemeinden Brandenburgs ablief. Die Wohneigentumsbildung oder der Bezug neu errichte-ter Mietwohnungen bildeten in beiden Fällen gerade für Familienhaushalte die zentralen Motive, den bishe-rigen Wohnort aufzugeben. Während die Binnenwanderungen im Land Brandenburg zu teilweise erhebli-chen Bevölkerungsverlusten insbesondere der größeren Städte führten, waren die Außenwanderungsge-winne so stark, dass trotz des hohen Geburtendefizits die Bevölkerungszahl im Land Brandenburg leicht wuchs.

## 1.2 Die Entwicklung seit 2000

In der Dekade 2000 bis 2009 wurde die Bevölkerungsentwicklung im Land Brandenburg maßgeblich vom **Geburtendefizit** geprägt. Die Zahl der Gestorbenen überstieg die Zahl der Geborenen jährlich um rund 8.000 Personen. Anders als noch in den 1990er Jahren fehlten, abgesehen von Einzeljahren, Wanderungs-gewinne, die die Bevölkerungsverluste aus der natürlichen Entwicklung kompensieren konnten. In der Zehnjahresbilanz haben Wanderungsverluste die negative Bevölkerungsentwicklung sogar noch leicht ver-schärft. Die Bevölkerung Brandenburgs verminderte sich um rund 90.000 Personen auf 2,51 Mio. Einwoh-nerinnen und Einwohner.

**Bevölkerungsveränderung Land Brandenburg zwischen 2000 und 2009**

	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2000 bis 2009
Geborene	18.400	17.700	17.700	18.000	18.100	17.900	17.900	18.600	18.800	18.500	181.700
Gestorbene	26.100	25.900	26.500	26.900	25.900	26.100	26.300	26.700	26.800	27.300	264.400
Natürlicher Saldo	-7.600	-8.200	-8.800	-8.900	-7.700	-8.200	-8.500	-8.100	-8.000	-8.800	-82.700
Zuzüge (über Landesgrenze)	74.400	71.100	69.500	68.100	67.900	65.000	61.100	60.900	60.400	61.800	660.100
Fortzüge (über Landesgrenze)	66.000	71.800	71.400	67.100	67.100	65.100	64.300	64.900	65.700	64.100	667.400
Wanderungssaldo	8.400	-700	-1.900	1.000	800	-100	-3.300	-4.000	-5.300	-2.300	-7.300
Gesamt	800	-8.900	-10.700	-7.900	-6.900	-8.300	-11.800	-12.000	-13.300	-11.100	-90.000

Quelle: Amt für Statistik Berlin Brandenburg, eigene Berechnungen LBV, 2011 (Angaben gerundet)

Zwar erhöhte sich die Zahl der Geborenen, gemessen an der Zahl der Frauen im gebärfähigen Alter, bis Ende des Jahrzehnts um etwa ein Fünftel. Zudem liegt das **Fertilitätsniveau** im Land Brandenburg mittlerweile leicht höher als in den alten Bundesländern (im statistischen Durchschnitt ca. 1,40 Kinder je Frau gegenüber 1,35 in den alten Ländern). Dennoch führte die gestiegene Fertilität in Brandenburg nur zu gleichbleibenden Geburtenzahlen von etwa 18.000 Personen pro Jahr. Ursächlich für diesen Trend war, dass von Jahr zu Jahr immer weniger Frauen im fertilen Alter in Brandenburg lebten, da die geburtenstarken Altersjahrgänge der 1950er und 1960er Jahre von schwächer besetzten jüngeren Jahrgängen abgelöst wurden und (überproportionale) Wanderungsverluste junger Frauen seit den 1990er Jahren auftraten. Ohne Berücksichtigung von Wanderungseffekten müsste die Zahl der Geburten gegenwärtig um etwa die Hälfte höher ausfallen, damit die Bevölkerungszahl im Land Brandenburg konstant bliebe.

Anders als in den alten Ländern ist der Trend zu **Kinderlosigkeit** in Brandenburg zwar erkennbar, aber bislang deutlich weniger ausgeprägt.<sup>1</sup> Dagegen ist der Anteil der Frauen, die lediglich ein Kind haben, deutlich höher und der Anteil der Familien mit drei und mehr Kindern niedriger.

Verändert hat sich nicht nur die Zahl, sondern auch die **Altersstruktur der Gebärenden**. Der Kinderwunsch wird zunehmend später realisiert. Das Durchschnittsalter der gebärenden Frauen stieg seit den 1990er Jahren deutlich an und die Geburtenspitze liegt gegenwärtig bei den 28-Jährigen. Der Anteil der Kinder, der von Frauen im Alter von über 30 Jahren geboren wird, hat sich von 31 % im Jahr 2000 auf 46 % im Jahr 2009 erhöht. Hier sind Angleichungsprozesse an das generative Verhalten in den alten Bundesländern erkennbar.

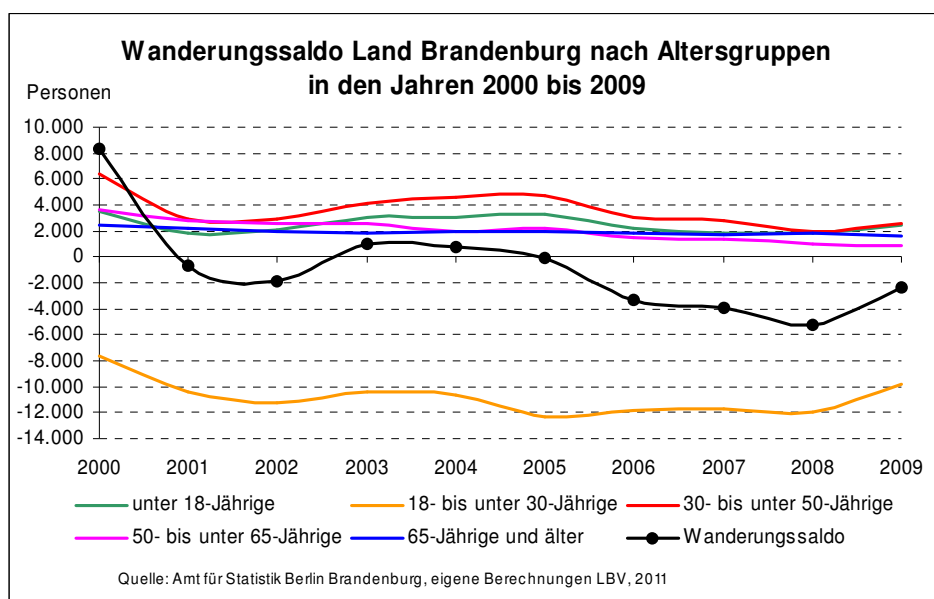
Auch die Sterblichkeitsverhältnisse in Ost und West ähneln sich zunehmend. Die systematische Verbesserung der medizinischen Versorgung sowie verbesserte Arbeits-, Lebens- und Umweltbedingungen führten seit 1990 zu einer überproportionalen Steigerung der **Lebenserwartung** im Land Brandenburg. Dieser Trend bestand in den Jahren seit 2000 fort, auch wenn die jährliche Zunahme der Lebenserwartung etwas weniger dynamisch verlief. Entsprechend der Sterbetafel 2007/2009 liegt die durchschnittliche Lebenserwartung von neugeborenen Mädchen bei beachtlichen 82 Jahren und bei Jungen bei rund 76 Jahren. Frauen, die das 65. Lebensjahr vollendet haben, dürfen im Mittel auf weitere 20 Lebensjahre hoffen und gleich-

---

<sup>1</sup> Ergebnisse dazu liefert die jährliche Mikrozensushebung. Der Regionalisierbarkeit der statistischen Ergebnisse sind allerdings aufgrund der Ausgestaltung des Mikrozensus als Stichprobe Grenzen gesetzt. Gemäß Mikrozensus 2008 hatten 11 % der Brandenburgerinnen im Alter zwischen 35 und 49 Jahren (Jahrgänge 1959 bis 1973) keine Kinder verglichen mit 7 % der Altersjahrgänge 50 bis unter 75 Jahren. Es ist aber davon auszugehen, dass sich der Prozentsatz der kinderlosen Frauen der Altersjahrgänge 35 bis unter 49 Jahre in den nächsten Jahren infolge von Geburten noch leicht reduziert.

altrige Männer auf knapp 17 Jahre. Der Abstand in der Lebenserwartung zwischen den Geschlechtern hat sich weiter verringert.

Die leicht negative **Wanderungsbilanz** in den Jahren seit 2000 beruhte vorwiegend darauf, dass die Wohnsuburbanisierung Berlins zurückging und weiterhin erhebliche, wenn auch sich verringemde Wanderungsverluste gegenüber den alten Bundesländern bestanden. Die Wanderungsgewinne aus dem Ausland waren primär aufgrund der geringer werdenden Zuwanderung von Aussiedlerinnen und Aussiedlern und Asylbewerberinnen und Asylbewerbern marginal.



An den Wanderungsvorgängen über die Landesgrenze sind nicht alle Altersgruppen gleichermaßen beteiligt, sondern überproportional viele junge Erwachsene. Mit zunehmendem Alter nimmt die Wanderungsintensität hingegen stark ab. Anders als bei allen anderen Altersgruppen war die Wanderungsbilanz Brandenburgs bei der **Gruppe der 18- bis unter 30-Jährigen** stark negativ und umfasste jährliche Verluste von im Mittel knapp 11.000 jungen Menschen. Wanderungsziel waren insbesondere Berlin und die westdeutschen Ballungsgebiete. In dieser Lebensphase stehen Ausbildung, Studium und Erwerbsfähigkeit im Zentrum der Wanderungsmotive. Dies gilt umso mehr, wenn über große Distanzen gewandert wird. Die kurz- und mittelfristig entlastende Wirkung für den regionalen Arbeitsmarkt kann langfristig zu einem Entwicklungshemmnis für Brandenburg werden, da zunehmend Fachkräfte fehlen.

Die Mobilität von jungen Frauen ist, auch bedingt durch das tendenziell höheren Bildungsniveaus, ihrer Präferenz für urbane Lebensstile und Dienstleistungsberufe etwas größer als bei gleichaltrigen Männern. Es

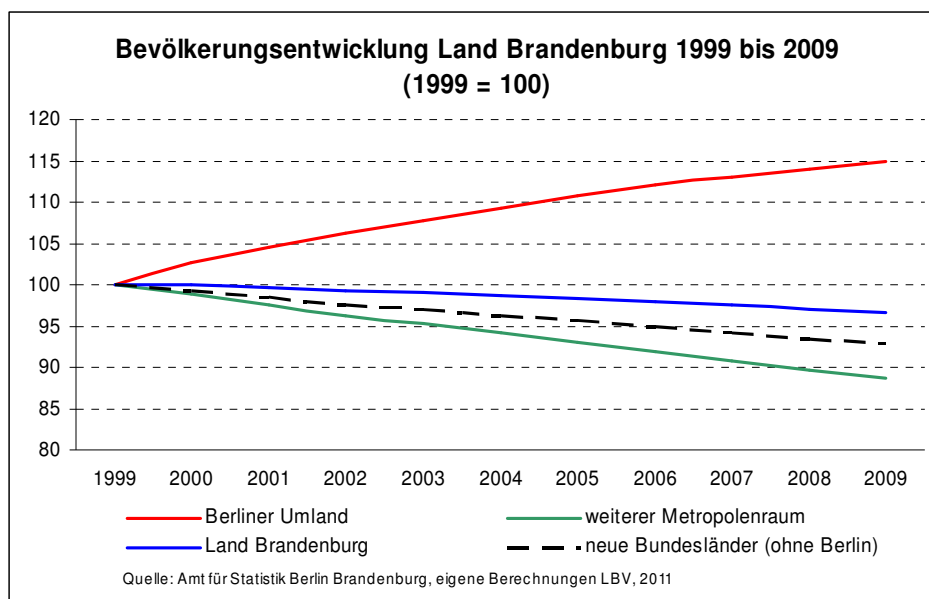
sind gerade die unteren Altersjahrgänge in dieser Altersgruppe, bei denen vermehrt Frauen in andere Bundesländer abwanderten. Innerhalb der Altersgruppe der 18 bis unter 30-Jährigen traten Wanderungsverluste überproportional bei Frauen auf, wenngleich sich zum Ende der Dekade die Wanderungsverluste bei Frauen und Männern deutlich angeglichen haben. Das **Geschlechterverhältnis** bei den Personen im fertilen Alter hat sich im weiteren Metropolenraum aufgrund der überproportionalen Wegzüge junger Frauen sehr ungünstig entwickelt. In der Gegenwart kommen hier in der Altersgruppe der 18- bis unter 40-Jährigen nur noch 84 Frauen auf 100 gleichaltrige Männer. Das Frauen-Defizit hat negative Folgewirkungen für den Arbeitsmarkt, die künftigen Geburtenzahlen und das gesellschaftliche Leben.

Der demografische Wandel hat viele Facetten und geht auch mit einer **Verkleinerung der Haushalte** und einer **Änderung der Familienstrukturen** einher. Statistisch gesehen besteht der Brandenburger Durchschnittshaushalt nur noch aus 2,0 Personen. Hierzu trugen der Rückgang der Kinderzahlen und die Zunahme der älteren Personen, die meist allein wohnen oder als Paar einen Haushalt bilden, bei. Mittlerweile ist mehr als jeder dritte Haushalt ein Singlehaushalt. Der Anteil der Haushalte mit mehr als zwei Personen verringerte sich seit dem Jahr 2000 von 35 % auf 26 % und die Zahl der Haushalte mit Kindern unter 18 Jahren hat um 30 % abgenommen. Im Jahr 2009 lebte nahezu ein Fünftel der Kinder und Jugendlichen in Alleinerziehenden-Haushalten, die ganz überwiegend von Frauen geführt wurden. Ein weiteres Fünftel aller Kinder und Jugendlichen wuchs in Lebensgemeinschaften auf und rund drei Fünftel wurde von Ehepaaren erzogen. Die Koppelung von Ehe und Elternschaft ist vergleichsweise schwach, wurden doch im Jahr 2009 6 von 10 Kindern geboren, ohne dass die Eltern eine Ehe eingegangen sind.

Nach wie vor ist der Trend zur **Internationalisierung** der Bevölkerung im Land Brandenburg, wie auch in den anderen neuen Ländern, nur relativ schwach ausgeprägt. Der Ausländeranteil verharrt laut der Statistik des Ausländerzentralregisters seit Jahren bei ca. 2 %. Obwohl ein Teil der Nichtdeutschen, die aus dem Ausland zugezogen sind, in die alten Bundesländer und nach Berlin weitergewandert sind, ist der Wanderungssaldo der ausländischen Bevölkerung in den Jahren 2009 und 2010 positiv gewesen, anders als bei der deutschen Bevölkerung. Im Jahr 2010 konnte durch die Zuwanderung aus dem Ausland trotz eines negativen Bevölkerungssaldos bei der deutschen Bevölkerung ein positiver Gesamtwanderungssaldo erreicht werden. Erhöhte Ausländeranteile weisen kreisfreie Städte und einige kleinere Gemeinden an der

Grenze zu Polen auf. Der Anteil der Bürgerinnen und Bürger mit Migrationshintergrund liegt bei rund 5 % und bei Kindern und Jugendlichen bis unter 15 Jahren bei bereits ca. 10 %.<sup>2</sup>

Im **Vergleich zu den anderen ostdeutschen Flächenländern** nimmt Brandenburg bei der Bevölkerungsentwicklung eine Sonderstellung ein. Die ganz erheblichen Wanderungsgewinne der 1990er Jahre, die vorrangig durch Zuzug aus Berlin resultierten, und die fast ausgeglichene Wanderungsbilanz in den Jahren seit 2000 trugen maßgeblich dazu bei, dass die Bevölkerungsverluste Brandenburgs seit dem Jahr 2000 vergleichsweise moderat waren. Die prozentualen Verluste lagen mit 3 % weniger als halb so hoch wie in den anderen ostdeutschen Flächenländern. Zu berücksichtigen ist aber auch, dass Brandenburg nach Mecklenburg-Vorpommern das am dünnsten besiedelte Bundesland ist (im Durchschnitt 85 Einwohnerinnen und Einwohner je km<sup>2</sup>) und eine weitere Entleerung bestehende Auslastungs- und Tragfähigkeitsprobleme von Infrastruktureinrichtungen verschärfen kann.



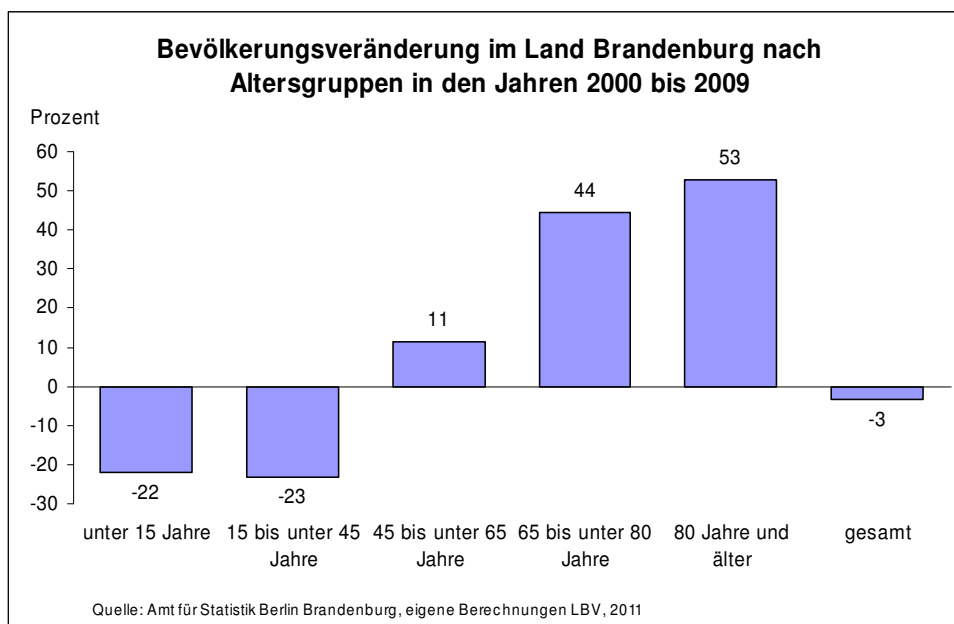
Wie bereits in den 1990er Jahren war die Bevölkerungsentwicklung im **Berliner Umland** und im **weiteren Metropolitanraum** auch in der Dekade seit 2000 gegenläufig.<sup>3</sup> Die, wenn auch stetig rückläufigen Wanderungsgewinne, brachten dem Berliner Umland Bevölkerungsgewinne von 15 %, während die anderen Landesteile primär abwanderungsbedingt in einem Jahrzehnt 11 % an Bevölkerung verloren. Die positive Wanderungsbilanz des Berliner Umlandes wurde sehr stark vom Zustrom von Berlinerinnen und Berlinern ge-

<sup>2</sup> Statistisches Bundesamt: „Als Person mit Migrationshintergrund gilt, wer eine ausländische Staatsangehörigkeit besitzt, oder im Ausland geboren wurde und nach 1949 zugewandert ist. Oder auch wer in Deutschland geboren ist und eingebürgert wurde, oder ein Elternteil hat, das zugewandert ist, eingebürgert wurde oder eine ausländische Staatsangehörigkeit besitzt.“

<sup>3</sup> Die Abgrenzung der Teilräume ist Grafik 4 zu entnehmen.



prägt, die negative Wanderungsbilanz des weiteren Metropolenraumes überwiegend von Verlusten gegenüber den alten Bundesländern. Im Berliner Umland war nicht nur die Wanderungsbilanz günstiger als im weiteren Metropolenraum, sondern auch das Geburtendefizit gemessen an der Bevölkerungszahl deutlich niedriger. Insbesondere aufgrund der starken Zuwanderung in der Vergangenheit ist die Bevölkerung hier im Durchschnitt 2,5 Jahre jünger als im weiteren Metropolenraum; es sind deshalb relativ gesehen mehr potenzielle Eltern vorhanden, die Geburtenzahl je Frau fällt zudem etwas höher und die Zahl der Sterbefälle gemessen an der Bevölkerung deutlich niedriger aus. Inzwischen lebt mehr als ein Drittel der Landesbevölkerung im Berliner Umland und die Bevölkerungsdichte ist hier mit durchschnittlich 316 Einwohnerinnen und Einwohner je km<sup>2</sup> etwas höher als in Baden-Württemberg und mehr als fünffach höher als im weiteren Metropolenraum (60 Einwohnerinnen und Einwohner je km<sup>2</sup>).



Die vergleichsweise moderate Bevölkerungsabnahme von 3 % in der letzten Dekade betraf nicht alle Altersjahrgänge gleichermaßen, sondern ging mit einer großen **Veränderung der Altersstruktur** einher. Die Zahl der Kinder und Jugendlichen bis unter 15 Jahren ging aufgrund des geringen Geburtenniveaus um mehr als ein Fünftel zurück. Ähnlich große prozentuale Rückgänge wies auch die Gruppe der 15- bis unter 45-Jährigen auf, da auch hier zunehmend geburtenschwächere Jahrgänge nachrückten und zusätzlich Wanderungsverluste negativ zu Buche schlugen. Extreme Rückgänge verzeichneten die Jahrgänge, die sich derzeit im Auszubildendenalter befinden (16 bis unter 19 Jahre). Hier haben sich innerhalb von zehn Jahren die Zahlen mehr als halbiert, da nunmehr die geburtenschwächsten Jahrgänge ins Erwerbsfähigenalter eintreten. Die Zahl der Personen im Seniorenalter nahm wegen stärker besetzter Jahrgänge und auch auf-

grund der steigenden Lebenserwartung um fast die Hälfte zu. Die Zahl der Hochbetagten im Alter ab 80 Jahren wuchs noch stärker an und nahm um 40.000 Personen zu.

Gerade vor dem Hintergrund der demografischen und gesellschaftlichen Veränderungen kommt dem **Bürgerchaftlichen Engagement** eine wichtige Rolle für den Zusammenhalt der Gesellschaft zu. Ein Drittel der Brandenburgerinnen und Brandenburger war im Jahr 2009 freiwillig engagiert, sei es in Sportvereinen, bei der Freiwilligen Feuerwehr oder anderen Bereichen wie Soziales, Bildung, Kultur oder Politik.<sup>4</sup> Im Zehnjahresvergleich ist zudem der Anteil der Engagierten deutlich angestiegen. Ein überdurchschnittliches Engagement zeigen junge Leute bis unter 30 Jahre und die große Gruppe der Bevölkerung im Alter von 46 bis unter 65 Jahren. In den ländlichen Räumen Brandenburgs, die besonders von Alterung und Bevölkerungsrückgang betroffen sind, engagieren sich sogar mehr Menschen freiwillig als im Landesdurchschnitt.

Die veränderte Besetzung der Altersjahrgänge hatte auch Auswirkungen auf **Beschäftigung und Arbeitsmarkt**. Die Zahl der Personen im erwerbsfähigen Alter (Altersgruppe der 15- bis unter 65-Jährigen) nahm in der letzten Dekade um ein Zehntel ab. Innerhalb der Gruppe ist eine Umschichtung von jüngeren zu älteren Erwerbsfähigen zu verzeichnen. Der Rückgang der Erwerbspersonen (Erwerbstätige und Erwerbslose im Alter 15 bis unter 65 Jahre), die in Brandenburg wohnen, fiel mit 2 % jedoch relativ moderat aus. Diese Entwicklung ist dem Umstand zu verdanken, dass die Erwerbsquote gestiegen ist und im Jahr 2009 81 % aller Menschen im erwerbsfähigen Alter auch erwerbstätig waren oder sich aktiv um eine Arbeitsstelle bemühten. Die Zahl der erwerbstätigen Brandenburgerinnen und Brandenburger stieg in der letzten Dekade um 5 %. Die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten ging im Zeitraum von 2000 bis 2010 um 7,4 Prozent zurück. Seit 2006 ist aber ein anhaltender Anstieg der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnisse in Brandenburg zu verzeichnen, der allerdings vor allem aus der Zunahme von Teilzeitbeschäftigung resultiert. Die Arbeitslosenquote (bezogen auf alle zivilen Erwerbspersonen) sank in der letzten Dekade um rd. 6 Prozentpunkte, von 17 Prozent in 2000 auf 11,1 Prozent in 2010. Der Anteil der Frauen an allen Arbeitslosen ging von 2000 bis 2010 von 52 % auf 45 % zurück. Die Arbeitslosenquote der Frauen liegt - anders als zu Beginn des Jahrzehnts - nunmehr mit 10,5 % im Jahr 2010 etwas niedriger als die der Männer mit 11,7 %.<sup>5</sup>

---

<sup>4</sup> Ergebnis der von TNS Infratest Sozialforschung durchgeführten Auswertung der Länderstichprobe Brandenburg des Freiwilligen surveys 2009.

<sup>5</sup> Statistik der Bundesagentur für Arbeit, Arbeitslosigkeit im Zeitverlauf Deutschland und Länder, 1991 bis 2010, Erstellungsdatum 24.3.2011

Die Wohnsuburbanisierung Berlins und die Veränderung des Erwerbstätigenpotenzials gingen mit einer immer stärkeren räumlichen Mobilität der Beschäftigten und **Pendlerverflechtung** einher. Bezogen auf die sozialversicherungspflichtig Beschäftigten ist zu konstatieren, dass sich die Zahl der Arbeitspendlerinnen und Arbeitspendler, die nach Berlin oder in andere Bundesländer auspendeln, beträchtlich erhöht hat. Im Juni 2010 sind knapp 252.000 Beschäftigte aus Brandenburg ausgependelt, darunter 179.000 nach Berlin. Inzwischen hat ein Fünftel der Beschäftigten Brandenburgs einen Arbeitsplatz in Berlin und weitere 8 % in einem anderen Bundesland. Die Zahl der Auspendlerinnen und Auspendler hat sich stärker erhöht als die Zahl der Einpendlerinnen und Einpendler und der für Brandenburg negative Pendlersaldo in Höhe von 137.000 Beschäftigten entlastet einerseits derzeit noch den Arbeitsmarkt und trägt zum Ausgleich regionaler Disparitäten bei, andererseits steht den Betrieben in Brandenburg ein geringeres Angebot an Fachkräften zur Verfügung.<sup>6</sup>

#### Gebietsstruktur Land Brandenburg 1990 bis 2010

Jahr	Gemeinden				Ämter	Kreise		
	amtsfrei	amtsangehörig	Sonderstatus	gesamt		kreisfreie Städte	Landkreise	gesamt
1990	-	-	-	1.813	-	6	38	44
1995	60	1.636	-	1.696	158	4	14	18
2000	66	1.408	-	1.474	152	4	14	18
2005	148	272	1	421	54	4	14	18
2010	148	271	-	419	53	4	14	18

Quelle: Amt für Statistik Berlin Brandenburg

Demografische Aspekte spielten auch für den Neuzuschnitt von administrativen Einheiten eine erhebliche Rolle. Bereits im Jahr 1993 kam es im Zuge der Kreisgebietsreform zur Bildung größerer, einwohnerstärkerer und leistungsfähiger Kreise. Die Zahl der kreisfreien Städte und Landkreise nahm um drei Fünftel ab. In den Folgejahren wurden die Kreisgrenzen nur geringfügig geändert. Die ehemals kleinteilige **Gemeindegebietsstruktur** Brandenburgs wurde in den letzten 20 Jahren durch die Schaffung größerer selbständiger Gemeinden u. a. mit dem Ziel der Erhöhung der kommunalen Leistungs- und Verwaltungskraft vielfach verändert. Bei einwohnerschwächeren Gemeinden konnten bereits seit dem Jahr 1992 die Geschäfte der laufenden Verwaltung durch die Bildung von Ämtern übernommen werden. Die administrative Struktur änderte sich am stärksten mit der umfassenden Gemeindegebietsreform der Jahre 2001 bis 2003. Deutlich einwohnerstärkere Gemeinden entstanden, die Zahl der amtsangehörigen (Kleinst)gemeinden mit z. T. weniger als 500 Einwohnerinnen und Einwohnern nahm sehr stark ab.

<sup>6</sup> Statistik der Bundesagentur für Arbeit, Arbeitsmarkt in Zahlen, Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte – Pendler nach Ländern, Nürnberg, Stichtag 30. Juni 2010

Seit dem Jahr 2004 sind die administrativen Strukturen weitgehend unverändert. Gegenwärtig verfügen die Gemeinden Brandenburgs über durchschnittlich rund 6.000 Einwohnerinnen und Einwohner und gehören mit einer Durchschnittsfläche von 70 km<sup>2</sup> zu den flächengrößten Deutschlands. Von den anderen ostdeutschen Flächenländern hat nur Sachsen-Anhalt mit der Anfang 2011 abgeschlossenen kommunalen Neugliederung zugleich im Durchschnitt einwohnerstärkere und flächengrößere Gemeinden als Brandenburg. Auf der kreislichen Ebene weisen im Vergleich zu Brandenburg die dichter besiedelten Länder Sachsen und Sachsen-Anhalt zwar einwohnerstärkere Kreise auf, jedoch kommt nur Mecklenburg-Vorpommern nach der Umsetzung der Kreisgebietsreform im Herbst 2011 auf einwohnerstärkere und zugleich flächengrößere Kreise.

### 1.3 Die prognostizierte Entwicklung bis 2030<sup>7</sup>

Das Land Brandenburg muss sich auch künftig auf **sinkende Bevölkerungszahlen** einstellen. Die aktuelle Bevölkerungsprognose des Landes geht davon aus, dass die Einwohnerzahl trotz Wanderungsgewinnen um etwa 295.000 Personen auf 2,23 Mio. zurückgeht. Der jährliche Bevölkerungsverlust von im Mittel über 13.000 Personen wird nicht konstant verlaufen, sondern sich nach dem Jahr 2020 ausweiten, da die Geburtenausfälle in der Nachwendegeneration dann weitere Geburtenausfälle nach sich ziehen werden. Dieser negative **demografische Echoeffekt** hat auch zur Folge, dass der Trend zu immer weniger Geburten nur wenig abgeschwächt würde, selbst wenn die Geburtenzahl je Frau - wie prognostiziert - nicht konstant bliebe, sondern deutlich ansteigen sollte, da immer weniger potenzielle Mütter und Väter vorhanden sind. Zudem nimmt trotz einer sehr wahrscheinlich weiter steigenden Lebenserwartung die Zahl der Sterbefälle deutlich zu, weil die geburtenstarken Jahrgänge immer mehr in die letzte Lebensphase hineinwachsen.<sup>8</sup>

Dennoch hat das Land Brandenburg eine günstigere demografische Perspektive als die anderen ostdeutschen Flächenländer, vorwiegend weil die **Wanderungsgewinne** das Geburtendefizit voraussichtlich etwas abschwächen werden. Die Schere zwischen Zu- und Abwanderungen gegenüber den alten Bundesländern wird sich voraussichtlich weiter schließen, da sich einerseits das heimische Arbeitsplatzangebot für die sich verringernde Zahl der brandenburgischen Arbeitssuchenden verbessern dürfte und andererseits zuneh-

---

<sup>7</sup> Amt für Statistik Berlin-Brandenburg: Bevölkerungsprognose für das Land Brandenburg 2009 bis 2030, Mai 2009

<sup>8</sup> In der Prognose wird ein Anstieg der Lebenserwartung um drei Jahre bei neugeborenen Mädchen und um knapp vier Jahr bei Jungen angenommen. Im Jahr 2030 wird somit die durchschnittliche Lebenserwartung bei Neugeborenen bei 85 Jahren (Mädchen) bzw. 80 Jahren (Jungen) liegen.

ment weniger junge Menschen vorhanden sein werden, die die Masse der Fernwanderinnen und Fernwanderer stellen. Gewisse Impulse für die Bevölkerungsentwicklung Brandenburgs gehen wahrscheinlich auch von der Zuwanderung aus dem Ausland aus, wobei hier, auch unter Beachtung der Wanderungsbilanz in der Vergangenheit, keine sehr großen Wanderungsgewinne erwartet werden. Inwieweit der Wegfall der Zugangsbeschränkungen zum deutschen Arbeitsmarkt zu einem Anstieg führt, bleibt abzuwarten.<sup>9</sup>

### Bevölkerungsprognose Land Brandenburg bis 2030

Gebiet	2008	2010	2020	2030	Entwicklung 2030 gegenüber 2008	
	1 000 Personen				Prozent	
Berliner Umland	892	906	950	956	64	+ 7,1
weiterer Metropolitanraum	1.630	1.590	1.427	1.271	-359	- 22,0
Land Brandenburg	2.522	2.496	2.376	2.227	-295	- 11,7

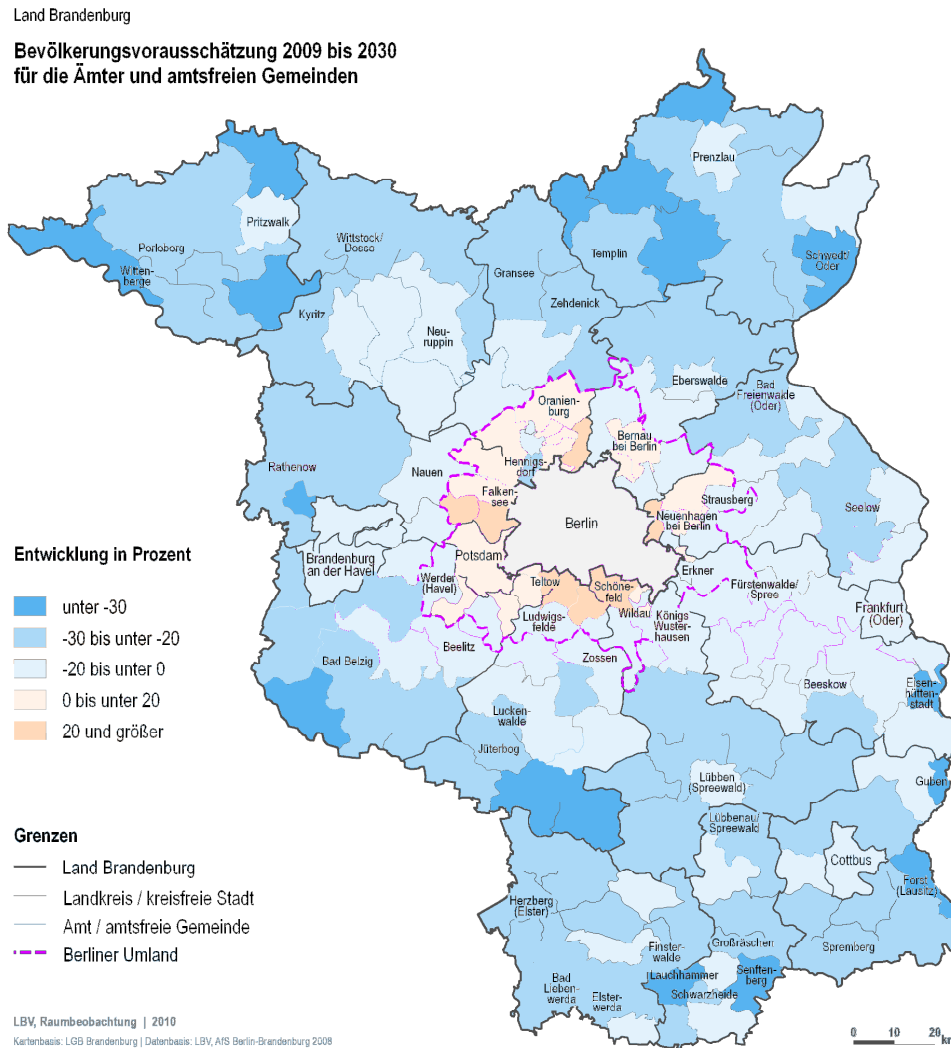
Quelle: Amt für Statistik Berlin Brandenburg/LBV, Bevölkerungsprognose 2009 bis 2030, Basisjahr 2008 (Angaben gerundet)

Teilräumlich ist auch künftig mit einer gegenläufigen Bevölkerungsentwicklung und einer Verschärfung der demografischen Disparitäten zu rechnen. Wanderungsgewinne, insbesondere gegenüber Berlin, wird wahrscheinlich nur das **Berliner Umland** erzielen, während der **weitere Metropolitanraum** hier zusätzliche Verluste erleiden wird. Da zudem das Geburtendefizit der im Durchschnitt jüngeren Bevölkerung im Berliner Umland niedriger ausfallen wird, ist hier im Prognosezeitraum noch eine Bevölkerungszunahme um ca. 7 % zu erwarten. Im weiteren Metropolitanraum wird dagegen ein Rückgang um 22 % prognostiziert, der zu vier Fünfteln auf dem Geburtendefizit und zu einem Fünftel auf Wanderungsverlusten beruhen dürfte.

Im Zuge dieser Entwicklung werden sich die Bevölkerungsproportionen im Land Brandenburg weiter verschieben. Lebten im Jahr 2009 noch 36 % der Bevölkerung im Berliner Umland, werden es im Jahr 2030 bereits 43 % sein, obwohl dieser Raum nur einen Anteil von 10 % an der Landesfläche ausmacht. Im weiteren Metropolitanraum ist mit dem Bevölkerungsrückgang eine zunehmend geringere Bevölkerungsdichte verbunden, die bis 2030 fast auf das gegenwärtige Niveau des Landkreises Uckermark absinken könnte. Auf Ebene der Landkreise und kreisfreien Städte ist mittel- und langfristig nur in der Landeshauptstadt Potsdam mit einer Bevölkerungszunahme zu rechnen. Die an Berlin angrenzenden Sektoralkreise haben zwar eine günstigere Entwicklungsperspektive als die anderen Landkreise, müssen aber zugleich mit

<sup>9</sup> Das Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung IAB schätzt, dass die seit Mai 2011 bestehende Arbeitnehmerfreizügigkeit für die meisten neuen mittel- und osteuropäischen EU-Staaten zu einer Zuwanderung nach Brandenburg von lediglich 9.000 Personen im Zeitraum bis 2015 führt. Vgl. Presse Info 12/2011 der Bundesagentur für Arbeit, Regionaldirektion Berlin-Brandenburg vom 20.04.2011.

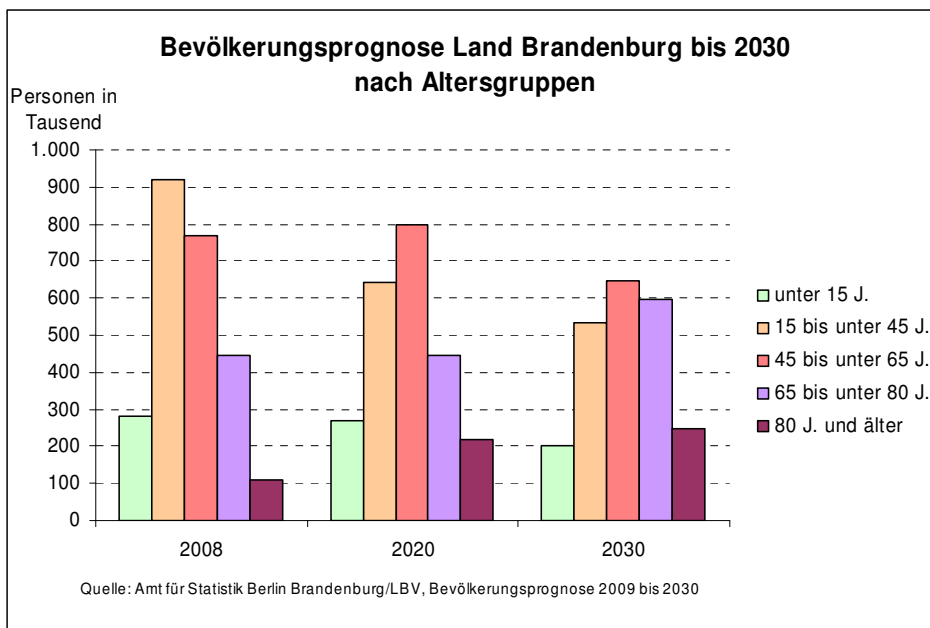
Wachstum im Berliner Umland und Schrumpfung im weiteren Metropolenraum umgehen. Die Zahl der nur abseits des Berliner Umlandes existenten einwohnerschwachen Ämter und amtsfreien Gemeinden mit weniger als 5.000 Einwohnerinnen und Einwohnern wird sich - bei Beibehaltung der heutigen administrativen Grenzen - auf über 60 erhöhen.



Der demografische Wandel erfordert nicht nur Antworten auf die Veränderung der Bevölkerungszahl, sondern auch auf die künftigen **Verschiebungen in der Alterszusammensetzung**. Die Infrastrukturnachfrage wird sich im Zuge der Alterung der Bevölkerung teilweise verändern. Betroffen sind u. a. die Bereiche Bildung, Jugendeinrichtungen, Wohnen, Gesundheit und Pflege. Gleichzeitig hat die Altersstrukturentwicklung Auswirkungen auf die Entwicklung der Haushaltsgrößen, das zur Verfügung stehende Erwerbsfähigenpo-

tenzial, die Zahl der Rentenbezieherinnen und Rentenbezieher, das Haushaltseinkommen und das Steueraufkommen.

Bei auf **Landesebene** rückläufiger Bevölkerung verschieben sich die Proportionen immer mehr zugunsten der höheren Altersjahrgänge. Die ohnehin schon gering besetzten Jahrgänge der Kinder und Jugendlichen nehmen insbesondere nach 2020 weiter ab. Während die Zahl der Kinder im Alter bis 3 Jahre schon bis 2015 erheblich zurückgehen wird, sind ältere Kinderjahrgänge hiervon erst zeitversetzt betroffen. Die Personen im erwerbsfähigen Alter (15 bis unter 65 Jahre) nehmen zahlenmäßig kontinuierlich ab und verringern sich um 30 %. Der Umfang der jüngeren Personen im erwerbsfähigen Alter (Altersgruppe 15 bis unter 45 Jahre) schrumpft bis 2030 um etwa zwei Fünftel, während die Gruppe der Älteren im erwerbsfähigen Alter in den nächsten Jahre noch wachsen und erst nach 2020 unter das jetzige Niveau zurückfallen wird.



Aufgrund steigender Lebenserwartung und zunehmend stärker besetzter Altersjahrgänge wächst die Gruppe der Hochbetagten, deren Zahl sich bereits bis 2020 verdoppeln wird, am stärksten. Aber auch die Zahl der „jungen“ Alten zwischen 65 und unter 80 Jahren wird nach 2020 deutlich wachsen. Die in der Gegenwart bestehende Relation von etwa 60 Kindern, Jugendlichen und Personen im Seniorenalter je 100 Personen im Alter 20 bis unter 65 Jahre wird sich zunehmend verschieben. Im Jahr 2030 ist davon auszugehen, dass der im Arbeitsleben stehenden Altersgruppe eine etwa gleich große Gruppe an Personen im Kinder- und Seniorenalter gegenübersteht.

Von der **Alterung** der Bevölkerung ist sowohl das **Berliner Umland** als auch der **weitere Metropolitanraum** betroffen. Dennoch stellt sich in diesen Teilräumen Brandenburgs die Altersstrukturentwicklung unterschiedlich dar. Die berlinnahen Regionen werden in der Altersgruppe bis unter 15 Jahre erst ab 2015 relativ moderate Rückgänge erleben, während die Rückgänge im weiteren Metropolitanraum früher und deutlich stärker ausfallen. Nach 2020 wird der demografische Echoeffekt im weiteren Metropolitanraum viel stärker durchschlagen, da dann die nach 1990 geborenen Jahrgänge, die in diesen Regionen durch Abwanderung zusätzlich verringert wurden, in die Familienphase kommen.

Das Potenzial an Personen im erwerbsfähigen Alter (15 bis unter 65 Jahre) wird im Berliner Umland im Jahr 2030 nur um rund ein Zehntel niedriger als in der Gegenwart ausfallen, im weiteren Entwicklungsraum dagegen um etwa vier Zehntel. Bei den jüngeren Personen im erwerbsfähigen Alter (15 bis unter 45 Jahre) sind in beiden Teilräumen kontinuierliche Rückgänge wahrscheinlich, die aber im weiteren Metropolitanraum prozentual stärker ausfallen werden. Ältere Personen im erwerbsfähigen Alter (45 bis unter 65 Jahre) sind im Berliner Umland aufgrund der Zuwanderung künftig stärker vertreten und deren Zahl wird auch im weiteren Metropolitanraum erst ab etwa 2020 unter das heutige Ausgangsniveau absinken.

Die prozentuale Zunahme der Personen im Seniorenalter ab 65 Jahre wird im Berliner Umland mit ca. vier Fünfteln doppelt so hoch ausfallen wie im weiteren Metropolitanraum, da die durch Zuwanderung vergleichsweise stärker besetzten mittleren Altersjahrgänge bis zum Jahr 2030 zunehmend in das obere Lebensalter hineinwachsen. Besonders dynamisch verläuft in beiden Teilräumen die Zunahme der Hochbetagten ab 80 Jahre, deren Zahl sich gegenüber 2008 im Berliner Umland fast verdreifachen und im weiteren Metropolitanraum verdoppeln wird.

## **2. Demografierelevante Konzepte und Maßnahmen**

### **2.1 Mobilität**

Die Sicherstellung einer bedarfsgerechten Mobilität versteht sich als gesellschaftliche Teilhabechance für alle Bevölkerungsgruppen. Die Verkehrspolitik steht in der besonderen Verantwortung, die mit dem demografischen Wandel verbundenen verkehrlichen Rahmenbedingungen (Verkehrsmittelverfügbarkeit, Zeit- und Entfernungsaufwand etc.) strukturell so zu gestalten, dass sie den multimodalen Mobilitätsanforderungen



der jeweiligen Bevölkerungsgruppen zur Teilhabe am gesellschaftlichen Leben (Bildung, Beschäftigung, Freizeit etc.) gerecht werden. Die Entwicklung der Verkehrsnachfrage stellt sich angesichts der parallel verlaufenden Wachstums- und Schrumpfungsprozesse in den unterschiedlichen Regionen Brandenburgs zunehmend heterogen dar. Vor dem Hintergrund knapper Mittel für öffentliche Infrastrukturinvestitionen kann regionale Mobilität vorrangig nur auf der Basis einer effizienten, nachhaltigen Nutzung der vorhandenen Infrastrukturen gesichert und weiterentwickelt werden. Ziel des Landes ist es daher, im Verbund mit den Verantwortungsträgern und Verbänden die Stärken und Möglichkeiten der jeweiligen Verkehrsträger unter Berücksichtigung der unterschiedlichen Ausgangslagen auf der Straße und der Schiene zu nutzen, diese zu vernetzen und über intelligente Dienste sowohl den Bürgerinnen und Bürgern als auch der Wirtschaft bedarfsgerecht zur Verfügung zu stellen.

#### **Erfahrung im Projekt „Kombibus“ der Uckermärkischen Verkehrsgesellschaft mbH**

Eine Kombination von Linienbus, Post, Kurierdienst, Fahrdienst für Mobilitätseingeschränkte und vieles mehr soll die Wirtschaftlichkeit der einzelnen Dienstleistungen im ländlichen Raum verbessern und damit die Versorgung der ländlichen Bevölkerung dauerhaft und auf hohem Niveau sichern. Nach einer Erprobung in der Uckermark soll der Ansatz dauerhaft zur Lösung der zunehmenden Mobilitäts- und Versorgungsprobleme auf dem Land beitragen. Dabei kommt dem Linienverkehr im Landkreis Uckermark eine zentrale Aufgabe innerhalb dieses neuen Angebotes zu (als „Rückgrat“). Die Einbindung und Beteiligung regionaler Akteure ist fester Bestandteil im Rahmen der Konzeptentwicklung mit anschließender Umsetzung dieser neuen Versorgungsdienstleistung, die zu mehr Lebens- und Standortqualität der ländlichen Bevölkerung führen soll.

Das hierarchisch strukturierte Netz des Linienbusverkehrs stellt die ideale Struktur für den Aufbau integrierter Dienstleistungen dar. Begründen lässt sich dies damit, dass der Linienbus zur Anbindung aller Siedlungsstandorte flächendeckend erforderlich ist und aufgrund wechselnder Nachfrage (Schulzeiten, Einkaufsverkehr, Berufsverkehr, Lastrichtung/Gegenlastrichtung) zu bestimmten Zeiten freie Kapazitäten hat und Fahrzeuge für andere Zwecke prinzipiell geeignet sind. Die Vorteile der Kombination des Nahverkehrs mit anderen Dienstleistungen gelten grundsätzlich für die Betriebsformen „Linienbus“ und „Rufbus“. Die Uckermärkische Verkehrsgesellschaft unterstützt das Projekt durch ihre jahrelange regionale Praxiserfahrung.

In den Betriebszeiten außerhalb des Schülerverkehrs können im Fahrplan Zeiten für die Bedienung von Ladestellen und neuartige Nebentätigkeiten eingearbeitet werden. Linienvorkehre, die in der Betriebsform „Rufbus“ durchgeführt werden, machen den „KombiBus“ noch flexibler, weil Briefkästen im Fahrgastbetrieb geleert und einzelne Sendungen bei Empfängerinnen und Empfängern zugestellt werden können. Einen weiteren Mehrwert für den Einsatz des „KombiBusses“ ergibt sich im Rad- und Wandertourismus, z.B. die Koffer- und Fahrradbeförderung. Der An- und Abreiseverkehr vom Beherbergungsbetrieb zum Bahnhof als „letzte Meile“ kann so im Rahmen einer Service- und Qualitätsoffensive im Gastgewerbe aktiv und verlässlich beworben werden. Der Fahrtweg des Busses wird damit sowohl durch die Wünsche der Fahrgäste wie auch durch andere Aufträge bestimmt.

Für die Organisation eines KombiBus-Systems ist die Frage der räumlichen Verflechtungen entscheidend, sowohl hinsichtlich des Mobilitätsmarktes (kurze, mittlere und lange Distanzen) als auch hinsichtlich der administrativen Hintergrundstrukturen (lokal, regional, überregional) der einzubindenden Partner (öffentliche Hand, Verkehrsunternehmen, Logistikunternehmen, andere Servicebereiche). Damit verbunden sind rechtliche, administrative und finanzielle Organisationsfragen, die vor einer Umsetzung geklärt werden müssen. Mit der ab Herbst 2011 angestrebten Umsetzung des Projektansatzes wäre eine Vorreiterrolle verbunden, denn dieser Ansatz ist in dieser Breite in Deutschland noch nicht umgesetzt worden. Hier ergibt sich so auch ein großes Übertragbarkeitspotenzial.

#### **Erfahrung im Projekt „JugendMobil: immer unterwegs – immer erreichbar“**

Das Projekt „JugendMobil“ wurde durch die Verkehrsabteilung des Ministeriums für Infrastruktur und Landwirtschaft des Landes Brandenburg in Kooperation mit der Gemeinsamen Landesplanung Berlin-Brandenburg, der Abteilung Ländliche Entwicklung,

Landwirtschaft und Forsten und dem Ministerium für Bildung, Jugend und Sport entwickelt. Gefördert wird es durch das Bundesministerium des Innern im Rahmen des Modellvorhabens „Daseinsvorsorge 2030 –innovativ und modern – eine Antwort auf den demografischen Wandel“ des Beauftragten der Bundesregierung für die Neuen Bundesländer und das Land Brandenburg. Mit dem Projekt „JugendMobil“ wird zum einen das Ziel verfolgt, gemeinsam mit Jugendlichen (Expertinnen und Experten in eigener Sache) integrierte demografiefeste und langfristig finanzierbare innovative Strategien, Konzepte und Maßnahmen zur Bewältigung der strukturbedingten Mobilitätsprobleme junger Menschen zu entwickeln und zu erproben. Zum anderen soll den Jugendlichen die Mitgestaltung jugendgerechter Mobilitätsangebote in der Region ermöglicht werden und ihre Beteiligung auf Augenhöhe dauerhaft auf den entsprechenden Entscheidungsebenen verankert werden. Die Berufsorientierung und Lebenswegeplanung von Jugendlichen im ländlichen Raum wird entlang des Projektverlaufs aktiv thematisiert.

Ausgehend von der Problemanalyse der aktuellen Mobilitätssituation der Jugendlichen in den beiden Mittelbereichen Kyritz (Kleeblattregion) und Finsterwalde (Sängerstadregion) wurden durch die Jugendlichen unter entsprechender fachlicher Begleitung in der Konzeptionsphase Maßnahmen und Projekte entwickelt, durch welche sie in ihren Mobilitätsbedürfnissen und damit in ihrer persönlichen Lebenswegeplanung unterstützt werden.

Von besonderer Bedeutung ist hierbei neben den zwei avisierten „Leuchtturmprojekten“ (Spontanes Mitfahrsystem im MB Kyritz und „dynamische Fahrgemeinschaft“ im MB Finsterwalde) die Etablierung von „Mobilitätsnetzwerken“ in den jeweiligen Mittelbereichen. Ihre Aufgabe ist es, sich zukünftig kontinuierlich mit der Mobilitätssituation der unterschiedlichen Zielgruppen auseinanderzusetzen und tragfähige, demographiefeste Lösungen für die vorhandenen und voraussichtlich entstehenden Mobilitätsprobleme der Menschen vor Ort zu finden. Desweiteren sollen sie bei der Entwicklung und Umsetzung von Mobilitätsprojekten, bei der Fahrplangestaltung, Netzgestaltung, Kommunikationsproblemen etc. zumindest beratend einbezogen werden.

Kennzeichnende Elemente der „Mobilitäts- Netzwerke“ sind ihr interdisziplinärer Ansatz, ihre zukunftsorientierte Betrachtungsweise der unterschiedlichen Mobilitätsprobleme der einzelnen Zielgruppen, die frühzeitige Beteiligung der Betroffenen (hier:Jugendlichen) als Experten in eigener Sache noch bevor eigene Konzepte der kommunalen Verantwortungsträger, Verkehrsunternehmen etc. erstellt werden, sowie eine weitreichende dialogorientierte horizontale und vertikale Vernetzung der einzubeziehenden Fachbereiche der Verwaltungen auf Landkreis und Mittelbereichsebene sowie der Verbände und der Wirtschaft.

Dementsprechend werden in den Gremien sowohl Vertreter /innen des Landkreises, der Verkehrsbetriebe und der Mittelbereiche aber auch Jugendliche, die Schülersprecher der Schulen im Mittelbereich, Vertreter der Unternehmen vor Ort (Ausbildung und Beschäftigung) und bei Bedarf Eltern, Schulleiter oder andere punktuell Beteiligte etc. vertreten sein, um eine Beteiligung der Betroffenen auf Augenhöhe zu sichern und Entscheidungen transparent und nachvollziehbar zu gestalten.

## **2.2 Gesundheit und Pflege**

**Medizinische Versorgung sichern:** Die Sicherstellung der medizinischen Grundversorgung wird zu einer Zukunftsaufgabe. Einerseits sind die sich leerenden, meist ländlichen Räume weniger attraktiv für hochqualifizierte Fachkräfte, so auch für Ärztinnen und Ärzte, aber auch für andere Fachberufe im Gesundheitswesen. Andererseits steigen die Anforderungen an die gesundheitliche Versorgung - auch durch die relativ zunehmende Zahl älterer Menschen. Zusätzlich unterliegt auch die Ärzteschaft den demografischen Veränderungen – das Durchschnittsalter der brandenburgischen Vertragsärztinnen und Vertragsärzte beträgt knapp 52 Jahre, knapp 24 % von ihnen sind 60 Jahre und älter. Es zeichnet sich ab, dass Brandenburg künftig mit den anderen Bundesländern um Ärztinnen und Ärzte konkurrieren wird. Darüber hinaus bewirken die Morbiditätsentwicklung (Multimorbidität und chronische Erkrankungen) sowie die begrenzten finanziellen Ressourcen zusätzliche Herausforderungen.

Das Land bringt die Partner im Gesundheitswesen zusammen, fördert systematisch den Erfahrungsaustausch und unterstützt sie in der Umsetzung der Maßnahmen. So sieht z.B. die Kassenärztliche Vereinigung Brandenburg gemeinsam mit den Krankenkassen in ihrem Sicherstellungsstatut Zuschüsse, Frühwarnsysteme sowie Niederlassungsberatung und -förderung vor. Aber auch Kommunen sind bemüht, die Ansiedlung von Ärztinnen und Ärzten zu unterstützen, indem entsprechende Immobilien den modernen medizinischen Anforderungen angepasst und damit auch den Wünschen für eine generationsübergreifende Nutzung entsprochen werden kann. Nach modellhafter Prüfung wird auch die Einführung der Gemeindegewerkschaft (AGNES) als Regelleistung der Gesetzlichen Krankenkassen als wichtiger Beitrag für die gesundheitliche Versorgung angesehen – allerdings müssen diese Leistungen auch bedarfsgerecht finanziert werden. Darüber hinaus hat Brandenburg in der Vergangenheit auch sehr gute Erfahrungen in einem Qualifizierungsprojekt für zugewanderte Ärztinnen und Ärzte gesammelt. Diese Erfahrungen können auch auf andere Bereiche übertragen werden. Momentan wird ein ähnliches Qualifizierungsprojekt für ausländische Krankenpflegekräfte in Potsdam durchgeführt. Die dort gewonnenen Erfahrungen bei der Anpassungsqualifizierung von ausländischen Fachkräften können auch auf andere Bereiche übertragen werden.

#### **Erfahrungen im Stipendienprogramm der Gesellschaft für Leben und Gesundheit mbH**

Die medizinische Versorgung im Land Brandenburg auch künftig zu sichern, ist eine zentrale Herausforderung. Der demografische Wandel erfordert es, dabei neue Wege zu gehen. Regional wirkende Initiativen gelten als ein Schlüssel zum Erfolg. Das Stipendienprogramm der Gesellschaft für Leben und Gesundheit (GLG) überzeugt als attraktives Angebot, um medizinischen Nachwuchs an Brandenburg zu binden und Ärztinnen und Ärzte langfristig in der Region zu halten.

Die GLG ist ein Unternehmen der Landkreise Barnim und Uckermark sowie der Stadt Eberswalde. Dazu gehören das Klinikum Barnim GmbH / Werner Forßmann Krankenhaus, das Martin Gropius Krankenhaus in Eberswalde, die Krankenhäuser in Prenzlau und Angermünde sowie weitere ambulante und medizinische Versorgungszentren. Mit rund 2.400 Beschäftigten ist die GLG der größte Arbeitgeber der Region.

Das Stipendium wird seit 2006 an Studierende der Medizin vergeben, die aus der Region stammen und sich verpflichten, nach ihrem Studium eine mindestens dreijährige Tätigkeit als Ärztin oder Arzt in einem Unternehmen der Gesellschaft anzutreten. Ziel ist es jedoch, die Fachkräfte für einen dauerhaften Verbleib im Nordosten Brandenburgs zu gewinnen. Bis zum Frühjahr 2011 bekamen bereits 30 Studierende der Medizin ein Stipendium. Sechs ehemalige Stipendiaten arbeiten schon in GLG-Unternehmen. Während der Ausbildung werden die angehenden medizinischen Fachkräfte mit bis zu 500 Euro monatlich unterstützt. Zudem können sie Praktikumsplätze in den Häusern der GLG in Anspruch nehmen. Zum Gesamtpaket der Gesellschaft für Leben und Gesundheit gehören familienfreundliche Arbeitszeitmodelle, Fortbildungs- und Freizeitangebote.

#### **Ziele und Erfolge**

Das Stipendienprogramm wirkt dem Ärztemangel in ländlichen Regionen entgegen, sichert erfolgreich den medizinischen Nachwuchs für die gesellschaftseigenen Einrichtungen und bietet jungen Medizinerinnen und Mediziner lukrative Zukunftsperspektiven. Die Nachfrage nach GLG-Stipendien ist groß und übersteigt regelmäßig die Zahl der angebotenen Plätze. Die Gesellschaft für Leben und Gesundheit arbeitet unter anderem als Partner mit dem „Netzwerk Gesunde Kinder Barnim Nord“ zusammen und engagiert sich aktiv in der Gesundheitsregion Nord-Ost. Der Herausforderung der langfristigen Fachkräftesicherung begegnet das kommunal geführte Gesundheitsunternehmen mit immer neuen Projekten. Seit dem Frühjahr 2011 widmet es sich der personellen Verstärkung der Pflege durch erfahrene, an Universitäten ausgebildete Krankenpflegekräfte aus Lettland und Litauen.

### **Aktives Altern fördern, vielfältige Formen von Pflege organisieren:**

Die demografischen Veränderungen rücken Senioren- und Pflegepolitik in das Zentrum der Aufmerksamkeit. Die Landesregierung hat im Mai 2011 ein seniorenpolitisches Maßnahmenpaket beschlossen, das insbesondere die strategischen Ansätze verfolgt, realistische Vorstellungen über das Alter(n) zu entwickeln und Ungleichbehandlung von älteren Menschen zu verhindern, die Rahmenbedingungen für eine aktive Teilhabe Älterer weiterzuentwickeln, die Selbständigkeit und Aktivität Älterer durch Bildung zu fördern sowie Ältere dabei zu unterstützen, heute die sozialen Netze zu knüpfen, die ihnen morgen Sicherheit bieten. Es besteht ein enger Zusammenhang zwischen Senioren- und Pflegepolitik, da die Art, das aktive Alter zu leben, zum einen helfen kann, der Hilfebedürftigkeit vorzubeugen und zum anderen in jedem Fall erhebliche Auswirkungen auf die Möglichkeiten hat, später Hilfebedürftigkeit zu bewältigen.

Neben der stärkeren Aktivierung der Potenziale Älterer ist mit dem wachsenden Anteil hochaltriger Menschen eine Pflegeinfrastruktur sicherzustellen, die den veränderten Bedarfen gerecht wird. Die Versorgung pflegebedürftiger Personen wird dabei als eine Aufgabe gesehen, die über die Umsetzung der Pflegeversicherung hinausgeht. Unnötige Umzüge in stationäre Pflegeeinrichtungen sollen u.a. durch eine Vielfalt von Hilfen auch im Vor- und Umfeld der Pflege sowie verschiedene unterstützende Wohnformen vermieden werden. Ferner soll durch wohnortnah arbeitende Pflegestützpunkte eine trägerneutrale Pflegeberatung vorhanden sein und die Vernetzung der Pflege- und Unterstützungsangebote vor Ort mit der medizinischen und rehabilitativen Versorgung, den Strukturen der Selbsthilfe und des bürgerschaftlichen Engagements erfolgen. Im Zuge der erfolgten Novellierung des Landespflegegesetzes werden Impulse für eine verstärkte Kooperation aller Akteure auf regionaler Ebene gesetzt. Der zukünftige Bedarf an Fach- und Hilfskräften in der Pflege und die diesbezügliche Steuerung der Akteurinnen und Akteure im Land Brandenburg sind Gegenstand einer Studie, die von der Landesregierung im Herbst 2011 in Auftrag gegeben wird. Im Ergebnis der handlungsorientierten Studie soll 2013 ein pflegepolitisches Maßnahmenpaket verabschiedet werden.

#### **Vorbereitungen für ein Bündnis „Gesund älter werden in Brandenburg“**

Das Gesundheitsministerium bereitet einen neuen Gesundheitszieleprozess vor, in dem die wesentlichen Akteure im Feld Gesundheit gemeinsam mit Interessenverbänden der Zielgruppe (u.a. Seniorenrat und -beiräte) eine Problemanalyse vornehmen sowie Ziele und Maßnahmen beraten wollen. Hier geht es – in Ergänzung zu den Aktivitäten des Landes mit den gesetzlich Verantwortlichen der Selbstverwaltung im Gesundheitswesen – beispielsweise um Gesundheitsförderung durch Bewegung. Das Bündnis „Gesund älter werden in Brandenburg“ soll Anfang 2012 gegründet werden.

**Weitere ausgewählte Projekterfahrungen:**

**Ärzteintegrationsprojekt:** In einem Projekt in Zusammenarbeit mit der Otto-Bennecke-Stiftung wurden zugewanderte Ärztinnen und Ärzte gezielt weiterqualifiziert, um ihnen den Zugang zum Arbeitsmarkt zu erleichtern.

**Krankenpflegekräfteprojekt:** In Trägerschaft des Europäischen Bildungswerk in Kooperation mit der Gesundheitsfachschule des Klinikums Ernst von Bergmann wird zurzeit eine Anpassungsqualifizierungsmaßnahme für Migrantinnen zur Gesundheits- und Krankenpflegerin durchgeführt. Der Kurs zur Anpassungsqualifizierung bereitet ausländische Krankenpflegekräfte auf die mündliche und praktische Prüfung zur staatlichen Anerkennung ihres Berufsabschlusses vor.

**„Fontane“:** Projekte wie das vom Bundesforschungsministerium ausgezeichnete Telemedizinprojekt „Fontane“ sollen helfen, durch Kooperation und Vernetzung die gesundheitliche Versorgung im ländlichen Raum zu sichern.

**Verbraucherzentrale Brandenburg:** Im Projekt der Verbraucherzentrale Brandenburg mit und in Schulen werden Kompetenzen zur gesunden Ernährung vermittelt. Wie ernähre ich mich gesund und ausgewogen? Was muss ich beachten, um das Essen hygienisch zuzubereiten?

**Weitere Projekterfahrungen über Brandenburg hinaus:**

**Aktives Altern, vielfältige Formen von Pflege organisieren - Projekt der Stadt Gütersloh:** Die Stadt beschreibt eine Rahmenvereinbarung über die Gestaltung und Vernetzung der offenen Seniorenarbeit, Pflege- und Wohnberatung sowie der kommunalen Pflegeplanung, die durch die Kommunen und die AG der freien Wohlfahrtspflege auf den Weg gebracht wurde.

(Quelle: Demografiebericht 2008 der Stadt Gütersloh.

<http://www.guetersloh.de/Z3VldGVyc2xvaGQ0Y21zOjM2MjA=.x4s>)

Mit dem neuen Landespflegegesetz wird sich in Brandenburg der Rahmen für derartige Initiativen maßgeblich verbessern (lokale Pflegestrukturen). Der Gedanke von Rahmenvereinbarungen nach dem in Gütersloh bereits verwirklichten Prinzip könnte dieser Entwicklung Vorschub leisten. In Brandenburg wäre eine Bezugnahme auf die Pflegestützpunkte sinnvoll.

## **2.3 Bildung, Jugendarbeit, Fachkräfte**

**Schulentwicklungsplanung als Beteiligungsprozess verstehen:** Im Schulbereich führte der dramatische Einbruch der Geburtenzahlen bereits zum Ende der 1990er Jahre zu erheblichen Anpassungsbedarfen. Die notwendige vollständige Überarbeitung des Schulstandortsystems – orientiert am landesplanerischen System der zentralen Orte – erfolgte als korporativer Prozess von Landes- und kommunaler Ebene und führte zu einer deutlichen Reduzierung der Zahl der Schulen. Bewährt hat sich in dieser schwierigen Situation das hohe Maß an Beteiligungsprozessen bei der Schulentwicklungsplanung. Mit erheblichem zeitlichem Vorlauf wurden in den Jahren 1994 bis 2001 die Grundschulen durch einen Modellversuch, landesweite und länderübergreifende Tagungen, kontinuierliche Fortbildung und prozessbegleitende Schulbesuche auf das Leben und Lernen in kleinen Grundschulen mit jahrgangsgemischten Lerngruppen als Alternative zur Schließung von Schulen vorbereitet. Mit dem Vorrücken der „dünnen“ Altersjahrgänge in die weiterführenden Schulen wurden die Mindestgrößen der Schulen reduziert und zum Schuljahr 2005/06 die Oberschule und damit ein zweigliedriges Schulsystem in der Sekundarstufe I eingeführt. Der gleiche Ansatz wurde für die Sicherung von Schulstandorten umgesetzt, die neben den Gymnasien eine alternative Option zum Erwerb der Hochschulreife anbieten (Gesamtschulen und berufliche Gymnasien an Oberstufenzentren).

**Neue Konzepte für die Kinder- und Jugendpolitik umsetzen:** In Brandenburg wurde vorausschauend – bevor die sich verringern den Zahlen an Jugendlichen die eigentliche Altersgruppe der Kinder- und Jugendarbeit erreichten – ein breit angelegter Diskurs mit den Fachkräften über neue Konzepte für die Jugendarbeit und Jugendsozialarbeit insbesondere in den ländlichen Regionen geführt. Ein länderübergreifendes (Brandenburg, Thüringen, Sachsen-Anhalt und Mecklenburg-Vorpommern) Modellprojekt unterstützte exemplarisch Jugendämter in ausgewählten Kreisen bei den notwendigen Planungs- und den schwierigen Umsetzungsschritten. Konsequenterweise wird die Jugendarbeit und Jugendsozialarbeit auf sozialräumlich orientierte Planungsräume und auf die sich verringern den Jugendlichenzahlen umgestellt und die Angebotsformen daran ausgerichtet. In beiden Bereichen sind derzeit neue Handlungsschritte weder notwendig noch geplant. Zum einen haben sich die veränderten konzeptionellen Herangehensweisen in der Praxis bewährt, zum anderen braucht es nach den turbulenten Diskussionen und Veränderungen der vergangenen Jahre wieder eine Phase der Konsolidierung und Ruhe im System. Künftig wird der Fokus stärker auf die Wechselbeziehung zwischen Schule und Familie und zwischen Schule und Gemeinwesen, auf den Ausbau außerschulischer, familienunterstützender Systeme sowie auf die Erforderlichkeit von Familienbildung und die zivilgesellschaftliche Beteiligung vor Ort gelegt.

**Fachkräftebedarf decken:** Die mittel- und langfristige Sicherung von Fachkräften ist für das Land Brandenburg eine der zentralen Herausforderungen und steht schon seit dem Jahr 2005 mit der in Auftrag gegebenen ersten Brandenburger Fachkräftestudie auf der Agenda der Landesregierung. Aufbauend auf den vorliegenden Erkenntnissen wurde zum Jahr 2010 eine gemeinsame Fachkräftestudie Berlin-Brandenburg erarbeitet (Prognos 2010). Die Studie kommt zu dem Ergebnis, dass unter der Voraussetzung struktureller Stabilität in Berlin-Brandenburg im Jahr 2015 etwa 273.000 Stellen und im Jahr 2030 sogar 460.000 Stellen unbesetzt bleiben, wenn keine geeigneten Maßnahmen eingeleitet würden, weil entweder Fachkräfte oder die nachgefragten Qualifikationen fehlen. Die gemeinsame Fachkräftestudie 2010 zeigt zahlreiche Handlungsempfehlungen auf, die derzeit geprüft werden und die als Grundlage für eine künftige strategische Fachkräftesicherung unter dem Motto „Fachkräfte bilden, halten und gewinnen“ dienen werden.

Das Land Brandenburg kann dabei anknüpfen an bildungs- und arbeitspolitische Maßnahmen, die gemeinsam mit dem Bündnis für Fachkräftesicherung frühzeitig auf den Weg gebracht wurden. Aufgrund der demografischen und strukturellen Entwicklung stellt sich das Thema Fachkräftesicherung als langfristige Aufgabe aller gesellschaftspolitischen Kräfte, insbesondere der Sozialpartner, der Wirtschaft und sämtlicher Akteure auf dem Arbeitsmarkt. Soll Fachkräftesicherung gelingen, muss von allen Beteiligten Verantwort-

tung für den eigenen Bereich übernommen werden, wobei in erster Linie die Unternehmen des Landes gefordert sind.

#### **Erfahrungen im Projekt „Qualifizierungsinitiative für Tarifbeschäftigte- QUIT“**

Bis 2014 sind zahlreiche anspruchsvolle Positionen in der Landesverwaltung zu besetzen. Kapazitäten für externe Besetzungen sind nur begrenzt vorhanden. Defizite bestehen insbesondere im gehobenen nichttechnischen Verwaltungsdienst. Mit der Qualifizierungsinitiative für Tarifbeschäftigte (QUIT) wurde ein bundesweites Pilotprojekt zur Weiterqualifizierung von zunächst 60 Tarifbeschäftigten im Öffentlichen Dienst gestartet. Dadurch wird die Möglichkeit geschaffen, die Personalzielplanung 2014 der Landesregierung auf der Grundlage des Sozial-Tarifvertrages Umbau durch Umstrukturierung bei gleichzeitiger Personalentwicklung zu unterstützen. Mit QUIT wird Personal des mittleren nichttechnischen Verwaltungsdienstes für interne Besetzungen von Positionen in Sachbearbeitungsbereichen qualifiziert. Das bislang einmalige brandenburgische Programm ist eine Initiative des Ministeriums des Innern und wird durch die Universität Potsdam wissenschaftlich begleitet und aus Effizienzgründen gleichzeitig evaluiert. Die Innovation besteht in der didaktischen Ausrichtung auf die Spezifika der Erwachsenenqualifizierung und der inhaltlichen Konzentration auf den Erwerb von Kompetenzen. QUIT ist modern, innovativ und kreativ. Besonderes Augenmerk gilt der Perspektive einer Zertifizierung. Es ist vorgesehen, diese Qualifizierung als Pilot später auch bundesweit anzubieten.

Ein Ansatz zur Fachkräftesicherung ist das Thema „Zu- und Rückwanderung“. Angesichts der hohen Wanderungsdynamik in der Altersgruppe der 18-30-Jährigen und des weiteren Bevölkerungsrückgangs in Brandenburg wird deutlich, dass ohne gezielte Maßnahmen weder die Abwanderung gestoppt noch Zuwanderung generiert werden kann. Einen gewissen Beitrag zur Fachkräftesicherung kann auch die seit dem 1. Mai 2011 für die mittel- und osteuropäischen Mitgliedstaaten geltende volle Arbeitnehmerfreizügigkeit leisten. Das Land Brandenburg hat in Vorbereitung und Begleitung der vollen Arbeitnehmerfreizügigkeit vielfältige Aktivitäten durchgeführt. Beispielsweise arbeiten seit Ende 2010 die Wojewodschaft Lubuskie und Brandenburg in einer Arbeitsgruppe zusammen, die die Umsetzung der Arbeitnehmerfreizügigkeit und die Herausbildung eines gemeinsamen deutsch-polnischen Arbeitsmarktes aktiv begleitet.

Um den Zugang ausländischer Fachkräfte zum qualifizierten Arbeitsmarkt zu unterstützen, stellt das Brandenburger Arbeitsministerium einen internetgestützten Wegweiser zur Anerkennung ausländischer Bildungs- und Berufsabschlüsse zur Verfügung, mit dem über die derzeitigen gesetzlichen Grundlagen, über zuständige Stellen und einzureichende Unterlagen informiert wird. Ein weiterer Punkt ist die Anerkennung von im Ausland erworbenen Berufsabschlüssen. Hierzu hat das Bundeskabinett im März 2011 einen Gesetzentwurf verabschiedet, nach dem alle Zugewanderten einen Rechtsanspruch auf ein Anerkennungsverfahren in einer bestimmten Frist erhalten sollen.

Neben der Zuwanderung kann auch die Rückkehr von abgewanderten Brandenburgerinnen und Brandenburgern bei der Suche nach qualifizierten Fachkräften eine Rolle spielen. Der Landtag Brandenburg hat daher am 19.05.2011 die Landesregierung gebeten, ein „Zukunftskonzept für potenzielle Rückkehrer“ vor-

zulegen. Das Zukunftskonzept soll u.a. einen internetgestützten Wegweiser beinhalten, der die regionalen Angebote für Rückkehrwillige beispielsweise in der Uckermark oder in der Lausitz vernetzt.

#### **Erfahrungen im Projekt „Wandern und Rückkehren in der Uckermark“**

„Eine der wichtigsten Herausforderungen für die Uckermark besteht darin, der Abwanderung entgegenzusteuern. Die damit verbundene Aufgabe, neue Lebensperspektiven in der Region zu schaffen, ist anspruchsvoll, langwierig und unvermeidlich.“ – Diese Feststellung vereinigt die Erkenntnis und die Zielsetzung des Projekts „Wandern und Rückkehren in der Uckermark“ des Templiner Vereins „Zuhause in Brandenburg“.

Seine Mitglieder hatten ihre uckermärkischen Herkunftsorte vorwiegend aus beruflichen Gründen verlassen, die Kontakte zur Heimat aber nicht abreißen lassen. Als sich einige Rückkehrer nach ihren „Wanderjahren“ wieder zu Hause niederließen, entstand die Idee zur Gründung des Vereins „Zuhause in Brandenburg“ als modernem Heimatverein. Dieser will Brandenburgerinnen und Brandenburger, die ihre Heimat verlassen haben, dabei unterstützen, die Bindung zu ihrer Herkunftsregion zu halten, um so die Chancen für eine spätere Rückkehr zu verbessern. Zur Vereinsarbeit gehört es auch, die Potenziale und Besonderheiten der Region herauszustellen und zu fördern. Im Rahmen des Projekts „Wandern und Rückkehren“ setzten sich die Vereinsmitglieder mit der Abwanderungsproblematik auseinander und untersuchten, welche Bedingungen vorliegen müssen, damit ausgewanderte Uckermärkerinnen und Uckermärker in ihre alte Heimat zurückkehren. Biografische Interviews zum Werdegang und zur Motivation der Zurückkehrenden wurden zusammen mit den Projekterkenntnissen und Lösungsansätzen für die Region in einer eigenproduzierten und -finanzierten Publikation veröffentlicht.

#### **Ziele und Erfolge**

Mit Blick auf die Zukunftsfähigkeit der Region stehen gegenwärtig die Stärkung der Heimatverbundenheit bei jungen Menschen, die Verankerung sozialer Netzwerke, die gleichberechtigte Interessenwahrnehmung für alle Generationen, ein „Mehr“ an Bürgerbeteiligung und Partizipation, die Schaffung von flexiblen „Vor-Ort-Lösungen“ sowie die bessere Einbindung von Frauen in das öffentliche Leben im Mittelpunkt. Für viele Rückkehrenden waren die Entwicklungsmöglichkeiten und Erlebnisse in der Fremde die Voraussetzung für ihr erfolgreiches persönliches und berufliches Vorankommen. Heute bringen sie ihre fachliche Kompetenz und Lebenserfahrung in der Heimat ein, wovon ein deutlich dynamisierender Effekt für die Region ausgeht. Im Februar 2011 wurde das Projekt „Wandern und Rückkehren in der Uckermark“ als Preisträger im bundesweiten Wettbewerb „Aktiv für Demokratie und Toleranz“ 2010 geehrt.

Rück- und Zuwanderung sind abhängig von attraktiven Arbeitsplätzen, Lohn, guten Arbeitsbedingungen und Karrierebedingungen, speziell auch für Frauen. Noch immer bestehen deutliche Lohnunterschiede zwischen Brandenburg und den westlichen Bundesländern. So beträgt der durchschnittliche Bruttolohn in Brandenburg unter Berücksichtigung der Arbeitszeit gerade 74 % des Niveaus von westlichen Bundesländern (2010)<sup>10</sup>. Neben einer attraktiven Entlohnung sind immaterielle Anreize, wie beispielsweise die betriebliche Vereinbarkeit von Beruf und Familie, ebenfalls von großer Bedeutung, um Rück- und Zuwanderung junger Menschen anzuregen.

Die Landesregierung hat es sich zum Ziel gesetzt, dass Brandenburg für Familien zu einer der attraktivsten Regionen Europas und Familienfreundlichkeit ein Markenzeichen für Brandenburger Unternehmen wird. Es ist ihr wichtig, die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu ermöglichen. Diesem Ziel dient auch die Beratung

<sup>10</sup> Betriebspanel Brandenburg – 15. Welle



der Servicestelle „Arbeitswelt und Elternzeit“ bei der LASA Brandenburg GmbH. So können z. B. Unternehmen und (werdende) Eltern Beratung in Anspruch nehmen, wenn es um die Planung und Gestaltung bzw. Überbrückung von Mutterschutz und Elternzeiten sowie die Rückkehr an den Arbeitsplatz geht.

**Erfahrungen im „Netzwerk Zukunft – Schule und Wirtschaft für Brandenburg e.V.“:**

Der landesweit agierende Verein ist Träger unterschiedlicher überregionaler Aktivitäten und unterstützt die regionalen Arbeitskreise Schule-Wirtschaft. Durch engere Kooperation von Schulen, Hochschulen und Wirtschaft sollen Ausbildungsfähigkeit und Zukunftschancen brandenburgischer Schülerinnen und Schüler verbessert werden. Zu den Aktionen gehören z.B. die Berufsorientierungstourneen sowie die Verbreitung des Berufswahlpasses und Fortbildung zu dessen Einsatz. Die Berufsorientierungstourneen sind ein Fortbildungsangebot für Lehrkräfte sowie für Berufsberaterinnen und -berater der Agenturen für Arbeit zu regionsspezifischen Themen und Branchen mit Zukunftsperspektive. Während einer Berufsorientierungstournee (BOT) lernen Lehrkräfte sowie Berufsberaterinnen und Berufsberater der Agentur für Arbeit die verschiedenen Branchen, Betriebe und Bildungseinrichtungen in ihrer Region kennen. Eine Tournee fokussiert dabei immer auf ein bestimmtes Thema, beispielsweise Ausbildung in der Luftfahrtindustrie und informiert über die Anforderungen der Ausbildungsberufe. Die BOT wird als BOTjunior auch für Schülerinnen und Schüler durchgeführt. Außerdem wurden im Schuljahr 2011/12 ca. 17.000 Exemplare des Berufswahlpasses vorwiegend an Schülerinnen und Schüler der 7. Jahrgangsstufe ausgegeben.

**Servicestelle Arbeitswelt und Elternzeit:** Die im Sommer 2008 eingerichtete und aus Mitteln des ESF und des Landes finanzierte Servicestelle Arbeitswelt und Elternzeit bietet spezifische Informations-, Beratungs- und Unterstützungsangebote gleichermaßen für Schwangere, junge Mütter und Väter, Alleinerziehende und Arbeitgeber an. So werden für berufstätige Eltern umfassende Informationen zu den Themen Mutterschutz, Elternzeit und Berufsrückkehr bereitgestellt. Das Beratungsspektrum der Servicestelle ist sehr breit, neben Informationsmaterialien und Newsletter stehen die Mitarbeiterinnen der Servicestelle auch für persönliche Gespräche zur Verfügung und moderieren in Konflikten, die im Zusammenhang mit Mutterschutz und Elternzeit im Betrieb entstehen können.

**Weitere ausgewählte Projekterfahrungen in Brandenburg:**

**Kleine Grundschule Großwudicke:** Es wird eine qualitativ hochwertige Bildung im ländlichen Raum durch neue Lernkonzepte sichergestellt. Die Schule ist soziales und kulturelles Zentrum des Ortes, die Qualitätssicherung erfolgt durch Mitarbeit im Netzwerk „Kleine Grundschulen“.

**Schule mit Profil (Werner-von-Siemens-Schule Gransee):** Die Schule liefert ein hervorragendes Beispiel für eine starke Berufsorientierung in der Oberschule. Neben integrativem Organisationsmodell werden als zusätzliches Wahlpflichtfach „Medien und Kommunikation“ ab Klasse 7 und neben Französisch, Wirtschaft-Arbeit-Technik und Naturwissenschaften auch ein erhöhter Stundenanteil in Deutsch, Mathematik, Englisch und Naturwissenschaften miteinander kombiniert. Darüber hinaus unterstützt fächerübergreifender Unterricht viele fächerübergreifende Schulprojekte (Umweltmedienecke, Energiesparen, Geronsee, Science Center Gransee, Forscherkiste Kita). Bestenförderung wird mit besonderer Förderung von Mädchen im naturwissenschaftlichen Bereich, vor allem bei der Ausbildung mit neuen Medien, kombiniert. Praxislernen ist Bestandteil des Schulprogramms und wird durch Betriebspraktika in den Klassen 9/10 sowie die Tage der Elektrotechnik in Klasse 10 ergänzt.

**Profis für die Praxis:** Die „Tätigkeitsbegleitende Qualifizierung zur Erzieherin/zum Erzieher für den Bereich der Kindertagesbetreuung im Land Brandenburg“ wird heute unter dem Begriff „Profis für die Praxis“ in sechs Landkreisen und einer kreisfreien Stadt angeboten. Nach erfolgreicher Absolvierung der zweijährigen Qualifizierungsmaßnahme werden den Absolventinnen und Absolventen gleichwertige Fähigkeiten mit staatlich anerkannten Erzieherinnen/Erziehern für den Bereich der Kindertagesbetreuung bescheinigt.

**Lernen vor Ort:** Die Landkreise Barnim und Elbe-Elster sind Modellregionen im Bundesprogramm „Lernen vor Ort“, um Strategien regionaler Bildungslandschaften zu entwickeln.

**Verbraucherbildung an Schulen:** Der Verbraucherbildung an Schulen wird durch ein gemeinsames Vorgehen der Verbraucherzentrale mit den Ministerien für Verbraucherschutz und Bildung größere Beachtung geschenkt. Entlang aktueller verbraucherpolitischer Themen mit besonderer Relevanz für Kinder und Jugendliche (Finanz- und Medienkompetenz, gesunde Ernährung) wurde die Lehrkräftefortbildung weiterentwickelt.

**MINT-Initiativen der Hochschulen:** Die Brandenburger Hochschulen oder die Schülerlabore verschiedener Hochschulen ergreifen vielfältige Initiativen, um insbesondere Schülerinnen und Schüler für die MINT-Fächer (Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften, Technik) zu interessieren, so zum Beispiel das Verbundprojekt BrSaNT (Brandenburger Initiative Schule Hochschule auf dem Weg zur Naturwissenschaft und Technik).

**Familienfreundliche Hochschulen:** Alle Hochschulen des Landes haben sich mit einem „Qualitätsversprechen Kinder und Karriere“ sowie „Qualitätsstandards zur Chancengleichheit von Frauen und Männern“ dazu verpflichtet, Familienfreundlichkeit zu fördern und als integrative Begegnungs- und Bildungsorte wahrgenommen zu werden.

**Campus der Generationen:** Ältere erwerbslose Fachkräfte ab 50 Jahren werden in generationenübergreifenden Teams mit Studierenden der Universität Potsdam durch kreatives, wissenschaftliches, projektförmiges Arbeiten („Kreative Projektarbeit“) an der Hochschule und in brandenburgischen Unternehmen wieder fit für den Arbeitsmarkt gemacht. Das Lernarrangement „Kreative Projektarbeit“ verbindet das theoretische Know-How der Hochschule mit den betrieblich-praktischen Kompetenzen der kooperierenden Unternehmen und trägt zur Erhöhung der Beschäftigungsfähigkeit älterer Fachkräfte bei. Das Projekt wird im Rahmen der INNOPUNKT-Initiative „Ältere – Erfahrung trifft Herausforderung“ gefördert.

**Arbeitgeberzusammenschluss Spreewald:** Der Arbeitgeberzusammenschluss Spreewald hat sich im Januar 2005 mit dem Ziel gegründet, (saisonbedingte) Fachkräftengpässe über einen gemeinsamen Pool von festangestellten Arbeitskräften auszugleichen. Aktuell kooperieren 44 in der Region ansässige Unternehmen mit über 900 Beschäftigten. Der bedarfsgerechte und flexible Einsatz der Beschäftigten erfolgt in den Wirtschaftszweigen Land- und Forstwirtschaft, Nahrungsmittelverarbeitung, Landschafts- und Gartenbau, Logistik, Energiewirtschaft, Tourismuswirtschaft, Holzverarbeitung, Metallverarbeitung, Wäscherei, Handwerk und Büro. Darüber hinaus engagiert sich der Träger des Arbeitgeberzusammenschlusses – die SpreewaldForum GmbH – im Ausbildungsbereich und hat beispielsweise im Zeitraum Januar 2007 bis Juni 2010 zusammen mit der tamen GmbH das Projekt „Ausbildungsnetzwerk im Arbeitgeberzusammenschluss Spreewald (ANiN)“ im Rahmen der Jobstarter-Initiative des BMBF umgesetzt.

**Weiterbildung von Migrantinnen und Migranten zur Fachkraft für Sozialarbeit:** Seit Anfang 2011 führt die Otto-Benecke-Stiftung in Kooperation mit der Fachhochschule Potsdam eine Weiterbildung zur Fachkraft für Sozialarbeit für zugewanderte Lehrkräfte und Akademikerinnen/Akademiker durch, deren im Ausland erworbener Abschluss in Deutschland nicht anerkannt wird.

**Bildungsscheck und Weiterbildungsdatenbank:** Sozialversicherungspflichtig beschäftigte Brandenburgerinnen und Brandenburger haben die Möglichkeit, mit dem Bildungsscheck Brandenburg bis zu 500 € aus Mitteln des ESF für ihre individuelle arbeitsplatzunabhängige berufliche Weiterbildung zu erhalten. Eine obligatorische Beratung erfolgt entweder telefonisch oder persönlich durch die LASA Brandenburg GmbH. Dabei wird mithilfe der Weiterbildungsdatenbank u.a. geklärt, welche Bildungsunternehmen die gewünschte Qualifizierung anbieten. Zurückgegriffen werden kann auf über 30.000 aktuelle Angebote von rund 1.000 Bildungsanbietern, die im Suchportal Berlin-Brandenburg gelistet sind. Die Weiterbildungsdatenbank deckt nahezu vollständig das Brandenburger Bildungsangebot im Bereich der beruflichen Bildung für Arbeitsuchende, Beschäftigte und Unternehmen ab und stellt Transparenz auf dem Weiterbildungsmarkt her. Darüber hinaus stellt die Weiterbildungsdatenbank allen Bildungsinteressierten im Bereich der beruflichen Bildung umfangreiche und gut strukturierte Hintergrundinformationen von Checklisten bis zu Förderangeboten zur Verfügung. Die Aktivitäten werden mit ESF- und Landesmitteln gefördert.

**Projekt Netzwerk IQ zur Arbeitsmarktintegration von Zugewanderten:** Aufbau einer Beratungsstruktur zur Anerkennung von im Ausland erworbenen Qualifikationen und Arbeitsmarktintegration von Zugewanderten, Qualifizierung für kultursensible (Berufs- und Arbeitsmarktintegrations-) Beratung der Regelinstitutionen, Initiierung von Anpassungsqualifizierungen, in Trägerschaft der Regionalen Arbeitsstellen für Bildung, Integration und Demokratie (RAA) Brandenburg in Kooperation mit der Integrationsbeauftragten des Landes.

**Pilotprojekt Handwerkskammer Cottbus:** Ausbildung von polnischen Jugendlichen zur Stärkung der grenzübergreifenden Kooperation und zur Fachkräftesicherung. Die HWK Cottbus hat polnische Jugendliche an Betriebe vermittelt und einen bundesfinanzierten Sprachkurs vor Vertragsabschluss organisiert. 22 Jugendliche haben den Sprachkurs begonnen, 10 haben einen Ausbildungsvertrag und zwei einen Arbeitsvertrag abgeschlossen.

#### **Weitere Projekterfahrungen über Brandenburg hinaus:**

**Bundesprogramm „Perspektive 50 plus“** Ziel des Programms ist es, die Beschäftigungschancen älterer Langzeitarbeitsloser (LZA) über 50 Jahre zu verbessern. Das Bundesprogramm befindet sich derzeit in der dritten Projektphase (2011-2015). Im Mittelpunkt der nächsten fünf Jahre steht die Integration älterer LZA in den allgemeinen Arbeitsmarkt. Des Weiteren soll die Selbstständigkeit der Älteren nachhaltig durch verschiedene Aktivitäten gestärkt werden. Bundesweit gibt es 78 Beschäftigungspakte in den Regionen. An der Umsetzung des Programms sind nicht nur 421 Jobcenter beteiligt, sondern auch die Partner der regionalen Netzwerke. Wichtige Partner sind Unternehmen, Kammern und Verbände, kommunale Einrichtungen und Bildungsträger, Politik, Gewerkschaften, Kirchen und Sozialverbände. In Brandenburg sind in acht Beschäftigungspakten 15 Landkreise und kreisfreie Städte mit eingebunden.

Mit einer verstärkten länderübergreifenden Kooperation verfolgen der Berliner Senat und die Brandenburger Landesregierung das Ziel der Entwicklung der Gesundheitswirtschaft Berlin-Brandenburg mit den Teilseg-

menten Biotechnologie und Medizintechnik, Gesundheitsversorgung und Gesundheitsnahe Dienstleistungen. Das Cluster umfasst alle relevanten Akteurinnen und Akteure dieser Segmente in der Region aus Wirtschaft, Wissenschaft, Forschung, Anwendung und Wirtschaftsförderung. Bei den inhaltlichen Schwerpunkten muss berücksichtigt werden, dass in Berlin-Brandenburg – stärker als in anderen Regionen – vor allem das klassische Gesundheits- und Sozialwesen dominiert (67,7% der Wertschöpfung und 78,3% der Beschäftigten der Gesundheitswirtschaft).

Aufgrund der direkten Einwirkung des demografischen Wandels, sowohl auf die Nachfrage nach Leistungen der Gesundheitswirtschaft als auch auf das Angebot an Fachkräften, kommt der bevölkerungsstrukturellen Veränderung der nächsten Jahre eine herausragende Bedeutung für die zukünftige Gestaltung der Gesundheitswirtschaft zu. Der Blick auf den demografischen Wandel zeigt, welche Entwicklungsmöglichkeiten die Gesundheitswirtschaft hat bzw. zukünftig haben wird und macht außerdem auf die zentralen Herausforderungen im Bereich der Fachkräftesicherung (v.a. Pflege), der sektorenübergreifenden Versorgung, der Telemedizin und im Reha-Bereich aufmerksam.

In der Krankenhausplanung müssen sich die Versorgungsprofile den Trends gesunkener Geburtenzahlen und der Zunahme der altersbedingten Erkrankungen Rechnung tragen. Dabei müssen auch die regionalen Unterschiede im berlinnahen und berlinfernen Regionen beachtet werden.

Der demografische Wandel bringt aber nicht nur mehr und älter werdende Rentnerinnen und Rentner. Er zeigt sich auch in altersstrukturellen Veränderungen des Erwerbstätigenpotenzials. Die Jahrgänge der mittleren Beschäftigtenaltersgruppe (35-49 Jahre) sind entsprechend der Altersstruktur der Bevölkerung am stärksten besetzt. Aus dieser Gruppe rücken gegenwärtig und weitere 15 bis 20 Jahre jährlich stärker werdende Beschäftigtenjahrgänge in die Gruppe 50+ bzw. 60+. Diese demografische Entwicklung hat zwei für das Fachkräftethema wichtige Auswirkungen:

- Die Berlin-Brandenburger Gesundheitswirtschaft befindet sich in einer langfristig anhaltenden Periode der permanenten Zunahme älterer Beschäftigter.
- Es steigt - entsprechend zeitversetzt - die Anzahl der altersbedingt aus der Erwerbstätigkeit ausscheidenden Fachkräfte und damit der altersbedingte Ersatzbedarf an Fachkräften.

Die Befunde der aktuellen Beschäftigtenstrukturanalyse der LASA Brandenburg konstatieren nicht nur wie in früheren Studien im Pflegebereich wachsenden Fachkräftebedarf (Erweiterungsbedarf und altersbedingter Ersatzbedarf), u.a. durch die Zunahme älterer Beschäftigter, sondern insgesamt in der Gesundheitswirtschaft.

Insbesondere in drei Handlungsfeldern sollen neue Initiativen entwickelt werden:

1. Optimierung der Beschäftigungsbedingungen
2. Verstärkung der beruflichen Aus- und Weiterbildung
3. Marketing des Beschäftigungspotentials Gesundheitswirtschaft.

## **2.4 Daseinsvorsorge und öffentliche Dienstleistungen**

**Zentrale-Orte-System zur Sicherung der Daseinsvorsorge nutzen:** Nach einer umfassenden Kommunalreform hat das Land mit der Neuordnung der landesplanerischen Grundlagen und der radikalen Überarbeitung des „Zentrale-Orte-Systems“ auf die demografischen Veränderungen reagiert. Dieser raumordnerische Rahmen schafft die langfristige Grundlage für die Sicherung der Daseinsvorsorge. Das Prinzip dabei ist: Die Grundversorgung wird weitgehend innerhalb der amtsfreien Gemeinden und Ämter abgesichert. Angebote mit höherwertigen Dienstleistungen der Daseinsvorsorge (z.B. weiterführende Schulen, Krankenhäuser und Kultureinrichtungen) werden auf Mittel- und Oberzentren (insgesamt 54 Städte und Gemeinden, darunter acht Mittelzentren in Funktionsteilung) mit jeweils mindestens 30.000 Einwohnerinnen und Einwohnern im Verflechtungsbereich konzentriert. Langfristig soll ein flächendeckendes System von Angeboten gesichert werden, das von den Bürgerinnen und Bürgern in maximal 45 Minuten erreicht und genutzt werden kann.

### **Erfahrungen mit den raumordnerisch abgegrenzten Mittelbereichen**

Von Seiten der Landesregierung wurde über den Landesentwicklungsplan eine Verstärkung der Kooperation der Kommunen innerhalb der 46 Mittelbereiche des Landes angeregt. In mehr als der Hälfte der Brandenburger Mittelbereiche haben sich die Kommunen mittlerweile aktiv in Kooperationsprozesse begeben und setzen sich dabei gemeinsam mit Fragen der Anpassung der Daseinsvorsorge auseinander. Diese neu entstandenen teilregionalen Verantwortungsgemeinschaften bilden geeignete räumliche Handlungskulissen, um Veränderungsprozesse in lebensweltlich orientierten Handlungsräumen über interaktive Beteiligungsprozesse von Kommunalverwaltungen und Bürgerschaft zu organisieren. Von Bund und Land ausgelobte Förderprogramme und Wettbewerbsverfahren, wie z.B. das Städtebauförderungsprogramm Kleinere Städte und Gemeinden, oder das Modellvorhaben der Raumordnung Regionale Daseinsvorsorgeplanung haben eine aktivierende Wirkung zur Auseinandersetzung mit den Folgen des demografischen Wandels in übergreifender stadtreionaler Perspektive gehabt. Schwerpunkte der interkommunalen Handlungskonzepte in den Mittelbereichen liegen z.B. in der Anpassung von regionalen Mobilitätsangeboten, der Entwicklung neuer Ansätze zur medizinischen und sozialen Versorgung, in der Reorganisation der Bildungslandschaft, bei regionalen Einzelhandelskonzepten, in der Fachkräftesicherung, der Schaffung übergemeindlicher Dienstleistungsangebote der Kommunalverwaltungen oder in abgestimmten Tourismus- und Kulturangeboten.

**E-Government-Strategie umsetzen:** Die E-Government-Strategie des Landes als Baustein der Verwaltungsmodernisierung beinhaltet einen Umsetzungsplan mit konkreten Maßnahmen. Alle internetfähigen Dienstleistungen der Landesverwaltung sollen barrierefrei online angeboten werden. Die Strategie reagiert auf den veränderten Bedarf (dünn besiedelte Regionen und gestiegene Mobilität der Zugangstechnik) mit

Innovation und schafft die Möglichkeit, zeit- und ortsunabhängig Dienstleistungen abzurufen. Die Erweiterung und Anpassung von relevanten Online-Diensten ist eine dauerhafte Aufgabe, bei der auch stetig neue Handlungsfelder erschlossen werden.

Das Land macht aber auch seit mehreren Jahren gute Erfahrungen damit, die notwendige fachliche Kommunikation z.B. im Arbeitsfeld Tagespflege. Die im ländlichen Raum verteilt und weitgehend isoliert arbeitenden Tagespflegepersonen erhalten insbesondere durch Internetforen wichtige Fachunterstützung. Die Internetseiten für die Kindertagesbetreuung mit Informationsangeboten und Internetforen erzielen im Jahr rund 1 Mio. Zugriffe.

#### **Erfahrungen im Projekt „Mobiler Bürgerservice Wittstock“**

Gerade im Hinblick auf den demografischen Wandel und den prognostizierten Bevölkerungsrückgang im ländlichen Raum ist die Suche nach flexiblen Möglichkeiten der Verwaltungsarbeit notwendig. Hier knüpft der Mobile Bürgerdienst an. Ziel des Projektes ist es, im Rahmen einer Pilotphase erste Erfahrungen mit mobilen Arbeitsplätzen (Koffer mit Laptop, Drucker, Bezahlterminal etc.) zu sammeln. Ein erster Modellversuch wird gegenwärtig in der Stadt Wittstock/Dosse vorbereitet. Unter dem Stichwort „Rollendes Büro“ soll – sowohl zu festen Zeiten als auch flexibel auf Zuruf folgendes Leistungsspektrum angeboten werden: zentrale Auskunft der Stadtverwaltung, Meldewesen, Pass- und Ausweiswesen, Formularservice, Friedhofswesen, Fundbüro.

Im ersten Quartal 2010 wurde in Wittstock mit der „Inbetriebnahme“ des Koffers begonnen. Der mobile Service wird in einem Kleinbus angeboten. Um einen effektiven Service für Bürgerinnen und Bürger anbieten zu können und gleichzeitig Aufgabenstellungen in der Fläche abarbeiten zu können, wird u. a. folgende Ausstattung eingesetzt: Notebook, UMTS- und LTE-Karte, Drucker mit Akku, zertifizierter Fingerprintscanner, zertifiziertes Unterschriftenpanel, Webcam auf Stativ, DIN A4-Scanner, Sichtschutz für Display. Die zusätzliche Einbindung der Komponenten für den neuen Personalausweis ist für den Probebetrieb vorgesehen. Das Fahrzeug ist darüber hinaus mit einem digitalen Fotoapparat, Telefon, GPS-Gerät und Navigationssystem ausgestattet. Erste Erfahrungen zu Friedhofswesen, Formularservice und Fundbüro wurden im Probebetrieb gesammelt. Für die dauerhafte Nutzung mit „echten“ Meldedaten ist ein Sicherheitskonzept erarbeitet worden. Die Nutzung ist für Ende 2011 / Anfang 2012 vorgesehen. Das technisch hochwertig ausgestattete „Rollende Büro“ besticht insgesamt durch hohe Flexibilität und Nähe zur Bevölkerung. Wittstock verknüpft hierbei den Service mit der Wahrnehmung von Verwaltungsaufgaben in der Fläche. Dieses technische Modell der flexiblen Aufgabenwahrnehmung kann nachfolgend mit geringem Aufwand durch weitere Kommunen übernommen werden. Wittstock erhielt bereits Anfragen zur Nachnutzbarkeit durch andere Kommunen. Für das Land Brandenburg liegt die Bedeutung des Projekts darin, auch zukünftig die Präsenz der öffentlichen Verwaltung in der Fläche Brandenburg sicherzustellen. Die Landesregierung wird daher auch zukünftig darauf hinwirken, dass möglichst viele Kommunen diesen Service für ihre Bürgerinnen und Bürger anbieten.

**Landesverwaltung durch Fortbildung modernisieren:** Die – in einzelnen Bereichen auch infolge des Bevölkerungsrückganges - weiter notwendige Stellenreduzierung in der Landesverwaltung und der begrenzte Neueinstellungskorridor im Landesdienst erfordern im Fort- und Weiterbildungsbereich zunehmend eine breitere Kompetenzvermittlung. Die Beschäftigten sollen in der Lage sein, die sich wandelnden Dienstaufgaben bei Verringerung der Humanressourcen zu bewältigen und sich in neue Aufgabengebiete in (allen) Bereichen der öffentlichen Verwaltung einzuarbeiten. Dies bedarf umfassender Fach- und Methodenkompetenz, um u.a. das vorhandene Wissen zu erweitern und auf neue Sachverhalte, Rechtsgebiete oder Aufgabenstellungen anzuwenden.

**Wasserver- und Abwasserentsorgungsinfrastruktur zukunftsfähig gestalten:** Der sinkende Wasserverbrauch durch Bevölkerungsrückgang in meist ländlichen Regionen sowie der Einsatz sparsamerer Gerätetechnik können teilweise zu einer Unterlastung der Netze und Anlagen und damit zu höheren Verweilzeiten des Wassers in den Rohrnetzen führen. Daraus können ein höherer Betriebsaufwand und steigende Kosten resultieren, um die Anforderungen der Trinkwasserverordnung einzuhalten. Diese höheren Betriebskosten beeinflussen die wirtschaftliche Situation vieler kommunaler Zweckverbände und bergen das Risiko von Preiserhöhungen (Faustregel: 1% Bevölkerungsrückgang entspricht 1% Gebührenanstieg). Das Land setzt seit 2003 Rahmenbedingungen: keine Förderung von Abwasservorhaben in Orten mit weniger als 2.000 Einwohnerinnen und Einwohnern ohne besondere wasserwirtschaftliche Dringlichkeit. Über einen Schuldenmanagementfonds werden Fusionen, Beitritte und Kooperationen von Aufgabenträgern mit dem Ziel der Schaffung leistungsfähiger Ver- und Entsorgungseinheiten unterstützt. Regionalkonferenzen haben zur Sensibilisierung der Verantwortlichen vor Ort für die sich verändernden demografischen Rahmenbedingungen beigetragen.

**Weitere ausgewählte Projekterfahrungen:**

**Service.brandenburg.de** ist ein frei zugängliches Dienstleistungsportal der Landesverwaltung, welches Informationen der öffentlichen Verwaltung unter dem Motto „Einfach finden, was man sucht“ bündelt.

Mit **Maerker.Brandenburg.de** können Bürgerinnen und Bürger einen aktiven Beitrag zum Erhalt der kommunalen Infrastruktur leisten, indem online die Verwaltungen über Verkehrsfährdungen, Vandalismus oder auch wilde Deponien informiert werden können.

Die **Internetwache der Polizei** [polizei.brandenburg.de](http://polizei.brandenburg.de) stellt umfangreiche Informationen zu polizeilichen Themen bereit und ermöglicht den Bürgerinnen und Bürgern einen direkten, unkomplizierten und von Bürodienstzeiten unabhängigen Kontakt zur Polizei.

Auf der Website des **Verfassungsschutzes** [www.verfassungsschutz.brandenburg.de](http://www.verfassungsschutz.brandenburg.de) finden sich zahlreiche Angebote sowohl für Bürgerinnen und Bürger als auch Unternehmen. Dazu zählen umfangreiche Informationen über Extremismus sowie über den Wirtschafts- und Geheimschutz. Zudem lassen sich Publikationen (Verfassungsschutzberichte ab dem Jahr 1993, Faltblätter, Broschüren und Dokumentationen) lesen und runterladen. Kontakt mit dem Verfassungsschutz kann ebenfalls hergestellt werden.

## **2.5 Regionale Entwicklung**

**Stärken stärken:** Zur Steigerung des Wirtschaftswachstums und für mehr Beschäftigung verfolgt das Land eine ressortübergreifende regionale Förderstrategie. Ziel ist es, Standorte mit überdurchschnittlichem wirtschaftlichen und/oder wissenschaftlichen Entwicklungspotenzial („Regionale Wachstumskerne“) durch integrierte Standortentwicklung konsequent voranzubringen (siehe im Einzelnen [www.wachstumskerne.brandenburg.de](http://www.wachstumskerne.brandenburg.de)). Die Stärkung der regionalen Wachstumskerne wird als eine prioritäre Aufgabe innerhalb des Landes verfolgt. An der Umsetzung sind alle Politikbereiche beteiligt. Eine solche Strategie der Bündelung und Konzentration auf die eigenen (regionalen) Stärken ist auch unter demo-

grafischen Aspekten mehr als sinnvoll: Die Profilierung von Wachstumskernen führt zu Perspektiven, Selbstbewusstsein und Lebensqualität vor Ort. Einerseits reduziert dies den (regionalen) Abwanderungsdruck, andererseits steigt dadurch auch die Attraktivität als Wohn- und Arbeitsort für potenzielle Rück- und Zuwandernde.

**Masterplan Stadtumbau umsetzen:** Der Bevölkerungsrückgang in vielen Brandenburger Städten führte zu einem anfangs hohen Wohnungsleerstand, in dessen Folge die städtischen Infrastruktureinrichtungen schnell an die Grenze ihrer wirtschaftlichen Tragfähigkeit gerieten. Die Funktionsfähigkeit ganzer Stadtteile war in Gefahr. Gleichzeitig stellte die sich verändernde Bevölkerungsstruktur andere Ansprüche an die Stadt. Mit dem „Stadtumbau Ost“ werden in den beteiligten Städten – auf Grundlage integrierter Konzepte – drei zentrale Ziele verfolgt: die Stärkung der Städte als Anker im Raum, die Stabilisierung der Wohnungsmärkte und die städtebauliche Ertüchtigung. Dazu wird der strukturelle Wohnungsleerstand durch Abriss reduziert, v.a. die Innenstädte werden aufgewertet und die städtische Infrastruktur wird angepasst. Programmatisch werden dabei auch ressortübergreifende Projekte unterstützt, mit denen Innenstädte und Stadtteile für Wohnen und Arbeiten attraktiver gestaltet werden. Dazu zählen auch Projektansätze zur Aktivierung bürgerschaftlichen Engagements und zur Anregung und Unterstützung interkommunaler Kooperation.

#### **Stadtumbau in Eisenhüttenstadt**

Einen Schwerpunkt im Stadtumbau von Eisenhüttenstadt stellt der jüngste Wohnkomplex (WK) VII Nord und Süd am südlichen Stadtrand dar. Die Siedlung mit ca. 3.100 Wohnungen war das größte Wohngebiet innerhalb Eisenhüttenstadts in Plattenbauweise. Es wurde von 1983 bis 1987 errichtet und wies kurz vor seinem flächenhaften Abriss mit einem Leerstand von 50 % die höchste Leerstandsquote in der Stadt auf.

Ziel des Stadtumbaus ist die Erhaltung und Stärkung des Stadtzentrums und die Konsolidierung des Wohnungsmarktes. Das Projekt setzt konsequent auf einen Rückbau von insgesamt etwa 2.800 Wohneinheiten zuzüglich der jeweiligen nicht mehr benötigten Straßen, Wege, Stellplätze und sonstigen versiegelten Flächen.

Der Wohnkomplex Süd erfuhr dabei einen Komplettabriss. Auf den zurück gebauten randstädtischen Flächen sah das Nachnutzungskonzept vor allem eine Renaturierung mit unterschiedlichen Materialien und Pflanzen vor, die den Übergang von der Stadt in den Landschaftsraum visualisieren. Die einfach gestalteten Freiräume wurden als Sukzessionsflächen unter Einbeziehung der bereits vorhandenen Begrünungen, Spielflächen sowie des vom ehemaligen WK VII Nord kommenden, freiraumplanerisch gestalteten Nord-Süd-Bandes durch ein klares Wegesystem miteinander verknüpft. Im nördlichen Wohngebiet hingegen blieben einige wenige unsanierte Objekte zum angrenzenden historischen Stadtteil stehen. Der städtebauliche Entwurf sieht hier eine Bebauung mit Wohneigentum in Form von freistehenden Einfamilienhäusern, einigen Doppel- und Reihenhäusern mit etwa 100 Wohneinheiten sowie mit einem Lebensmitteldiscounter für die Bewohnerinnen und Bewohner vor. Die restlichen frei bleibenden Flächen erhielten eine landschaftsplanerische Gestaltung mit Aufforstungsflächen und Feldstrukturen in Verbindung mit dem Freiflächenkonzept des südlichen Wohnkomplexes. Das Projekt wird im Zeitraum 2003 - 2015 umgesetzt und aus dem Bund-Land-Programm „Stadtumbau Ost – Rückbau“ gefördert.

**Ländliche Räume nachhaltig sichern:** Die ländlichen Räume sind in Brandenburg als hohes Gut angesehen. Sie sollen als Lebens-, Arbeits-, Erholungs- und Naturraum nachhaltig gesichert werden. Die breite

ökonomische Basis ländlicher Regionen stärkt die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit und schafft Lebensperspektiven für alle Altersgruppen. Die Flexibilisierung von Dienstleistungen der Grundversorgung sichert Lebensqualität und schafft so einen attraktiven Rahmen auch für neue Bewohnerinnen und Bewohner und Gäste. Eine wichtige Basis bilden dabei erreichbare und wirtschaftlich tragfähige Angebote an Versorgungs- und Betreuungsdienstleistungen für Kinder und ältere Bewohnerinnen und Bewohner, eine zuverlässige Breitbandinfrastruktur und eine altersgerechte Organisation der Mobilitätsnachfrage.

#### **Erfahrungen im Projekt „Jung und Alt mit Zukunft“ in Kyritz**

„Kann man in Zukunft auf den Dörfern alt werden?“ war die Ausgangsfrage eines Pilotvorhabens, das seit seinem Beginn im Jahr 2008 die Menschen in Kyritz und Umgebung für die Herausforderungen des demografischen Wandels sensibilisiert und sie zugleich mobilisiert hat, ihre Zukunft in der Region aktiv mit zu gestalten. Das Projekt „Jung und Alt zusammen“ wurde von Studierenden der Evangelischen Fachhochschule Berlin (EFB) und der Lokalen Aktionsgruppe Ostprignitz-Ruppin initiiert und begleitet sowie durch Mittel aus dem Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums (ELER) unterstützt. Ausgangspunkt waren zunächst sogenannte Küchentischgespräche im September 2008: Zwölf Studierende der EFB hatten zwei Wochen in Gastfamilien in der Kyritzer Region verbracht und hautnah miterlebt, welche Herausforderungen demografische Veränderungen für die Menschen in ländlichen Gebieten mit sich bringen.

In der folgenden Projektphase wurden fünf Bürgerforen ins Leben gerufen, um gemeinsam mit Expertinnen und Experten Meinungen auszutauschen und Ideen zu entwickeln. In den Gesprächsrunden wurden die Themen „Wohnumfeld und Lebensraum“, „Heimat gestalten – Identität schaffen – Zukunft anpacken“, „Netzwerke und Beratung“, „Ambulantes Hospiz“ sowie „Wirtschaft und Tourismus“ behandelt. Unter anderem wurde diskutiert, wie alleinstehenden Menschen geholfen werden kann, den Alltag zu meistern oder wie altersgerechte Wohnformen aussehen sollten. Ebenfalls erörtert wurde, wie die Region attraktiver gemacht werden kann, um Arbeitsplätze zu sichern oder neue zu schaffen und damit auch junge Menschen in der Heimat zu halten.

#### **Ziele und Erfolge:**

Die Mitwirkenden – Bürgerinnen und Bürger, Studierende, Fachexpertinnen und Fachexperten, Jung und Alt – stellten die Ergebnisse ihrer Zusammenarbeit Ende Januar 2010 im Rahmen einer großen Abschlussveranstaltung vor. An der Umsetzung der in den Foren entwickelten Vorschläge wurde und wird gearbeitet. So sind Pläne für Multifunktionshäuser in drei Dörfern entstanden, die nicht nur Wohnungen für ältere Menschen, sondern auch Gemeinschaftsräume für alle Generationen, Arztpraxen, Cafés oder Dorfläden beherbergen. Zur Ankurbelung des Tourismus wurde eine Fahrradkarte erarbeitet, die auch auf historische Ereignisse in der Region hinweist. In Kyritz hat sich ein Verein gegründet, dessen Mitglieder ehrenamtlich ambulante Hospizarbeit leisten. Um anderen Dörfern Anregungen und Impulse zu geben, stellten die Studierenden ein Handbuch mit Erfahrungen aus ihrer Arbeit in Kyritz zusammen.

**Hochschulen als „Bleibe- und Kommenfaktor“ nutzen:** Die Hochschulbildung zählt zu den prioritären Handlungsfeldern in Brandenburg. Die herausragende Bedeutung ergibt sich, weil die Hochschulen wesentliche Haltefaktoren für junge Brandenburgerinnen und Brandenburger sind und so zur Verringerung der Abwanderung beitragen. Gleichzeitig werden mit attraktiven Studienangeboten Studienanfängerinnen und -anfänger aus anderen Bundesländern nach Brandenburg angeworben, die später das brandenburgische Fachkräftepotential vergrößern. Zur Abkopplung der Bildungsnachfrage von der rückläufigen demografischen Entwicklung – mit dem Ziel konstanter Studienanfängerzahlen – verfolgt das Land eine Strategie, die auf die Steigerung der Bildungsbeteiligung, eine Verringerung der Abwanderung studienberechtigter Bran-



denburgerinnen und Brandenburger und eine Steigerung der Zuwanderung von Studienanfängerinnen und -anfänger aus anderen Bundesländern und aus dem Ausland setzt.

#### **Erfahrungen im Projekt „Studium lohnt!“**

Das landesweite Kooperationsprojekt der brandenburgischen Hochschulen „Studium lohnt!“ verfolgt das Ziel, die Motivation für ein Studium unter den Schülerinnen und Schülern Brandenburgs zu erhöhen.

Im Rahmen der Initiative wurden zwei Handlungsfelder entwickelt. Der Einsatz sogenannter „Schüler Alumni“ basiert auf dem Engagement junger Studierender. Mit ihnen diskutieren angehende Abiturientinnen und Abiturienten vor Ort in den Schulen an Projekttagen oder in Workshops über Studienmöglichkeiten, konkrete Studienbedingungen und die einhergehende Finanzierung. Durch den persönlichen Kontakt zu bereits Studierenden und ihre individuellen Erfahrungsberichte soll es gelingen, den Prozess der Studienorientierung anzustoßen und potenziellen Unsicherheiten auf Seiten der Studienberechtigten frühzeitig entgegen zu wirken. Da die Alumni aus eigener Erfahrung besonderes Verständnis für die Fragen und Probleme der Schülerinnen und Schüler aufbringen und die Besuche an den Schulen auch diejenigen erreichen, die nicht von allein den Weg an die Hochschulen gegangen wären, ist die Initiative besonders erfolgreich. Weitere Informationsveranstaltungen finden an den Hochschulstandorten statt und beziehen auch Eltern und Lehrkräfte mit ein.

Im zweiten Handlungsfeld „Intensive Schulbetreuung“ wird den Oberstufenzentren und ausgewählten Schulen mit gymnasialer Oberstufe drei Jahre lang eine Beschäftigte/ein Beschäftigter der Hochschulen für die Studienvorbereitung beratend zur Seite gestellt. Durch die Zusammenarbeit zwischen den Schulen und Hochschulen entstehen schuleigene und schulprofilprägende Konzepte zur Umsetzung einer Berufs- und Studienorientierung.

#### *Ziele und Erfolge*

Das aus Mitteln des Europäischen Sozialfonds und des Ministeriums für Wissenschaft, Forschung und Kultur geförderte Kooperationsprojekt „Studium lohnt!“ ist ein gelungenes Beispiel für die Zusammenarbeit der Hochschulen, um den Studiennachwuchs zu sichern. Einerseits erhalten die Schülerinnen und Schüler wichtige Informationen für ihre Berufswahl und Hilfe bei der Studienorientierung, andererseits leistet die Initiative einen maßgeblichen Beitrag zur Erhöhung der Studierneigung der Abiturienten und damit zur künftigen Fachkräftesicherung Brandenburgs.

#### **Weitere ausgewählte Projekterfahrungen:**

**LANDaktiv:** Angesiedelt in der Heimvolkshochschule am Seddiner See e.V., ist es eine Initiative für ein Leben im ländlichen Raum. Durch positive Erfahrungen und persönliche Erlebnisse sollen Kinder und Jugendliche erkennen, dass sie in einer Region mit Kultur, Geschichte und Perspektive zu Hause sind.

**Präsenzstellen der Hochschulen:** Durch Präsenzeinrichtungen in hochschulfernen Regionen wird die Wahrnehmbarkeit der Hochschulen gestärkt. Sie sind Anlaufpunkt für Schülerinnen und Schüler genauso wie für Unternehmen, die Fachkräfte suchen oder Forschungsprojekte umsetzen wollen.

## **2.6 Gesellschaftlicher Zusammenhalt**

**Kinder und Familien stärken:** Die Stärkung von Familien und die Verbesserung der Lebensbedingungen für Familien mit Kindern sind nicht nur für den gesellschaftlichen Zusammenhalt von großer Bedeutung, sie sind auch unmittelbar für die demografische Entwicklung bedeutsam. Für Menschen, die sich mit der Frage beschäftigen, ob sie eigene Kinder haben möchten, oder ein weiteres Kind in Betracht ziehen, ist es zu meist sehr wichtig, dass sie in einem kinderfreundlichen Umfeld leben, dass die Vereinbarkeit von Familie und Beruf möglich ist und dass für ihre Erziehungs-, Bildungs- und Versorgungsaufgabe ein bedarfsgerechtes Unterstützungsangebot bereitsteht. In diesem Sinne wird Brandenburg alles tun, um die latent vorhan-

denen Wünsche nach Kindern zu stärken. Das Familien- und Kinderpolitische Programm des Landes fasst die verschiedenen Ansätze zur Stärkung der Familien und zur Verbesserung der Situation der Kinder zusammen.

Mit dem gut entwickelten Kindertagesbetreuungsangebot ist im Land Brandenburg eine wesentliche Voraussetzung zur Entlastung der Eltern und zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf gegeben. In den vergangenen Jahren sind mit altersgemischten Gruppen oder –kombinierten Einrichtungen Strukturen der Kindertagesbetreuung entstanden, die gut auf die demografische Entwicklung reagieren können. Ebenso flexibel gestaltet sich der individuelle Rechtsanspruch auf Kindertagesbetreuung. Dieser orientiert sich am individuellen Bedarf, der sich aus der jeweiligen familiären Situation des Kindes ergibt, sodass die arbeits- oder ausbildungsbedingte Abwesenheit der Eltern einschließlich Wegezeiten abgedeckt wird. Eine erhebliche qualitative Aufwertung erfuhr die Kindertagesbetreuung durch die im Jahr 2010 im Kita-Gesetz verankerte Verbesserung der Personalschlüssel in Krippe und Kindergarten. Dadurch können Eltern mehr denn je sicher sein, dass ihre Kinder mit hoher Qualität nicht nur betreut, sondern umfassend gefördert werden. Gleichzeitig wurden berufliche Perspektiven für junge Erzieherinnen und Erzieher geschaffen. Daneben zeichnet sich bereits jetzt ab, dass durch die ebenfalls im Jahr 2010 erfolgte Öffnung des Berufs der Kita-Erzieherin/-Erzieher für fortbildungsbereite Fachkräfte anderer Fachrichtungen junge Fachkräfte im Land gehalten werden können.

Die Etablierung von Kindertagespflege seit 2000 eröffnete neue, kleinteiligere Betreuungssettings. Durch die Umstellung der Landeszuschüsse von der Platzbezuschussung für Kitas auf die sogenannte Kinderkostenpauschale wurde die Kindertagespflege für die Kommunen finanziell attraktiv, sodass heute rein fachliche Gesichtspunkte den Ausschlag dafür geben, ob die Kleinsten in einer Krippe oder in Tagespflege betreut werden. Die flexible Einsetzbarkeit der Landeszuschüsse befördert auch die Entwicklung neuer Betreuungsformen, die sich an den Bedarfslagen der Familien orientieren. So sind seit 2007 landesweit Eltern-Kind-Gruppen entstanden, die in besonderer Weise individuelle Familienbildung mit Kindertagesbetreuung kombinieren und dadurch zu attraktiven Anlaufstellen geworden sind. Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf erfordert auch künftig weitere Schritte, um rechtliche, finanzielle und strukturelle Voraussetzungen zu schaffen, damit sich qualitativ hochwertige und gleichzeitig kleinteilige Betreuungssettings entwickeln können, die den zurückgehenden Kinderzahlen Rechnung tragen.

Die moderne Familienpolitik in Brandenburg stellt sich auch den veränderten demografischen Bedingungen. Politikfeldübergreifend werden die Standortqualität und Entwicklungschancen der Kommunen verbessert, indem die vorhandene familienunterstützende Infrastruktur und neue passgenaue Formen von familiären und sozialen Beratungs- und Unterstützungsdienstleistungen für die Familien und ihre Kinder weiter vernetzt und optimiert werden. Das Land Brandenburg unterstützt die neu entstandenen familienpolitischen Strukturen bzw. Netzwerke, wie z.B. die derzeit 48 Lokalen Bündnisse für Familie, in denen rund 300 Unternehmen im weitesten Sinne als Bündnispartner vertreten sind oder das an 30 regionalen Standorten bestehende „Netzwerk Gesunde Kinder“.

Darüber hinaus werden auch die Beratungseinrichtungen der Verbraucherzentrale Brandenburg unterstützt, die durch gezielte Beratung und Informationen zur Stärkung der Alltagskompetenz beitragen und die Festigung von Lebenssituationen unterstützen.

**Erfahrungen mit dem „Netzwerk Gesunde Kinder“:**

Die Sorge um die Lebensumstände der künftigen Generationen und vorliegende Daten zur Gesundheit von Kindern und Jugendlichen waren mit ausschlaggebend für das Bestreben, die Rahmenbedingungen für ein gesundes und gewaltfreies Aufwachsen zu verbessern. Ausgehend von dem Modellprojekt „Niederlausitzer Netzwerk Gesunde Kinder“ ist es mit dem „Netzwerk Gesunde Kinder“ innerhalb kurzer Zeit gelungen, ein Unterstützungssystem für werdende und junge Familien zu schaffen, das auf dem Zusammenwirken von ehrenamtlich Tätigen und in der Region tätigen Fachkräften basiert.

Was im Jahr 2006 als Modellprojekt in Lauchhammer mit dem Ziel startete, Schwangeren, Müttern und Familien mit präventiven Angeboten und früher Hilfe die erforderliche Unterstützung für eine gesunde und soziale Entwicklung ihrer Kinder bis zum dritten Lebensjahr zu gewähren, ist heute ein mit Erfolg arbeitendes primärpräventives gesundheitsförderndes System, welches aus derzeit 18 regionalen Netzwerken an 30 Standorten in 13 Landkreisen und 2 kreisfreien Städten besteht und gut drei Viertel der Fläche Brandenburgs abdeckt. Mit Unterstützung von Akteuren im ambulanten und stationären Bereich, der freien Wohlfahrtspflege, der Gesundheits-, Jugend- und Sozialämter sowie geschulten ehrenamtlich arbeitenden, professionell koordinierten Patinnen und Paten bietet das „Netzwerk Gesunde Kinder“ allen jungen Familien mit kleinen Kindern regelmäßige Begleitung und Unterstützung, bei Bedarf auch frühe Hilfen und professionelle, individuell gebündelte Angebote zur Förderung der gesundheitlich-sozialen Entwicklung von Kindern in den ersten Lebensjahren aus einer Hand an.

Mit der Schaffung Familien unterstützender und die Eltern-Kind-Beziehung fördernder regionaler Netzwerke wurden im Bereich Gesundheitsförderung notwendige Schritte in Richtung Umsetzung der formulierten Ziele unternommen. Die Arbeit der regionalen Netzwerke bestätigt, dass werdende Mütter und Väter die Unterstützung dankend annehmen, wenn sie als Service ohne Stigmatisierung und frei von Belehrung oder Bevormundung angeboten wird. Zudem lassen erste Ergebnisse aus Reihenuntersuchungen im Schuljahr 2009/ 2010 des Kinder- und Jugendgesundheitsdienstes auf eine förderliche Wirkung der Betreuung durch Patinnen und Paten auf die Entwicklung der Kinder schließen. Um die Nachhaltigkeit der Arbeit des „Netzwerkes Gesunde Kinder“ zu stärken, wurden in dem „Netzwerk Gesunde Kinder“ einheitliche Qualitätsstandards etabliert.

**Aufbau von Eltern-Kind-Zentren:** Der in den Jahren 2006 bis 2009 durch das Land geförderte Aufbau von Eltern-Kind-Zentren sollte die Jugendämter durch die Bündelung sozialer Dienste beim Aufbau einer wohnort- und familiennahen Infrastruktur unterstützen. Noch kleinräumigere Bildungs- und Begegnungsangebote entstanden durch die Förderung von Eltern-Kind-Gruppen, die auch in dünnbesiedelten Regionen eine tragfähige Struktur darstellen und neben der Kindertagesbetreuung für Kleinkinder und den Angeboten an die Eltern zur Stärkung ihrer Erziehungskompetenz bei Bedarf einen leichteren Zugang zu anderen Angeboten und Hilfen im Bereich der familienunterstützenden Infrastruktur vermitteln können.

**Generationengerechtes Wohnen ermöglichen:** Die Unterstützung des Landes richtet sich vor allem auf die Anpassung der bestehenden Mietwohngebäude an den Bedarf von Familien sowie Seniorinnen, Senio-

ren und Menschen mit Behinderung. Gefördert werden dabei insbesondere Bestandsgebäude in den Innenstädten von regionalen Wachstumskernen, Mittelzentren und Stadtumbaustädten. Ziel ist der generationsgerechte Umbau der Wohnungen einschließlich des Abbaus von Barrieren, z. B. durch die Nachrüstung von Mietwohngebäuden mit Aufzügen, als Voraussetzung für ein langes selbstbestimmtes Wohnen. Ergänzt wird die Sanierung durch die Neubauförderung zur Beseitigung städtebaulicher Missstände in den Innenstädten (Baulückenschließung bzw. Ersatzneubau) und die Bedarfsdeckung in nachgefragten Marktsegmenten, die mit dem Bestandsumbau nicht angeboten werden können.

Die Eigentumsbildung bzw. energetische Sanierung in der Innenstadtkulisse wird durch ein gesondertes Förderprogramm unterstützt. Ziel dieser Strategie ist die nachhaltige Entwicklung und Erhöhung der Attraktivität der Innenstadtquartiere.

**Kulturpolitik gestalten:** Die Kulturlandschaft in Brandenburg ist sehr vielfältig und von großer Kreativität des Kulturschaffenden geprägt. Die Besonderheiten des Landes Brandenburgs sollen genutzt werden, um den demografischen Wandel zu gestalten. Durch das Land geförderte Kulturprojekte sollen kulturelle Teilhabe auch dort ermöglichen, wo die Auswirkungen des demografischen Wandels besonders spürbar sind. Eine hohe Flexibilität beim Einsatz von Fördermitteln ist Grundvoraussetzung. Die institutionelle Sicherung von Einrichtungen und Trägern im Kulturbereich und die Förderung bestehender Projekte nehmen in der bisherigen Förderstruktur des Landes einen sehr großen Raum ein. Neue Spielräume für kreative Projektideen sind erforderlich, um die Innovationskraft in der Kultur zu erhalten und zu stärken. Ohne Bewährtes im Kern aufzugeben, wird sich das Land deshalb künftig nachdrücklich für Projekte engagieren, die neue Impulse setzen, um die Bevölkerung an Kultur und kultureller Bildung teilhaben zu lassen.

Das Land hat die Kommunen und freien Träger in einem breiten Kommunikationsprozess für die Auswirkungen des demografischen Wandels auf das kulturelle Angebot sensibilisiert. Im Ergebnis befassen sich auch die Kommunen intensiv damit, ihre kulturellen Leistungen auf die sich ändernden demografischen Bedingungen strategisch auszurichten. Es liegen demografieorientierte Entwicklungskonzepte vor, die die Kooperation innerhalb der Landkreise oder zwischen beteiligten Kommunen stärken.

**Erfahrung in der Kulturentwicklungsplanung im regionalen Wachstumskern Prignitz**

Die Kommunen des regionalen Wachstumskerns Prignitz haben sich mit der Fachhochschule Potsdam unter Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger, der Träger der Kultur und Kulturunternehmen, der Künstlerinnen und Künstler und Touristikfachleute eine gemeinsame Kulturentwicklungsplanung erarbeitet und darauf gestützt die Qualifizierungsbedarfe festgestellt. Sie soll eine Grundlage der nachhaltigen Entwicklung der kulturellen Infrastruktur der Kommunen in der Region sein und zugleich die Funktion

des RWK als Zentrum der Region stärken. Die Stadt Brandenburg und die Stadt Neuruppin führen dieses vom Land aus Mitteln des ESF geförderte Projekt fort, das weiteren Kommunen bis 2013 offen stehen soll.

**Kulturelle Infrastrukturen aktiv nutzen:** In den Dörfern ebenso wie in den Städten des weiteren Metropolraums tragen Orte des kulturellen Erbes wesentlich dazu bei, um die Attraktivität des ländlichen Raumes zu erhöhen. Sie verstärken die Identität der Menschen mit ihrer Heimat und bilden das Fundament für die kulturtouristische Anziehungskraft der Region. Werden diese Orte und Räume für Kulturprojekte und durch Kulturschaffende genutzt, erzeugt die Kultur zudem einen Halteeffekt für die Bevölkerung. Dazu gehören zum Beispiel die Künstler, die in den Dörfern Brandenburgs aktiv sind.

In der jüngeren Vergangenheit hat das Land wichtige Schritte zum Erhalt und zur Verbesserung der kulturellen Infrastruktur des Landes unternommen und kommunale Initiativen aufgegriffen, um kulturell genutzte Gebäude und Orte, z.B. Beispiel Theater oder Museen auszubauen oder besser auszustatten. Allein über das Kommunale Kulturinvestitionsprogramm wurden und werden im Zeitraum von 2000 bis 2013 mit Hilfe des Europäischen Fonds für Regionale Entwicklung (EFRE) landesweit mehr als 55 Infrastrukturvorhaben im Kulturbereich umgesetzt. Die Projektförderung in der Kultur wird auf dieser mittlerweile gut entwickelten Infrastruktur aufbauen und verstärkt dafür eingesetzt, diese Orte lebendig zu gestalten. Vielfach verbindet sich mit kulturellen Aktivitäten bürgerschaftliches Engagement vor Ort. Auch dies ist ein Ausdruck für die positiven Effekte der Kulturförderung, um die Folgen des demografischen Wandels zu mildern.

**Finanzpolitische Handlungsspielräume sichern:** Der Bevölkerungsrückgang in Brandenburg zieht erhebliche fiskalische Konsequenzen nach sich. Bereits in den letzten Jahren wurde insbesondere die Entwicklung der Einnahmen im Landeshaushalt spürbar beeinflusst, da die Steuereinnahmen und die Zahlungen im Länderfinanzausgleich (LFA) in hohem Maße von der Bevölkerung abhängen. Es ist davon auszugehen, dass sich die Steuereinnahmen demografiebedingt schwächer entwickeln werden als bei einer stabilen bzw. steigenden Bevölkerungszahl, da Steuern in Deutschland vor allem das Einkommen und den Konsum belasten. Wie stark diese Effekte sichtbar werden hängt u.a. mit der sich verändernden Erwerbs- und Altersstruktur zusammen. Deutliche fiskalische Effekte leiten sich darüber hinaus aus dem Rückgang der Wohnbevölkerung für die Einnahmen aus dem Länderfinanzausgleich (LFA) ab. Bei durchschnittlich rd. 2.600 € pro Person und Jahr ergeben sich kumuliert bis 2020 auf der Basis der Bevölkerungsprognose Mindereinnahmen von bis zu 1,8 Mrd. €.

Zusammen mit weiteren Einnahmerückgängen, wie den degressiv ausgestalteten Sonderbedarfsergänzungszuweisungen des Bundes, die bis 2020 von derzeit rd. 1,15 Mrd. € (2011) auf 0 € in 2020 sinken,

ergeben sich sowohl auf Landes- als auch auf kommunaler/regionaler Ebene erhebliche Anforderungen, diese finanziellen Verschiebungen durch Ausgabenenkungen bzw. zusätzlichen Einnahmen auszugleichen

Der Anpassungsdruck auf kommunaler Ebene wird seit 2011 durch den sogenannten Demografiefaktor im Brandenburgischen Finanzausgleichsgesetz (BbgFAG) abgedeckt. Der kommunale Finanzbedarf wird einwohnerbezogen bemessen. Maßgeblich ist grundsätzlich die Einwohnerzahl der Bevölkerungsstatistik aus dem dem Ausgleichsjahr vorvergangenen Jahr. Mit Wirkung ab 2011 wird stattdessen die durchschnittliche Einwohnerzahl des vorvergangenen Jahres und der dem vorvergangenen Jahr vorhergehenden zwei Jahre zugrunde gelegt, wenn diese höher ist. Der Einwohnerrückgang wird damit bei den Zuweisungen im kommunalen Finanzausgleich erst mit einer gewissen Zeitverzögerung berücksichtigt. Der Zeitgewinn soll zu einem geordneten Abbau struktureller Kostenremanenzen beitragen.

**Landesstrategie für Nachhaltige Entwicklung kommunizieren und erarbeiten:** Die Landesregierung hat im Februar 2011 Eckpunkte einer Strategie für Nachhaltige Entwicklung des Landes Brandenburg verabschiedet. Im Vorfeld hatte der im April 2010 durch die Ministerin für Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz berufene Beirat für Nachhaltige Entwicklung seine Empfehlungen hierzu und einen ausführlicheren Vorschlag für eine Roadmap vorgelegt. Die Eckpunkte erläutern das Verständnis der Landesregierung von Nachhaltigkeit und nennen fünf prioritäre Handlungsschwerpunkte.

Alle fünf Handlungsschwerpunkte beziehen auch Aspekte ein, die im Kontext mit dem demografischen Wandel betrachtet werden müssen. Demnach sollen im Rahmen des noch in diesem Jahr beginnenden Dialogprozesses zur Nachhaltigkeitsstrategie auch Lösungen diskutiert werden, die in unmittelbarem Zusammenhang mit demografischen Fragestellungen stehen:

- **Wirtschaft und Arbeit in der Hauptstadtregion**

Demografisch relevante Themen: Fachkräftesicherung, Gestaltung altersgerechter Arbeitsplätze

- **Lebensqualität in den Städten und Dörfern**

Demografisch relevante Themen: räumlich angepasste, tragfähige und in den Regionen akzeptierte Formen der Daseinsvorsorge, regionalen Bedürfnissen entsprechende Anpassung der Infrastrukturen, Flächeninanspruchnahme, diskursive und regionalisierte Kommunikationsprozesse,

- **Brandenburg als Vorreiter im Umgang mit Energie und Klima**

Demografisch relevante Themen: Dezentrale Kraftwerke und entsprechende Anpassung der Stromverteilung und Speichertechnologien, Dezentrale Nutzung erneuerbarer Energien in den ländlichen Räumen

- **Zukunftsfähige Finanzpolitik**

Demografisch relevante Themen: Entwicklung der Einnahmen der öffentlichen Haushalte unter dem Gesichtspunkt des demografischen Wandels, Stärkung lokaler Initiativen und Nutzung partizipativer Instrumente;

- **Nachhaltige Entwicklung kommunizieren und eine nachhaltige Bildungslandschaft fördern**

Demografisch relevante Themen: Integration der Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE) in alle relevanten gesellschaftlichen und politischen Handlungsfelder als Querschnittsaufgabe, Einbindung von BNE in regionale Entwicklungskonzepte

Im Zusammenhang mit der Erarbeitung der Nachhaltigkeitsstrategie sollen auch Möglichkeiten der Einführung einer Nachhaltigkeitsprüfung für Pläne, Programme, Strategien und Gesetze geprüft werden. Hierzu wurde ein entsprechendes Tool entwickelt, welches u.a. demografierelevante Prüfkriterien enthält. Es wird gegenwärtig an verschiedenen Pilotvorhaben erprobt.

**Weitere ausgewählte Projekterfahrungen:**

**Aufbau von Eltern-Kind-Zentren:**

**Internetportal „Wohnen im Alter“:** Es dient der Bündelung von Informationen für ein selbstbestimmtes Wohnen im Alter in Brandenburg: Informationen zu unterschiedlichen Wohnformen, zu Angeboten in den Regionen sowie Ansprechstellen, Beratung etc. werden unterbreitet.

**Vernetzte Nachbarschaft im Cohnschen Viertel/Hennigsdorf:** Die Bewohnerinnen und Bewohner erhalten durch ein internet-basiertes Infosystem Informationen, Dienstleistungen und nachbarschaftliche Kontakte. Gegenseitige Hilfe wird erleichtert.

**Vorteil Vielfalt – Zukunft für Brandenburg:** Xenos-Projekt im Büro der Integrationsbeauftragten mit dem Ziel, private und öffentliche Arbeitgeber für Vielfalt am Arbeitsplatz zu sensibilisieren und zu qualifizieren. Zuwanderung und Vielfalt sollen als Ressource für den Brandenburger Arbeitsmarkt sichtbar gemacht werden.

**Weitere Projekterfahrungen über Brandenburg hinaus:**

**Gender Mainstreaming: „älter, bunter, weiblicher - WIR GESTALTEN ZUKUNFT!“:**

Das niedersächsische Aktionsprogramm für die Jahre 2011 – 2013 ist beispielhaft für einen gelungenen Einbezug der Genderperspektive im Umgang mit dem demografischen Wandel. Ziele des Programms sind, die Auswirkungen des demografischen Wandels auf die Geschlechterrollen sichtbar zu machen und zugleich die Chance zu nutzen, Geschlechtergerechtigkeit in den Kommunen voranzubringen. Nähere Informationen sind auf der Homepage <http://www.aelter-bunter-weiblicher.de/> zu finden.

### 3. Künftige politische Herausforderungen

#### 3.1 Leitthema „Mobilität“

Insbesondere die Kommunen und Landkreise in den peripheren Regionen des Landes sind gefordert, integrierte Anpassungsstrategien zur Gewährleistung einer bedarfsgerechten Nahmobilität und Nahversorgung zu entwickeln. Vor dem Hintergrund des sozioökonomischen, demografischen und raumstrukturellen Wandels muss sich die regionale und kommunale Verkehrsplanung auf eine geringere Anzahl von Infrastruktureinrichtungen mit größerem Einzugsbereich (z.B. Schulen), veränderte Mobilitätsanforderungen der unterschiedlichen Bevölkerungsgruppen, geringer ausgelastete und neu zu strukturierende Nahverkehrsnetze und ggf. örtliche Rück- und Umbaumaßnahmen im Straßenraum einstellen.

Regionen sind die Lebensräume, in denen die Menschen wohnen, arbeiten und ihre Freizeit verbringen. Die Lebens- und Bewegungsqualität im Alltag sowie in der Freizeit entscheidet maßgeblich darüber, ob sich die Menschen mit ihrer Region identifizieren und ihr bleiben. Daher ist es mit Blick auf den demographisch bedingten Strukturwandel eine der wichtigsten zukünftigen politischen Aufgaben, mobile, zukunftsfähige und lebendige Regionen zu gestalten.

Angesichts der aus diesen Rahmenbedingungen erwachsenden Konsequenzen für Verkehrsinfrastruktur und Verkehrsangebote müssen eingefahrene Routinen verlassen und Prozesse und Organisationsstrukturen neu gestaltet werden. Die Verkehrswegeplanung mittels klassischer Infrastrukturbereitstellung greift als Instrument zur Steuerung von Raum und Mobilität nicht mehr. Gefragt ist vielmehr eine integrierte Verkehrs- und Raumentwicklungsplanung, welche den Menschen die Wahlfreiheit bei der Ziel- und Verkehrsmittelwahl auch in dünnbesiedelten Räumen ermöglicht, aber auch zukünftige Generationen in ihren Lebensentwürfen nicht beeinträchtigt. Die Herausforderung für die Umsetzung einer nachhaltigen Verkehrspolitik besteht darin, für die peripheren Räumen Instrumente zu finden, die zum einen das Sozialstaatsziel beinhalten (um Kosten der gesellschaftlichen Spaltung zu mindern) und zum anderen auch die vorhandenen Entwicklungspotenziale der Regionen im gesamtwirtschaftlichen Interesse heben.

Damit bietet die notwendige Anpassung der Verkehrsinfrastruktur an die demografische Entwicklung die Chance, eine gemeinsame Perspektive für die Regionen zu entwickeln und damit auch neue qualitative



Standards für eine zukunftstaugliche nachhaltige Mobilitätssicherung der Menschen und der Wirtschaft als wichtigem regionalen Standortvorteil zu etablieren.

Die Menschen in den Regionen, aber auch die Verwaltungen, Verbände etc. müssen auf diesen Paradigmenwechsel in der Verkehrspolitik vorbereitet und aktiv in ihn eingebunden werden. Ein nachhaltiges, effizientes Mobilitätsmanagement erfordert zudem zuständigkeitsübergreifende Lösungen sowie die horizontale und vertikale Vernetzung der regionalen Akteurinnen und Akteure und Verantwortungsträger. Es erfordert aber auch die Solidarität der Generationen, um für die divergierenden Mobilitätsansprüche der jeweiligen Altersgruppen, wie z.B. die der zunehmenden Altersgruppe der Senioren gegenüber der zurückgehenden Gruppe der Jugendlichen intelligente und flexible gemeinsame Mobilitätsnetzwerke zu entwickeln. Hierbei geht es nicht um die Addition und ein Nebeneinander der verschiedenen Ansprüche von Nutzern und Betreibern, sondern um ein Miteinander und die Nutzung der vorhandenen kreativen Fähigkeiten, Talente und Innovationspotenziale aller zur Sicherung einer nachhaltigen Mobilität und damit zur gleichberechtigten Teilhabe am gesellschaftlichen Leben. Eine besondere soziale Verpflichtung kommt hierbei der Berücksichtigung der Anforderungen mobilitätseingeschränkter Personen zu.

### **3.2 Leitthema „Medizinische und pflegerische Versorgung“**

#### **Medizinische Versorgung**

Die demografische Entwicklung und damit einhergehend die wachsende Zahl chronisch Kranker einerseits sowie die begrenzten finanziellen Ressourcen andererseits stellen besondere Herausforderungen dar. Aber die medizinischen Möglichkeiten, die technische Entwicklung und der Zwang, Antworten auf drängende Versorgungsfragen zu finden, eröffnen auch Chancen.

Die Versorgungsprobleme auf dem Land sind ohne bundesweite Reformen nicht befriedigend zu lösen. Daraus darf aber nicht der Schluss gezogen werden, die Länder seien ohnmächtig und hätten keine eigenen Möglichkeiten, die vorhandenen oder drohenden Lücken in der medizinischen Versorgung zu schließen oder abzumildern. Es gibt eine Reihe von Handlungsfeldern der Landespolitik, die auch ohne bundespolitische Flankierung zumindest im Ansatz besetzt werden können und an denen bereits gearbeitet wird:

- Förderung des ärztlichen Nachwuchses,
- Entwicklung integrierter und fachübergreifender Versorgungskonzepte,
- Einsatz arztentlastender Fachkräfte,

- regionale Bedarfsplanung und Sicherstellung der vertragsärztlichen Versorgung,
- Telemedizin,
- Attraktive Arbeits- und Lebensbedingungen,
- Projekte zur Gesundheitsförderung und Gesundheitszieleprozesse.

### **„Pflegerische Versorgung“**

Der demografische Wandel erfordert durch die Zunahme der Anzahl pflege- und betreuungsbedürftiger Menschen und den Rückgang des Erwerbspersonenpotentials die Suche nach neuen Wegen zur Vereinbarkeit von Pflege und Beruf. Die meisten Pflegebedürftigen werden zu Hause gepflegt und die Pflegearbeiten hauptsächlich von Frauen durchgeführt, die oftmals ihre Erwerbstätigkeit aufgeben oder zumindest vom Umfang reduzieren müssen. Aus der Lebensverlaufsperspektive hat das negative Folgen für die eigene Alterssicherung. Daher ist es u.a. erforderlich, für die Pflegenden Rahmenbedingungen für eine bessere Vereinbarkeit von Beruf und Pflege zu schaffen. Die INNOPUNKT - Initiative „Beruf, Familie, Pflegen. Neue Vereinbarkeitslösungen für Brandenburg“ unterstützt momentan die Entwicklung und Erprobung unterschiedlicher Handlungsansätze.

Ein zukünftig höherer Bedarf an professionell Pflegenden ist dennoch unabweisbar. Im Rahmen einer mit Mitteln des ESF und des Landes unterstützten „Fachkräftestudie Pflege“ soll der Bedarf an Hilfs- und Fachkräften in Abhängigkeit der verschiedenen Handlungsmöglichkeiten aller im Land an der Pflege Beteiligten herausgearbeitet werden.

### **3.3 Leitthema „Bildung und Fachkräfte“**

#### **Regionale Bildungslandschaften schaffen**

Die Entwicklung regionaler Bildungslandschaften ist ein Strang des konsequenten Weiterdenkens der Schulentwicklungsprozesse der zurück liegenden Jahre. Während pädagogische Entwicklungsprozesse sehr stark auf die einzelne Schule abstellen, steht im Zentrum der Idee kommunaler Bildungslandschaften deren Vernetzung in mehrfacher Dimension:

- Die Öffnung von Schule für das Gemeinwesen ermöglicht einen ganzheitlichen Blick auf die Bedingungen des Aufwachsens von Kindern und Jugendlichen. Es geht also auch um die Möglichkeiten, informellen Bildungs- und Erziehungsprozessen einen Raum zu geben.

- Bildungs- und Betreuungseinrichtungen sind Teil der sozialen Infrastruktur der Kommunen. Künftig müssen auch der Bedarf des Gemeinwesens und die kommunalen Entwicklungsperspektiven offensiv diskutiert werden, wie dies seit einigen Jahren z.B. im Rahmen des Programms „Soziale Stadt“ in sozial schwierigen Stadtteilen erfolgt.
- Die Entwicklung von Ganztagsangeboten hin zu Häusern des Lebens und Lernens und zu umfassend gedachten kommunalen Bildungslandschaften beschreiben die langfristigen Ziele.
- Als Beispiel kann hier die Kooperation zwischen der verlässlichen Halbtagsschule, dem Hort und anderen Anbietern genannt werden, in deren Rahmen Räume für informelle Bildungs- und Erziehungsprozesse und Orte des Lebens und Lernens entstehen können.

### **Studiennachfrage sichern**

In den kommenden Jahren stehen die Sicherung der Bildungswege zum Erwerb einer Studienberechtigung – insbesondere außerhalb der Gymnasien – sowie Neujustierungen der fachlichen Profile der Oberstufenzentren im Fokus der Entwicklung der äußeren Schulstrukturen. Erste Wirkung zeigen die auf Basis einer wissenschaftlichen Studie zielgenau ausgerichteten Maßnahmen des Landes: Die Studierneigung der brandenburgischen Schülerinnen und Schüler ist bereits deutlich gestiegen. Ein Handlungsschwerpunkt ist die Steigerung der Chancengerechtigkeit im Bildungssystem u.a. durch die Förderung von Abiturientinnen und Abiturienten aus einkommensschwachen Haushalten sowie durch den gesetzlich verankerten Studiengebührenverzicht. Mit allen Maßnahmen sollen die Abiturientinnen und Abiturienten zur Aufnahme eines Studiums motiviert werden.

Alle Maßnahmen informieren zuerst über die Studienangebote in Brandenburg und leisten daher einen Beitrag zur Verringerung der Abwanderung. Die Werbung von Studienanfängerinnen und -anfänger aus anderen Ländern wird durch Marketingaktivitäten der Hochschulen sowie durch eine Hochschulmarketingkampagne des Landes gefördert. Darüber hinaus beteiligen sich die Hochschulen an der vom Bund und den fünf Ländern durchgeführten Marketingkampagne „Studieren in Fernost“.

### **„Brandenburger Fachkräfte bilden, halten und für Brandenburg gewinnen“**

Die strategische Weiterentwicklung der Aktivitäten zur Fachkräftesicherung wird sich unter dem Leitmotto „Brandenburger Fachkräfte bilden, halten und für Brandenburg gewinnen“ an drei Zielen orientieren:

- Kompetenzen, Fähigkeiten und Interessen aller Brandenburger Jugendlichen und Erwachsenen durch ein attraktives Schul- und Hochschulsystem sowie ein modernes Aus- und Weiterbildungssystem besser erschließen (bilden);
- wettbewerbsfähige Arbeitsplätze in zukunftssicheren, innovativen Unternehmen sichern und ausbauen (halten);
- Steigerung der Attraktivität Brandenburgs, um innerhalb und außerhalb von Brandenburg Fachkräfte zu gewinnen (gewinnen)

Um diese Ziele und damit die Deckung des Fachkräftebedarfs zu erreichen müssen die kleinteilige Wirtschaftsstruktur berücksichtigt, die Disparitäten auf dem Ausbildungsmarkt ausgeglichen und die Weiterbildungsbeteiligung erhöht werden. So soll z.B. das am 01.09.2011 gestartete „Programm zur qualifizierten Ausbildung im Verbundsystem“ die Qualität der Ausbildung steigern und dem sogenannten „Mismatch“ (Passungsproblem) zwischen Ausbildungsstellen und Ausbildungsbewerbungen entgegenwirken. Der Umgang mit einer knapperen Bewerbungslage, die stärkere Integration von Jugendlichen mit schlechten Startchancen und eine insgesamt bessere Ausbildungsqualität für einen erfolgreichen Abschluss werden die besonderen Herausforderungen für die Ausbildungsbetriebe sein. Insgesamt muss die Zahl der Ausbildungsabbrüche gesenkt werden. Eine wichtige Aufgabe ist auch, die Zahl der Altbewerbungen zu reduzieren. Ziel des „Programms zur qualifizierten Ausbildung im Verbundsystem“ ist es, jungen Menschen eine sichere Berufsperspektive in Brandenburg zu bieten. Jeder/jede Jugendliche in Brandenburg soll Chancen auf einen Ausbildungsplatz vorzugsweise im dualen System der betrieblichen Ausbildung erhalten. Eine hohe und kontinuierliche Bildungsbeteiligung der jungen Menschen ist erklärtes Ziel der Brandenburger Landespolitik und trägt somit zur Fachkräftenachwuchssicherung bei. Mit dem Ziel, die Attraktivität der dualen Ausbildung zu erhöhen und somit ein leistungsfähiges Ausbildungssystem zu gewährleisten, werden entsprechende Maßnahmen durch das Land gefördert. Verfolgt wird damit gleichzeitig das Ziel, dass bei einer größeren Zahl von Betrieben als bisher die Voraussetzungen für eine eigene Ausbildung geschaffen und somit die selbständige Sicherung des betrieblichen Fachkräftenachwuchses vorangetrieben wird. Weiterhin sollen niedrigschwellige und transparente Angebote der Berufs- und Studienorientierung und Weiterbildung vorangebracht und Betriebe bei der Personal- und Organisationsentwicklung unterstützt werden wie zum Beispiel durch das Landesprogramm „Einstiegszeit“, welches sich an junge Nachwuchskräfte wendet.

### **Zusätzliche Arbeitskräftepotenziale erschließen**

Des Weiteren sind zusätzliche Arbeitskräftepotenziale zu erschließen. Hierzu gehört die Erhöhung der Erwerbsbeteiligung von Frauen, Älteren aber auch von (Langzeit-)Arbeitslosen und Geringqualifizierten. Bei der Erhöhung der Erwerbsbeteiligung von Frauen sind drei Ansatzpunkte zentral:

1. Ausweitung der Erwerbsarbeit von unfreiwillig Teilzeitbeschäftigten,
2. Verbesserung der Vereinbarkeit von Beruf und Familie und
3. Abbau von geschlechterspezifischen Vorurteilen und Beschäftigungsmustern.

Ältere Beschäftigte verfügen über ein hohes Maß an Erfahrungswissen, Lösungskompetenzen und Verantwortungsbewusstsein. Es gilt daher, die Beschäftigungsfähigkeit im Alter zu erhalten sowie altersgerechte Arbeitsbedingungen zu gestalten. Die Beschäftigungsfähigkeit von (Langzeit-)Arbeitslosen und Geringqualifizierten ist zu erhöhen. Dazu gehören neben Angeboten der öffentlich geförderten Beschäftigung passgenaue Qualifizierungen für diesen Personenkreis.

Bei der Zuwanderung aus dem Ausland ist offen, wie sich die volle Arbeitnehmerfreizügigkeit ab 2011 auswirken wird. Perspektivisch ist aufgrund der demografischen Entwicklung und des Fachkräftebedarfs mit einer verstärkten gezielten Rekrutierung von ausländischen Arbeitskräften durch die Unternehmen zu rechnen. Deren Erfolg sowie der Verbleib der bereits in Brandenburg ansässigen Zugewanderten setzen eine begleitende Integrationspolitik und eine interkulturelle Öffnung nicht nur der Betriebe und Unternehmen voraus, sondern auch der Institutionen und Bereiche, die die Alltagswelt der Arbeitskräfte und ihrer Familien tangieren. Um für Arbeitskräfte aus dem Ausland attraktiv zu sein, bedarf es einer Willkommens- und Anerkennungskultur in Brandenburg, die die gesamte Lebenswelt Zugewanderter umfasst und sich nicht nur auf den Arbeitsplatz reduziert.

Aufgabe des Landes ist es, gute Rahmenbedingungen zu schaffen, damit alle beteiligten Akteurinnen und Akteure handlungsfähig sind. Für eine erfolgreiche Fachkräftesicherung sind in erster Linie starke Betriebe gefordert, die potenziellen Fachkräften Perspektiven bieten können.

### **Fachkräftesicherung durch betriebliche Ausbildung**<sup>11</sup>

Die eigene Berufsausbildung trägt nicht nur entscheidend zur Sicherung des betrieblichen Fachkräftebedarfs bei, sondern bietet jungen Frauen und Männern auch einen qualifizierten Einstieg in die Arbeitswelt und eine berufliche Zukunft. Eine abgeschlossene Berufsausbildung kann als Initialqualifikation für eine nachhaltige Arbeitsmarktintegration angesehen werden. Daher ist ein ausreichendes Ausbildungsplatzangebot durch die Betriebe einerseits und eine dementsprechende Anzahl von Bewerberinnen und Bewerbern andererseits eine Voraussetzung für eine ausgeglichene Ausbildungsbilanz und stellt den Königsweg der Fachkräftesicherung für den Mittelstand dar. Während die letzten Jahre in der Regel durch einen Mangel an Ausbildungsstellen charakterisiert waren, wird es in den nächsten Jahren für die Betriebe schwieriger werden, ihren Bedarf an Auszubildenden zu decken.

In Brandenburg verfügt seit Ende der 1990er Jahre etwa gut die Hälfte aller Betriebe eigenen Angaben zufolge über die Voraussetzungen, um selbst ausbilden zu können. Der Anteil ausbildungsberechtigter Betriebe in Brandenburg erhöhte sich tendenziell bis 2005, in den Folgejahren stagnierte er und lag 2010 bei 54 Prozent. Die tatsächliche Ausbildungsbeteiligung der Betriebe fällt naturgemäß niedriger aus als das vorhandene Ausbildungspotenzial. Von allen Betrieben in Brandenburg bildete in den letzten Jahren etwa jeder vierte Betrieb aus; die Brutto-Ausbildungsbetriebsquote lag in der Regel bei rund 25 Prozent.

Eine Sonderumfrage der Handwerkskammern<sup>12</sup> Berlins und Brandenburgs hat ergeben, dass sich fast 60 Prozent der Handwerksbetriebe der Region Berlin-Brandenburg aktiv mit dem Thema und den Folgen des demografischen Wandels befassen. Mit welchen Strategien wollen die Betriebe selbst einer eventuellen Fachkräftelücke begegnen? Als geeignete Maßnahmen werden u.a. genannt: Nachwuchskräftesicherung durch eigene Ausbildung, Durchführung von Schülerpraktika, Übernahmegarantien nach der Ausbildung, stärkere Nutzung der Lehrstellenbörse im Internet, Werbung an den Schulen und auf Ausbildungsmessen und intensivere Fort- und Weiterbildungen für die Beschäftigten. 80 Prozent der befragten Ausbildungsbetriebe beabsichtigen, die Anzahl ihrer Lehrlinge stabil zu halten oder sogar zu erhöhen.

Mit dem „Programm zur qualifizierten Ausbildung im Verbundsystem“ unterstützt das Land die kleinen und mittleren Unternehmen bei der Nachwuchskräftesicherung.

---

<sup>11</sup> IAB-Panel „Entwicklung von Betrieben und Beschäftigung in Brandenburg – Ergebnisse der fünfzehnten Welle des Betriebspanels Brandenburg“

<sup>12</sup> Gemeinsame Sonderumfrage der Handwerkskammern in Berlin und Brandenburg „Zukunftssicherung im Handwerk“, August 2010.

### **3.4 Leitthema „Öffentliche Dienstleistungen – Sicherheit und Verwaltung“**

#### **Öffentliche Sicherheit gewährleisten**

Die Gewährleistung der öffentlichen Sicherheit steht als Kernaufgabe des Staates nicht zur Disposition. Sie hat großen Einfluss auf die Lebensqualität und ist gleichzeitig wichtiger Standortfaktor. Die Polizei leistet hierbei einen entscheidenden Beitrag.

Die Expertenkommission „Polizei Brandenburg 2020“ stellte 2010 fest: „Auf der Basis demografiegestützter Szenarien wird für den Zeitraum bis 2020 davon ausgegangen, dass die Gesamtkriminalität um weitere ca. 10% zurückgehen wird. Von einer Fortsetzung des Rückgangs entsprechend der zurückliegenden linearen Trends 1999 bis 2009 ist nicht auszugehen, da die Kriminalitätsentwicklung im Land regional (Verflechtungsraum, Peripherie) unterschiedlich verläuft und sich der für die Entwicklung der Gesamtkriminalität maßgebliche Rückgang der Diebstahlskriminalität nicht in dem bisherigen Ausmaß fortsetzen wird.“<sup>13</sup> Zusätzlich wird die Entwicklung der Kriminalität beeinflusst von Veränderungen regionaler und gesellschaftlicher Rahmenbedingungen, insbesondere auch der sozialen Kontrolle und sozialen Infrastruktur. Darüber hinaus bewirkt die fortschreitende Alterung der Bevölkerung zudem veränderte Sicherheitsbedürfnisse. Wie sich der demografische Wandel auf die Kriminalitätsentwicklung zukünftig auswirken wird ist ebenfalls Gegenstand einer Untersuchung des Kriminologischen Forschungsinstituts Niedersachsen e.V.. Die Landesregierung verspricht sich von dieser Untersuchung weitergehende Erkenntnisse zu den möglichen Konsequenzen für die Institutionen sozialer Kontrolle wie Polizei, Strafjustiz, Strafvollzug und Bewährungshilfe.

Für die Polizei ergeben sich daraus veränderte Anforderungen. Ihre Aufgabe ist es, auch künftig die öffentliche Sicherheit in allen Regionen Brandenburgs zu gewährleisten. Hierzu muss sie im öffentlichen Raum weiterhin wahrnehmbar präsent sein, zügig auf Einsatzanforderungen reagieren, allen Formen von Kriminalität durch Strafverfolgung und Prävention begegnen und wirksame Verkehrssicherheitsarbeit leisten. Dabei sind auch die Erwartungen der Bürgerinnen und Bürger im Hinblick auf subjektive Sicherheit angemessen zu berücksichtigen.

Mit der Strukturreform 2011 richtet die Polizei tragfähige Organisationsstrukturen ein, die ihre Handlungsfähigkeit bei verringertem Personalbestand weiterhin gewährleisten und den regional unterschiedlichen Erfordernissen flexibel Rechnung tragen. Grundsätzlich muss die Polizei in der Lage sein, insbesondere in den

---

<sup>13</sup> Polizei Brandenburg 2020 „Vorschlag Binnenstruktur, Dienstposten und Standorte“ – Zusammenfassung vom 01.04.2011, S.2

Bereichen Aufgabenerfüllung, Organisation, Personal und Technik, den sicherheitsrelevanten Anforderungen professionell gerecht zu werden. Neben der Präsenz in der Fläche ermöglichen neue Formen des Technikeinsatzes aber auch den stärkeren Ausbau der bürgerorientierten Angebote, wie zum Beispiel die Internetwache der Polizei Brandenburg.

Wie in der Landesverwaltung insgesamt verschiebt sich auch innerhalb der Polizei die Altersstruktur und führt zunehmend zur Alterung des Personals. Die Landesregierung wirkt dem bei der Personalbedarfsplanung entgegen. Im Bereich der Polizei findet eine kontinuierliche Ausbildung und Übernahme von Anwärtinnen und Anwärtern statt. Generell ist künftig den spezifischen Bedürfnissen älterer Beschäftigter verstärkt Rechnung zu tragen, insbesondere durch Arbeitsplatzgestaltung, Maßnahmen der Gesundheitsprävention und angepasste Arbeitszeitmodelle.

Des Weiteren beeinflusst der demografische Wandel die Personalgewinnung. Infolge der verringerten Geburten ist ein Rückgang qualifizierter Schul- und Hochschulabgängerinnen und -abgänger zu verzeichnen, der den Wettbewerb mit anderen Organisationen und der Wirtschaft verstärkt. Es kommt deshalb darauf an, die Konkurrenzfähigkeit der Sicherheitsbehörden wie auch der übrigen Landesverwaltung durch die Anziehungskraft des Landes Brandenburg zu stärken.

### **Funktionalreform weiterführen**

Weitere Aufgabenverlagerungen vom Land auf die Landkreise sowie von den Landkreisen auf die kreisangehörigen Städte, Gemeinden und Ämter sind zu prüfen. Eine sachgerechte Verlagerung von Aufgaben kann dabei im Zusammenwirken mit den kommunalen Spitzenverbänden ein wichtiger Bestandteil der Bemühungen zur Bewältigung der Auswirkungen des demografischen Wandels im Land Brandenburg sein. Die Enquete-Kommission „Kommunal- und Landesverwaltung - bürgernah, effektiv und zukunftsfest - Brandenburg 2020“ wird bis 2013 die Ergebnisse der vergangenen Gebietsreformen, die derzeitige vertikale und horizontale Aufgabenverteilung zwischen Land, Landkreisen und Kommunen sowie die Struktur der Aufgabenverteilung auf allen Ebenen kritisch bewerten. Auf dieser Basis werden Vorschläge zu Qualität und Umfang kommunaler Kooperationen, zur Neustrukturierungen der Verwaltungseinheiten, zur Verteilung der Finanzmittel an die Gebietskörperschaften sowie zur Stärkung der kommunalen Selbstverwaltung und des bürgerschaftlichen Mitwirkens auf kommunaler Ebene unterbreitet.



### **Interkommunale Kooperation stärken**

Mit der Festsetzung des Landesentwicklungsplanes Berlin-Brandenburg sind insbesondere die Mittelzentren und ihre Verflechtungsbereiche als Handlungskulisse für die Schaffung interkommunaler Kooperationsstrukturen zur Ausgestaltung tragfähiger Strukturen der Daseinsvorsorge benannt. Es erscheint erforderlich, dass Gemeinden und Gemeindeverbände insbesondere innerhalb der Mittelbereiche gemeindeübergreifende Strukturen entwickeln und Konzepte zur Anpassung der Angebote der Daseinsvorsorge an die Herausforderungen des demografischen Wandels erarbeiten. Die Landesregierung hält eine verstärkte interkommunale Zusammenarbeit für erforderlich und wird daher bestehende Ansätze in den Kommunen weiter fördern. Das Gesetz über kommunale Gemeinschaftsarbeit im Land Brandenburg (GKG) wird hierzu überarbeitet. Dabei sollen auch neue Kooperationsformen wie die Gemeinsame kommunale Anstalt des öffentlichen Rechts einbezogen werden. Darüber hinaus können die Gemeinden und Gemeindeverbände auch außerhalb der Möglichkeiten des GKG in vielfältiger Weise zusammenarbeiten.

### **Neue Wege und Möglichkeiten schaffen – mehr Flexibilität zulassen**

Künftig wird es stärker als bisher darauf ankommen, gemeinsam mit den Kommunen die Akteurinnen und Akteure vor Ort, die bereit sind, Verantwortung zu übernehmen und ihre Ideen und Konzepte zur Sicherung der Daseinsvorsorge und Verbesserung der Lebensqualität im Sinne des Gemeinwohls engagiert anzugehen, bei der Realisierung von regional abgestimmten, praktischen Lösungen zu unterstützen. Dabei ist der Landesgesetzgeber aufgefordert, für einen ausreichend sicheren Rechtsrahmen zu sorgen, damit auf kommunaler Ebene Handlungs- und Entscheidungsspielräume sinnvoll genutzt werden können. Grundsätzlich müssen neue Ansätze und Wege bei der Organisation der infrastrukturellen Daseinsvorsorge und der Ausgestaltung des gesellschaftlichen Lebens in Regionen mit demografischen Veränderungen entwickelt werden. Die Entscheidung, welche gesetzlichen Vorgaben bereichsspezifisch angepasst werden können und welche Spielräume (z.B. Öffnungs- und Experimentierklauseln, Verzicht auf Detailregelungen) auch unter dem Gesichtspunkt gleichwertiger Lebensverhältnisse sowie aus rechtsstattlicher Sicht sinnvoll und möglich sind, wird für den Gesetzgeber künftig zu einer besonderen Herausforderung.

Brandenburg schafft hierfür mit dem „**Gesetz zur Stärkung der kommunalen Daseinsvorsorge**“ die Rahmenbedingungen. Dabei werden drei große Ziele verfolgt:

- Stärkung der (kommunalen) Eigenverantwortlichkeit durch Beseitigung unnötiger Hemmnisse,
- Erweiterung der kommunalen Handlungsspielräume,

- Stärkung von Transparenz, demokratischer Kontrolle und der Verantwortung der gewählten Entscheidungsträger vor Ort.

Darüber hinaus eröffnet die **Verlängerung des Standarderprobungsgesetzes** weitere Spielräume. Über die bisherige Zielsetzung hinaus (neue Maßnahmen zum Bürokratieabbau zu erproben) sollen künftig auf kommunaler Ebene die Handlungsspielräume erhöht werden, um den Herausforderungen des demografischen Wandels vor Ort begegnen zu können. Die Landesregierung will flexible und regional angepasste Lösungen ermöglichen. Was dabei „regional angepasst“ heißt, muss vor Ort mitentschieden werden können. Auf diesem Wege sollen Projekte und Maßnahmen mit strategischer Ausrichtung auf den Umgang mit den Folgen des demografischen Wandels ermöglicht werden.

### **Brand- und Katastrophenschutz neu denken**

Die demografischen Veränderungen im Land Brandenburg stellen die öffentlichen Feuerwehren und die Hilfsorganisationen vor neue Aufgaben. Im Bereich des Brand- und Katastrophenschutzes ist mit weniger aktiven ehrenamtlichen Helferinnen und Helfern zu rechnen. Zur Sicherung der Einsatzbereitschaft wurden in einem ersten Schritt Stützpunktfeuerwehren gebildet, die neben der Absicherung des örtlichen Zuständigkeitsbereiches auch für den überörtlichen Einsatz vorgesehen sind. Darüber hinaus wird an sie die Erwartung geknüpft, dass durch deren moderne Einsatztechnik insbesondere auch in den bevölkerungsschwachen Regionen Anreize für den Eintritt oder den Verbleib in den öffentlichen Feuerwehren und Jugendfeuerwehren geschaffen werden. Zudem wird auf das Konzept der Landesregierung „Zukunft des Brand- und Katastrophenschutz im Land Brandenburg absichern!“ (LT-Drs. 5/2616) verwiesen. Der Landtag Brandenburg hat in seiner Entschließung vom 28. September 2011 (LT-Drs. 5/4087) seiner Auffassung Ausdruck verliehen, dass damit auf der Grundlage der demografischen und haushälterischen Rahmenbedingungen die aktuelle Ausgangslage im Brand- und Katastrophenschutz analysiert und Möglichkeiten des gemeinsamen Handelns der jeweiligen Aufgabenträger im Brand- und Katastrophenschutz aufgezeigt wurden. Sie tragen dazu bei, eine gleichmäßige und flächendeckende Entwicklung des Brand- und Katastrophenschutzes zu sichern.

### **3.5 Leitthema „Räumliche Entwicklung und (soziale) Infrastrukturen“**

#### **Gemeinnützige Dienstleistungseinrichtungen befördern**

Speziell in den ländlichen strukturierten Räumen sind innovative Lösungen nötig, um auch zukünftig die sozialen und auf das Gemeinwesen bezogenen Bedarfe der Bevölkerung unter den Bedingungen des de-

mografischen Wandels zu befriedigen und Lebensqualität vor Ort zu erhalten. Schon heute ist dabei das bürgerschaftliche Engagement als ein Faktor erkennbar, von dem Impulse für neue Formen sozialer Dienstleistungen als Ergänzung bereits vorhandener Strukturen ausgehen können.

### **Stadtumbau fortführen und Bundesprogramm „Kleinere Städte und Gemeinden“ umsetzen**

Starke Städte bilden das räumliche Rückgrat des Landes. Die weitere Anpassung der Städte an die fortschreitenden demografischen Entwicklungen stellt ein zentrales Handlungsfeld der nächsten Jahre dar. Daneben tritt mit dem neuen Programm „Kleine Städte und Gemeinden“ die Unterstützung von Gemeindefitzwerken bei der Sicherung eines angemessenen Niveaus der Daseinsvorsorge in ländlichen und vom demografischen Wandel geprägten Gebieten. Das Programm zielt vorrangig auf bereits vorhandene Konzepte und bereits bestehende überörtliche Netze. Sicherung und Stärkung der öffentlichen Daseinsvorsorge und Infrastruktur im ländlichen Raum über gemeinsame Einrichtungen und eine zunehmende Aufgabenteilung zwischen Netzwerkmitgliedern stehen im Vordergrund.

### **Ausbau der Breitbandinfrastruktur fortsetzen**

Die Schaffung geeigneter Breitbandinfrastrukturen wird langfristig als grundlegende Voraussetzung zur Sicherung des ländlichen Raumes als Arbeits- und Wohnort angesehen. Informationsgesellschaft und wachsende Online-Dienstleistungen – ob E-Government oder Internethandel – erfordern eine angemessene „Netzerreichbarkeit“. Besonders junge Leute vermissen schnelle Breitbandzugänge im ländlichen Raum – deutschlandweit nutzen 95 Prozent der 14- bis 29-Jährigen das Internet. Zugleich hat die Altersgruppe der 60- bis 69-Jährigen die größten Zuwachsraten bei der Internetnutzung. Gegenwärtig arbeitet das Land an der Sicherstellung der Grundversorgung (bis zu 2 Mbps). Entsprechend den Zielvorgaben von EU und Bundesregierung verfolgt das Land eine längerfristige Strategie einer möglichst flächendeckenden Breitbanderschließung des ländlichen Raumes.

### **Demografiecheck bei Wasserver- und Abwasserentsorgungsinfrastruktur einführen**

Mit der geplanten Neufassung der Verwaltungsvorschrift über den Mindestinhalt der Abwasserbeseitigungskonzepte der Gemeinden werden diese (bzw. die Zweckverbände/Ämter) zur Einführung eines Demografiechecks verpflichtet. Dabei sollen die mit dem demografischen Wandel verbundenen Auswirkungen auf die Bevölkerungsentwicklung in den betreffenden Teilentwässerungsgebieten dargestellt und bewertet werden. Gegebenenfalls sind notwendige Anpassungsmaßnahmen auszuweisen, zu bewerten und umzusetzen. Bürgerinnen und Bürgern, Planerinnen und Planern sowie Kommunalpolitikerinnen und Kommunal-

politikern wurde 2010 ein Leitfaden „Wegweiser für den Einsatz von Kleinkläranlagen und Sammelgruben – Dezentrale Lösungen von der Planung bis zum dauerhaften Betrieb“ zur Verfügung gestellt. Für deren Entscheidungsfindung werden neben den technischen, betrieblichen, ökologischen und rechtlichen Anforderungen vor allem die finanziellen Gesichtspunkte aufgezeigt. Darüber hinaus werden von den Aufgabenträgern zunehmend Benchmarking-Projekte durchgeführt, die eine seriöse und belastbare Standortbestimmung der Einrichtungen und damit einen gezielten Verbesserungsprozess ermöglichen.

### **Fragen der Flächeninanspruchnahme berücksichtigen**

Die Auswirkungen des demografischen Wandels sind auch im Zusammenhang mit Fragen der Flächeninanspruchnahme/Flächennutzung zu betrachten. Ein Rückgang der Bevölkerung führt nicht automatisch zu einem verminderten Anstieg des Flächenverbrauchs. Vielmehr ist eine Tendenz absehbar, die zu einer zunehmenden Entkopplung der Beziehungen zwischen Bevölkerungsentwicklung und Flächenverbrauch führt. Die demografierelevanten Herausforderungen in Bezug auf die Flächennutzung bestehen beispielsweise in folgenden Handlungserfordernissen:

- eine dem tatsächlichen Bedarf, auch Schrumpfungsprozessen, angepasste Infrastrukturentwicklung einschließlich erforderlicher Rückbaumaßnahmen,
- die Vermeidung der Ausweisung neuer Bauflächen durch intelligente Nachnutzung vorhandener Flächen,
- eine vorausschauende Lebenszyklusbetrachtung von Infrastruktureinrichtungen,
- der flächenhafte Rückbau (von außen nach innen) unter Beachtung der erhöhten Erhaltungskosten für die verbleibende Infrastruktur,
- die Entwicklung und Anwendung entsprechender Lenkungsinstrumente (Förderpolitik, Gesetzgebung, Nachhaltigkeits-/Demografiecheck) .

## **3.6 Leitthema „Lebensqualität und gesellschaftlicher Zusammenhalt“**

### **Ausbau und Weiterentwicklung der Kindertagesbetreuung**

Mit der Einführung des Rechtsanspruchs auf eine Kindertagesbetreuung mit Vollendung des ersten Lebensjahrs zum 1.8.2013 können auch die Kinder eine Betreuung erhalten, die unter die Regelung des konditionierten Rechtsanspruchs fielen, d. h. die noch nicht das dritte Lebensjahr vollendet hatten, die durch ein Elternteil sachgerecht gefördert und betreut wurden und auf die nicht die Regelungen des Bestandsschut-

zes anzuwenden waren. Das erfordert noch einen quantitativen und qualitativen Ausbau des Kindertagesbetreuungsangebots. Qualitativ sind hier insbesondere die Eltern-Kind-Gruppen hervorzuheben, die durch die Verbindung von Kindertagesbetreuung und Elternbildung für die Gruppe der Eltern, die zeitlich dazu in der Lage sind, ein interessantes Angebot darstellen.

Die Schaffung der Voraussetzungen für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf und die Bereitstellung qualitativ hochwertiger Kinderbetreuungsangebote zur Förderung der Entwicklung und Bildung der Kinder haben in der Vergangenheit eine große Rolle gespielt und werden auch in Zukunft im Mittelpunkt der Kinder- und Familienpolitik der Landesregierung stehen und auch unter demografischen Aspekten einen Beitrag zur Lebensqualität von Familien und zum gesellschaftlichen Zusammenhalt leisten.

### **Bündnisse und Netzwerke pflegen**

Für eine bessere Chancengerechtigkeit sind neben einem kinder- und familienfreundlichen Umfeld und guten Bildungsangeboten flächendeckende systematische Netzwerkstrukturen für Familien essentiell - und zwar in gemeinsamer Verantwortung des Landes, der Kommunen und des Gemeinwesens. So stehen familienunterstützende Systeme wie beispielsweise das „Netzwerk Gesunde Kinder“, die „Eltern-Kind-Gruppen“ und „Eltern-Kind-Zentren“ für eine Infrastruktur, die das einvernehmliche und positive Umsetzen von familien- und kinderpolitischen Maßnahmen vor Ort ernst nimmt.

Künftig gilt es, bestehende Bündnisse, wie die Lokalen Bündnisse für Familien, und bestehende Netzwerke zusammenzuführen und durch Definition von Arbeitsschwerpunkten effektiver zu gestalten. Dazu gehört für die Landesregierung auch, Impulse zu geben und das mit einzubeziehen, was vor Ort durch Kommunalpolitik, Berufs-, Sozial- und Wohlfahrtsverbände, freie Träger, Kirchen, Unternehmen und Familien bereits an wirksamen Projekten und zielführenden Aktivitäten vorhanden ist. Insbesondere in strukturschwachen ländlichen Räumen bedarf es der intensiven Kooperation der Akteurinnen und Akteure, um ganzheitliche Strukturen zu konzipieren und zu begleiten.

Um den Folgen des demografischen Wandels bestmöglich begegnen zu können, werden aber auch neue bedarfsgerechte Formen von Unterstützungsdienstleistungen für Familien erprobt werden müssen, die sich nicht mehr nur auf professionellen Einsatz stützen, sondern auch ehrenamtliches Engagement integrieren.

Die Lösungssuche im Sinne der Vereinbarkeit von Familie und Beruf für Frauen und Männer muss fester Bestandteil des gesellschaftlichen Verständnisses und einer nachhaltigen Unternehmenspolitik werden. Der Einsatz für flexible Arbeitszeitmodelle, Möglichkeiten zum Wiedereinstieg in das Erwerbsleben und für partnerschaftliche Übernahme familiärer Verantwortung sind wesentliche Voraussetzungen dafür.

### **Partizipation von Menschen mit Behinderung**

Menschen mit Behinderungen haben ein selbstverständliches Recht auf umfassende Teilhabe an der Gemeinschaft. Die Landesregierung nimmt in Umsetzung des Übereinkommens der Vereinten Nationen über die Rechte von Menschen mit Behinderungen (UN-BRK) den nun auch völkerrechtlich vollzogenen Paradigmenwechsel auf. Die Leitidee der Inklusion bedeutet eine Änderung der Sichtweise von Menschen mit Behinderungen, weg vom Objekt staatlicher Fürsorge, hin zum Subjekt eigener Rechte auf Teilhabe und Selbstbestimmung. Die Landesregierung verbindet die Ideen der UN-BRK mit ihrem Konzept des vorsorgenden Sozialstaates. Es geht darum, Menschen mit Behinderungen als selbstverständlichen Teil der Gesellschaft zu verstehen und ihnen von Anfang an die gleichberechtigte Teilhabe in allen Lebensbereichen zu ermöglichen. Um die Umsetzung der UN-BRK im Land und den Aufbau einer inklusiven Gesellschaft zu befördern, erarbeitet die Landesregierung derzeit ein umfassendes behindertenpolitisches Maßnahmenpaket. Schwerpunkte bilden die Themen Erziehung und Bildung, Teilhabe am Arbeitsleben, Barrierefreiheit sowie selbstbestimmtes Leben und Partizipation von Menschen mit Behinderungen. Eine ganz wesentliche Maßnahme des Paketes, die spürbare Verbesserungen für die Betroffenen bringen wird, ist die Novellierung des Brandenburgischen Behindertengleichstellungsgesetzes. Nach dem Credo der Behindertenrechtsbewegung „Nichts über uns ohne uns“ sind Menschen mit Behinderungen als Expertinnen und Experten in eigener Sache an der Umsetzung der UN-BRK im Land von Anfang an einbezogen. Ihre Ideen sind sowohl in das Maßnahmenpaket als auch in die Gesetzesnovelle eingeflossen.

### **Geschlechtergerechtigkeit als Potenzial begreifen**

Die Chancengerechtigkeit von Frauen und Männern, die Entfaltung und Nutzung ihrer Potenziale und der Abbau von geschlechterspezifischen Benachteiligungen sind Eckpfeiler und Voraussetzung für die Zukunftsfähigkeit unseres Sozialstaates. Allerdings ist diese gewünschte Gleichstellung in der Lebenswirklichkeit noch nicht erreicht. Um die Geschlechtergerechtigkeit in allen Lebensbereichen zu erlangen, ist ein allgemeiner gesellschaftlicher Konsens von Nöten. So muss es in den kommenden Jahren gelingen, im Dialog mit vielen wichtigen Akteurinnen und Akteuren des Landes Brandenburg die gleichberechtigte Teilhabe von Frauen und Männern zu einem gemeinsamen Anliegen zu machen.

Einen wesentlichen Beitrag dazu kann die konsequente Umsetzung des Gleichstellungspolitischen Rahmenprogramms für das Land Brandenburg 2011- 2014 leisten. In enger Zusammenarbeit mit Sozialpartnern sollen gleichstellungspolitische Maßnahmen und Projekte durchgeführt und initiiert werden, die informieren und sensibilisieren, die die lokalen Verantwortlichen stärken und Kompetenzen zur Umsetzung von Gleichstellung in Brandenburg vermitteln.

### **Zivilgesellschaft stärken**

Wirtschaftliche Entwicklung und das Schaffen sowie der Erhalt von Arbeitsplätzen sind von hoher Bedeutung für die Wohlfahrt eines Landes. Wer sich aber in einer Gesellschaft wohlfühlt, erfährt auch eine andere Lebensqualität. Unmittelbar nach dem politischen Umbruch von 1989 hatten viele Bürgerinnen und Bürger im Osten Anderes als bürgerschaftliches Engagement auf der persönlichen Agenda. Hier fand aber spätestens seit 1999 ein Umdenken und Aufholen statt. Dieser Prozess ist noch nicht zu Ende. Die Freiwilligenarbeit ist eine der Säulen des Gemeinwesens im Osten Deutschlands geworden. Sie bietet ungeahnt kreative Chancen für die Gestaltung eines Gemeinschaftslebens und eines neuen sozialen Zusammenhalts.

Engagement darf aber immer nur sozialstaatliches Handeln und kommunale Daseinsvorsorge ergänzen und nicht als Ersatz Lücken schließen, wo staatliches Handeln geboten ist. Bürgerschaftliches Engagement ergänzt im Idealfall sozialstaatliches Handeln. Der Gewinn durch freiwilliges Handeln ist für viele Bereiche in unserer Gesellschaft unbestritten. Der Mehrwert für die Engagierten ist selbstredend. Die Arbeit der vielen Freiwilligen ist somit zu einer Konstanten einer neuen zivilgesellschaftlichen Gemeinschaft geworden. Die Frage von Motivation ist sekundär. Nur wenn bürgerschaftliche Kompetenz besonders vom Staat ernst genommen und dann auch gefördert wird, wächst die Verantwortungsbereitschaft für die „Res Publica“. Eine kontinuierliche und verlässliche Kooperation unterschiedlicher Akteurinnen und Akteure der Gesellschaft ist enorm wichtig: Eine aktive Bürgergesellschaft benötigt die Partnerschaft von Politik, Verwaltung, freien und privaten Organisationen. Deshalb ist es von großer Bedeutung, stärker als bisher auf die Unternehmen und Betriebe im Lande zuzugehen, um an ihre gesellschaftspolitische Verantwortung zu appellieren und zur Förderung des Bürgerengagements anzuregen. Denn Nachwuchs und Verstärkung wird in vielen Bereichen des Engagements dringend gesucht. Viele könnten noch hinzu kommen, da sie für ein Engagement grundsätzlich bereit sind, aber eben noch nicht „abgeholt“ wurden.

### **Freiwilliges Engagement stärken**

Die Bereitschaft der Menschen sich freiwillig zu engagieren, hat deutschlandweit und besonders in den neuen Ländern in den vergangenen Jahren deutlich zugenommen. Schon heute ist deutschlandweit etwa jeder Dritte freiwillig engagiert. Noch einmal so viele Menschen sind grundsätzlich bereit, sich für andere und für die Gesellschaft einzusetzen. Dieses Potential will das Land gezielt nutzen. Eine Kultur des freiwilligen Engagements entwickelt sich immer stärker auch für soziale, kulturelle und ökologische Aktivitäten selbst. Schon heute entstehen in Brandenburg vielfältige Initiativen durch das bürgerschaftliche Engagement der Menschen vor Ort. Ein wichtiges Ziel der Förderung des Landes ist es, das große Potential an Freiwilligen im Land für die genannten Bereiche noch besser zu nutzen.

Ein erfolgreiches Beispiel hierfür sind die Jugendlichen in Brandenburg, die ein freiwilliges soziales Jahr (FSJ) oder ein freiwilliges ökologisches Jahr (FÖJ) absolvieren. Jugendliche kommen in diesem Rahmen über zwölf Monate an Brandenburger Einrichtungen und bringen neue Projektideen oder Kooperationen auf den Weg oder helfen, neue Zielgruppen zu erschließen. Wer sich in dieser Phase nach dem Schulabschluss, der Phase der persönlichen und beruflichen Orientierung, für ein Jahr freiwillig für soziale oder kulturelle Projekte, Bildungseinrichtungen oder für die Umwelt im Land Brandenburg engagiert, dessen weiteres Leben ist in der Regel auch von dieser Zeit geprägt und er wird sich später eher im Land einbringen. Das Land hat deshalb schon im Jahr 2010 die über den Europäischen Sozialfonds bereit gestellten Mittel aufgestockt. Diese Förderung soll perspektivisch nochmals weiter ausgebaut werden.

### **Bürgerschaftliches Engagement anerkennen**

Bürgerschaftliches Engagement ist gesellschaftliche Teilhabe, die allen offensteht und damit ein unverzichtbarer Beitrag zur Stärkung von gelebter Demokratie. Ehrenamt bedeutet so auch Lebensqualität für alle Menschen, gerade auch für die mit geringem Einkommen, bei denen oft das Geld fehlt für Anfahrten oder ähnliche Aufwände. Hier können die Bürgerstiftungen helfen. Das Prinzip: Wer kein Geld hat, kann durch Zeit- und Ideenspenden Gutes tun.

Das bürgerschaftliche Engagement ist immer auch auf kleine Schritte, kleine Beiträge angewiesen. Es müssen nicht immer die ganz großen Projekte sein, die man angeht oder herausgehobene Funktionen, die man bekleidet. Es sind die Verlässlichkeit und die Kontinuität des Engagements, die mehr zählen. Die Engagierten lassen in ihrem Bemühen nicht nach. Sie machen weiter. Lebensqualität wird so in konkreten Situationen des Alltags spürbar – dann nämlich, wenn Solidarität im Kleinen gelebt wird. Wenn Menschen ihre Kraft und ihre Zeit für andere einsetzen, ohne dabei nach Geld oder eigenem Vorteil zu fragen.



## **4. Kommunikation zum demografischen Wandel**

### **4.1 Kommunikation und Öffentlichkeitsarbeit**

Die Schwerpunkte der öffentlichen Kommunikation zu den Herausforderungen, die mit dem demografischen Wandel einhergehen, unterliegen großen Veränderungen. Noch vor etwa 10 Jahren wurden häufig die verschiedenen Prognosen kritisch hinterfragt, auch wurde deren „Eintrittswahrscheinlichkeit“ angezweifelt und problemorientiert kommentiert. Diese Herangehensweise hat mittlerweile einer lösungsorientierten und auf Qualität statt Quantität orientierten Kommunikation Platz gemacht. Alle neuen Länder verfolgen inzwischen einen stark lösungsorientierten Ansatz. Die Ministerpräsidentin und die Ministerpräsidenten der neuen Länder haben am 6. Oktober 2011 u.a. beschlossen: *„Die Chancen und Modernisierungsmöglichkeiten des demografischen Wandels müssen frühzeitig genutzt werden. Erfolgreiche Beispiele aus den Ländern können Vorbild für andere Regionen sein. Der Erfahrungsaustausch ist daher zu fördern und bundesweit eine Informationsplattform einzurichten.“*

Die vielen Facetten der demografischen Veränderungen erfordern eine Vielfalt von Herangehensweisen bei der Lösungssuche. Brandenburg will diese durch eine breite öffentliche Begleitung von innovativen Lösungsansätzen überörtlich/überregional bekannt machen und damit eine Verbreitung und ggf. Nachahmung dieser Lösungen initiieren. Nach positiver Resonanz auf die Broschüre „Brandenburg. Offen für Vielfalt. Demografischer Wandel – Projekte zwischen Uckermark und Lausitz“ wurde der „Marktplatz der Möglichkeiten“ etabliert, bei dem monatlich beispielgebende Demografieprojekte durch den Chef der Staatskanzlei oder den Ministerpräsidenten vorgestellt und ausgezeichnet werden. Darüber hinaus sollen mit der Veröffentlichung von Handlungshilfen (unter [www.demografie.brandenburg.de](http://www.demografie.brandenburg.de)) Akteurinnen und Akteure bei der Beschreitung neuer Wege und Initiativen unterstützt werden. Ähnliche Ziele verfolgen die Veröffentlichungen von „Guten Demografie-Lösungen“ in der Projektdatenbank „Gute Beispiele des Stadtumbaus im Land Brandenburg“, die Rubriken „EFRE-Projekt des Monats“ und „ELER-Projekt des Monats“ oder das Gütesiegel „Gewohnt gut – Fit für die Zukunft“ des Verbandes der Berlin-Brandenburgischen Wohnungsunternehmen (BBU).

## **4.2 DemografieForum Brandenburg**

Am 26. September 2011 fand in der Staatskanzlei das 1. DemografieForum statt. Anliegen und Ziele der Veranstaltung wurden erreicht:

- Brandenburg hat bei den demografischen Herausforderungen längst die theoretische Gutachterphase hinter sich gelassen und an vielen Stellen im Land praktische Lösungsansätze entwickelt und setzt diese um.
- Dabei werden von der Landesebene keine Rezepte von oben verordnet, sondern flexible und regional angepasste Lösungen ermöglicht und unterstützt, die vor Ort entwickelt und mit entschieden werden können. Die Vielzahl der Akteurinnen und Akteure versprach einen deutlichen Mehrwert hinsichtlich Nachahmung, Übertragbarkeit und Beispielwirkung.
- Die Demografieprojekte erhielten die Chance, sich untereinander zu vernetzen. Es wurde eine Plattform für Information, Beratung und Erfahrungsaustausch geboten. Diskutiert wurden Erfolgsfaktoren, aber auch Schwierigkeiten und Hemmnisse bei der Umsetzung der Projektideen.
- Es wurden die Potentiale und Chancen bei der gemeinsamen Entwicklung und Durchführung von Demografie-Projekten mit dem Ziel einer verstärkten Zusammenarbeit mit Stiftungen systematisch ausgelotet.

Die beteiligten Akteurinnen und Akteure haben in Fachforen und im Plenum wichtige Erfolgsfaktoren und Hemmnisse diskutiert. Ohne jede eigene Projektspezifika zu benennen kann verallgemeinernd dargestellt werden:

- Nur eine spezifisch regionale Betrachtung der Problemlagen kann eine angepasste Problemlösung hervorbringen. Notwendig ist ein stärkerer regionaler Austausch durch Vernetzung der Akteurinnen und Akteure. Dieser Prozess braucht einen organisatorischen Rahmen und adäquate Unterstützungsstrukturen. Dem Land kommt dabei die Rolle eines Kommunikators und Unterstützers zu.
- Entscheidend ist die Phase des „sich Findens“ von Initiativen, umsetzungswilligen Personen und Geldgeberinnen und Geldgebern. An vielen Stellen vor Ort sind externe „Sucher“ wichtig, die Personen finden, die Projektverantwortung übernehmen wollen. Vielfach besteht eine „Mitmachbereitschaft“, weniger stark ausgeprägt ist dagegen die „Verantwortungsbereitschaft“.
- Gewünscht wird im Rahmen der vorhandenen Anerkennungsinstrumente viel stärker eine projektbezogene Würdigung, weniger eine personenbezogene.

- Aus Sicht der ehrenamtlichen Akteurinnen und Akteure darf das Ehrenamt nur als Ergänzung zu professionellem und staatlichem Handeln fungieren. Trotzdem erfordert gerade die Schnittstelle zwischen Kommune und Ehrenamt Sensibilität und Übersicht, wenn es um die Unterstützung bei Förderanträgen oder um die Suche nach Unterstützungsmöglichkeiten geht.
- Unternehmen sollten eine „Ausstiegsberatung“ mit ausscheidenden, älteren Beschäftigten führen, um deren Übergang ins Ehrenamt zu ermöglichen. Beispielhaft dafür kann die Überganginitiative „Neue Horizonte“ der Akademie 2. Lebenshälfte oder die Initiative der Landesregierung für ausscheidende Mitarbeiter genannt werden.
- Im ländlichen Raum existieren ein hoher Zusammenhalt und eine große Bereitschaft, sich zu engagieren. Als schwierig wird die Bereitstellung von Räumen bzw. die Finanzierung der Betriebskosten für „Gemeinschaftshäuser“ eingeschätzt. Ein Sponsoring scheidet im ländlichen Raum oft aus, da es nur wenige Unternehmen mit Unterstützungspotential gibt bzw. die wenigen bereits engagiert sind.
- Mitgestaltungsmöglichkeiten Jugendlicher in kommunale Entscheidungen können der Abwanderung entgegenwirken. Deswegen sollte über Beteiligungsmöglichkeiten Jugendlicher mit allen Beteiligten ein Dialog geführt werden. Dabei sollten auch die Möglichkeit gesetzlicher Änderungen einbezogen werden. Kommunen profitieren vom Engagement Jugendlicher.
- Das Wissensmanagement ist ein besonders wichtiger Faktor im Umgang mit den demografischen Veränderungen. Eingeschätzt wird, dass die Kommunen mit der täglichen Arbeit komplett ausgefüllt sind, deshalb sind Beratung bzw. Hilfestellung z.B. in Form von Portalen/Datenbanken für Kommunen wichtig (Rentiert sich ein Dorfladen? Wie kann die ärztliche Versorgung gesichert werden? usw.)
- Stiftungen bilden eine wichtige Alternative für die Schaffung von „Ermöglichungsstrukturen“ sowie unbürokratischere Unterstützung. Allerdings könnte die Stiftungslandschaft in Brandenburg besser aufgestellt sein, insbesondere bei hier ansässigen Stiftungen. Stiftungsgründungen sollten auf Landesebene stärker befördert werden. Dies ist möglich durch ein stiftungsfreundliches Klima, es sollten aber auch die Stiftungsverantwortlichen mit dem Land vernetzt werden. Stiftungen wollen aber nicht nur Geldgeber sein, sie wollen auch Verantwortung übernehmen. Es braucht Vorarbeit, wenn man mit einer Stiftung kooperieren will. Aber auch Bürgerstiftungen sind ein einfaches Instrument, bei dem Menschen mit Zeit und Menschen / Unternehmen mit Kapital für ein gemeinsames Projekt zusammen finden können, unabhängig von der Größe des Projekts.

- Die Stärkung der Partizipationsmöglichkeiten und des Engagements der Bürger erfordert drei wichtige Voraussetzungen: Engagement darf nicht auf bürokratische oder ähnliche Widerstände treffen, das System von Motivationsstrukturen muss gestärkt werden z. B. durch Engagementlotsen, Anerkennungskultur, Vergünstigungen und eine entsprechende „Infrastruktur“ muss z. B. durch Bürgerstiftungen, Kompetenzzentren gestärkt werden.

## **5. Ausblick**

Die demografischen Veränderungen und die enger werdenden Finanzierungsspielräume geben den Rahmen vor, in dem sich Politik, Verwaltung und alle gesellschaftlichen Akteure in den nächsten Jahren auf kommunaler wie auf Landesebene bewegen werden. Hinsichtlich der Sensibilisierung für die demografischen Veränderungen sind alle Ebenen im Land heute deutlich weiter als noch vor 10 Jahren. Mit Blick in die Zukunft zeigen die Erfahrungen insbesondere in den neuen Ländern:

- Der Begriff „demografischer Wandel“ ist in der öffentlichen Diskussion vielfach noch negativ besetzt und wird mit Anpassung, Schließung, Rückbau und Verlust verbunden. Mit Blick in die Zukunft müssen jedoch Perspektiven vermittelt und die Chancen von Veränderungen viel stärker in den Blick genommen werden. Der demografische Wandel ist eine Gestaltungsaufgabe, bei der auf lange Sicht bei der Organisation von Lebensqualität und Daseinsvorsorge grundsätzlich neue Ansätze gesucht und die ausgetretenen Pfade verlassen werden müssen.
- Die demografischen Veränderungen sind Tatsache. Es gilt, diese als handlungsleitend für alle gesellschaftlichen Akteure anzuerkennen, eine allumfassende „Trendumkehr“ kann kein realistisches Ziel sein. Dennoch hat das Land qualitativ hochwertige Rahmenbedingungen geschaffen, die für Familien mit Kindern attraktiv sind und als wichtiger Standortvorteil wirken. So können sich eine gelebte Willkommenskultur (für Kinder und ihre Eltern wie auch für Zu- und Rückwanderer), Attraktivität und Image einer Region sowie erkennbare und verlässliche wirtschaftliche Perspektiven und attraktive Arbeitsplätze positiv auf die (Wieder)Ansiedlung von Menschen auswirken.
- Die demografischen Veränderungen sind schleichend. Dies erschwert die Wahrnehmung. So wird vielfach auf die konkreten, aktuellen und erlebbaren Herausforderungen reagiert – ohne den vorausschauenden Blick auf die nächsten 20 Jahre.

- Die Veränderungen erfolgen ungleichzeitig, ungleichmäßig und räumlich stark differenziert. Es können z.B. nicht schon heute die passenden Lösungen für einen Landkreis erprobt werden, in dem in 20 Jahren ein Viertel weniger Menschen leben werden.
- Deutlich wird: Der normative Rahmen, der in einer auf Wachstum ausgerichteten Gesellschaft in den vergangenen Jahrzehnten immer weiter verfeinert wurde, wird insbesondere in den vom demografischen Wandel betroffenen Regionen künftig an vielen Stellen auf mehr Flexibilität zu überprüfen sein.
- Von „oben“ verordnete und geplante flächendeckende Patentlösungen kann es nicht geben. Vielmehr geht es um flexible und regional angepasste Lösungen, die lokal/regional entwickelt und mitentschieden werden können. Ermöglicht wird dadurch in der Realität ein buntes und regionales Puzzle von vielen bedarfsgerechten Einzellösungen.
- Für die persönlichen Perspektiven der Menschen spielen schon immer Fragen von Lebensqualität, Miteinander und des gesellschaftlichen Zusammenhalts vor Ort eine entscheidende Rolle. Aber nur, wenn die bürgerschaftliche Kompetenz vom Staat ernst genommen und gefördert wird, wächst auch die Verantwortungsbereitschaft für die Gemeinschaft. Engagement, Beteiligung und Mitwirkung werden zum Standortfaktor.

Diese Erfahrungen umreißen die aus den demografischen Veränderungen resultierenden politischen Herausforderungen der kommenden Jahre.